Mythos Partisanen S.6

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 46 – 20. November 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Trotz aller Töne der Entschlossenheit, irgend etwas scheint zu fehlen: Programmatisch und personell hat die CDU ihre alte Klarheit und Stärke noch nicht wiedergefunden. Die mehr denn je auf Angela Merkel ausgerichtete Partei wird es schwer haben, frühere Wahlerfolge zu wiederholen.

Foto: ddp

Kurskorrektur blieb aus

CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe: Konservative Worte, linksliberale Taten

Viele verbale Streicheleinheiten verabreichte die CDU ihren konservativen Anhängern auf dem Parteitag in Karlsruhe. Doch bei näherem Hinsehen setzt die Partei ihren Weg in die linke Mitte fort.

Angela Merkel musste es ja tun: Gerade in Baden-Württemberg ist die CDU nun einmal eher konservativ, und dort wird im März die nächste Schlacht geschlagen. Die Fronten sind besonders klar: Gegner sind hier die Grünen, nicht eine verzwergte, ratlose SPD.

Zu verbalen Gesten an die Konservativen gab es auch aus sachlichen Gründen keine Alternative. Kann man die Wirtschaftsliberalen in Partei und Volk nicht mit einer Steuersenkung beglücken, weil schlicht das Geld fehlt, so verkauft man eben die – von leeren Kassen diktierte – Sparsamkeit als konservative Tugendhaftigkeit.

Doch dort, wo es wirklich um die Zukunft der Nation geht, also bei den Schicksalsfragen Familie, Bevölkerung, Zuwanderung und Integration blieben die Reden und Beschlüsse von Karlsruhe merkwürdig unkonkret.

Zwar war viel davon die Rede, dass Integration wichtig sei und Zuwanderer ihren Teil dazu tun müssten, doch dann kamen Merkel wieder Sätze über die Lippen wie: „Der Leitgedanke der Union war niemals Ausschluss von manchen, sondern immer Einladung an alle!“ Das erinnert fatal an die Forderungen der frühen Grünen nach unbegrenzter Zuwanderung und hat jedenfalls nichts zu tun mit der Linie der Regierung Kohl, die 1983 noch erhebliche Geldprämien auslobte, um arbeitslose Türken zur Heimreise zu ermutigen. Die Union wusste damals schon ganz genau, wie schwer die Eingliederung von Millionen Muslimen werden würde, man redete nur nicht soviel davon, sondern handelte.

> Merkel über die Integration: »Immer Einladung an alle«

Auch in Sachen Präimplantationsdiagnostik (PID), Europa und auch Wehrpflicht war Karlsruhe für Konservative ein Parteitag – bestenfalls – der warmen Worte, nicht aber der inhaltlichen Festlegungen. Erika Steinbach wurde demonstrativ freundlich begrüßt, aber schon eine simple Entschließung zugunsten des 5. August als nationalem Gedenktag für Flucht und Vertreibung, die die CDU nichts gekostet hätte, gab es nicht.

Bei den Personalentscheidungen war der Kontrast zu Merkels Rhetorik am größten: Bei allen Hoffnungen, die sich mit den neuen Ministerpräsidenten Mappus und Bouffier verbinden, gerade in der Parteispitze finden sich die Konservativen nun kaum mehr wieder.

Und doch gibt es Lichtblicke: Die klare Absage Merkels an die Strategie der sogenannten „asymmetrischen Demobilisierung“ lässt aufhorchen. Hinter diesem Wortungetüm verbirgt sich der Versuch von Parteistrategen, bei Wahlen aus dem gelangweilten Volk Mehrheiten dadurch gleichsam herauszukitzeln, dass die Anhängerschaft konkurrierender Parteien noch gründlicher eingeschläfert wird als die eigenen Wähler. Immerhin: Diesem Konzept, das eine wesentliche Ursache für die Misere der Volksparteien ist, hat Merkel nun eine Absage erteilt. *K. Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Die Selektion

Die CDU ist stolz darauf, wie lange und ernsthaft sie auf ihrem Parteitag über die Präimplantationsdiagnostik diskutiert hat. Wahr ist: Anders als bei der Entscheidung über den Import embryonaler Stammzellen vor drei Jahren hat die Parteitagsregie hier nicht mit Tricks gearbeitet, um eine gewünschte Mehrheit zu bekommen. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte ist, dass nur eine hauchdünne Mehrheit der Delegierten klar „Nein“ zur PID gesagt hat und dass diese Absage – das ist das Bedauerlichste – auf die Gesetzgebung wohl ohne Einfluss bleibt.

Hier zeichnet sich ab, dass die CDU im Bundestag ohne gemeinsame Position agieren wird. Angesichts der bekannten Positionen der anderen Fraktionen läuft das auf eine (zunächst gewiss noch beschränkte) Freigabe der Präimplantationsdiagnostik hinaus. Voraussichtlich enthält ein künftiges Gesetz zwar eine Klausel, dass die PID nur bei schweren Erbkrankheiten angewendet werden darf. Aber wer soll dann definieren, welche Krankheit schwer genug ist, um die Selektion von Embryonen zu rechtfertigen?

Die Erfahrungen in Großbritannien und den USA zeigen, dass das nicht funktioniert, sondern der Wunsch nach dem optimalen Baby bald alle Bedenken zur Seite drückt. In den USA geht das so weit, dass tauben Eltern mittels PID legal der Wunsch nach einem ebenfalls tauben Kind erfüllt wurde.

Nur auf den ersten Blick ist die PID-Debatte in Karlsruhe daher eine „Sternstunde“ der CDU. Genauer betrachtet war es die vorgezogene Kapitulation vor einer schlimmen Fehlentwicklung, gegen die die CDU sich in Bundestag und Öffentlichkeit nicht mehr mit aller Kraft stemmen möchte.

Bloßgestellte Extremisten

Kämpfer gegen Rechts: Probleme mit dem Grundgesetz

Ein breiter Zusammenschluss linker Gruppierungen und Personen macht massiv Front gegen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). Schröder hatte angeregt, Initiativen und Vereine gegen Rechtsextremismus nur noch dann staatlich zu fördern, wenn diese sich schriftlich zur Ordnung des Grundgesetzes bekennen. Außerdem sollten die geförderten Gruppen nach Kräften dafür Rechnung tragen, dass sie nicht mit verfassungsfeindlichen Personen und Organisationen zusammenarbeiten.

Der Freistaat Sachsen hatte die Anregung nun erstmals angewendet und von zehn Kandidaten für die Verleihung eines mit 10000 Euro dotierten Preises eine entsprechende Erklärung verlangt. Einer der Hauptpreisträger, das „Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz“, lehnte den Preis daraufhin ab. In der Begründung heißt es, man wolle sich nicht „den Zielen des Grundgesetzes kritiklos verpflichten“.

> Wer hat bisher die Millionen kassiert?

Prominente Politiker wie die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles unterstützten die Weigerung der Gruppe ebenso wie die Ex-SPD-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan oder kirchliche Organisationen wie die „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) nannte es hingegen „schockierend und alarmierend“, wenn Vereine mit ihrer Haltung Zweifel am Grundgesetz äußerten.

Der Bund subventioniert den „Kampf gegen Rechts“ mit hohen Millionenbeträgen. Kritiker monieren seit längerem, dass mit den Zuschüssen auch linksextreme Zellen finanziert würden, die sich ihren Kampf gegen den Staat und das Grundgesetzes von diesem selbst bezahlen lassen, indem sie sich als „antifaschistisch“ verkaufen. Dem will Ministerin Schröder einen Riegel vorschieben. *Hans Heckel*

Türkische Chuzpe in Wien

Botschafter attackiert Gastland – Politiker wiegeln ab

Im Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ kritisierte der türkische Botschafter in Wien, Kadri Ecvet Tezcan, zwar auch ein wenig seine dort lebenden Landsleute, hauptsächlich aber machte er Österreich für die Probleme des Zusammenlebens verantwortlich. Türken würden in Ghettos und an den Rand der Gesellschaft gedrängt, und Eltern warf er vor, ihre Kinder nicht in Schulen zu geben, in denen ethnische Minderheiten die Mehrheit stellen. Zum Kommentar des Reporters, dass Österreicher eben „nicht mögen, wie türkische Frauen behandelt werden, keine Frauen in Kopftüchern herumlaufen sehen wollen und auch nicht wollen, dass junge Macho-Türken Mitschüler terrorisieren“, meinte er, davon habe er nie gehört. Die Österreicher müssten eben „lernen, mit anderen Leuten zusammenzuleben“.

Tezcan kritisierte die „Geisteshaltung“ von Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) – im gleichen Atemzug übrigens auch die von Angela Merkel. Es sei ihm unverständlich, dass das Innen- und nicht das Sozial- oder Familienministerium für Integration zuständig sei. Und zu den Wahlerfolgen der FPÖ meinte er: „Wenn ich der Generalsekretär der Uno, der OSZE oder der Opec wäre, würde ich nicht hier bleiben.“

> Österreicher müssten sich besser anpassen

Mit Ausnahme der Grünen kam zwar heftige Kritik an den Äußerungen, die Wiener Regierungsspitze nannte sie „unprofessionell und inakzeptabel“, und die FPÖ verlangte sogar das Einfrieren der diplomatischen Beziehungen, aber Folgen gibt es keine. Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP), der mit seinem Amtskollegen Mehmet Davutoglu telefonierte, erfuhr von diesem, dass es sich um die „Privatmeinung“ des Botschafters handle – und schon beginnt ein Abwiegeln. Es gibt Vermutungen, dass Tezcans Äußerungen nur ein Versuchsballon gewesen seien, wie weit man gehen könne. *RGK*

MELDUNGEN

Weiter Streit um Transrapid

Berlin – Nach einer vorläufigen Einigung streiten der Bund, der Landkreis Emsland und diverse Unternehmen abermals um die Zukunft des Transrapid. Zunächst hatte es so ausgesehen, als hätten sich Berlin und das Emsland darauf geeinigt, dass der Kreis die Teststrecke für die Magnetschwebebahn in Eigenregie weiterführt, wenn der Bund bis 2013 noch einmal 40 Millionen Euro bezahlt. Soviel hätte nach Berechnung des Bundes der Rückbau der Testanlage gekostet. Der Kreis Emsland wollte jedoch ein „Technologiezentrum für Elektromobilität“ einrichten, um insgesamt acht Forschungsprojekte weiterführen zu können. Die beteiligten 15 Unternehmen, wie Thyssen-Krupp oder Bombardier, verlangen dafür jedoch weitere Zuschüsse des Bundes, die dieser nicht leisten will. *H.H.*

Integration erzwingen

Hamburg – Kurz vor der Beginn der Innenministerkonferenz in Hamburg hat ausgerechnet ein Mitglied einer schwarz-grünen Koalition Sanktionen gegen Integrationsverweigerer gefordert. Hamburgs Innensentor Heino Vahldieck (CDU) will, dass die Ausländerbehörden zu diesem Zweck eine Datensammlung erstellen, in der vermerkt wird, ob Integrationskurse besucht, abgebrochen oder verweigert wurden. Als mögliche Sanktionen schlägt er den Entzug des Aufenthaltsrechts oder die Kürzung von Sozialleistungen vor. Kritiker bemängeln, dass Bund, Länder und Gemeinden erst einmal dafür sorgen sollten, dass genügend Integrationskurse angeboten werden. In einigen Städten bestünden lange Wartelisten für den Besuch solcher Kurse. *Bel*

Die Schulden-Uhr:
Teure Einsätze

Am Mittwoch hat der Bundestag die Verlängerung von drei Bundeswehreinsätzen im Ausland bis jeweils Ende 2011 beschlossen. So werden für die EU-geführte Operation „Atalanta“, bei der bis zu 1400 deutsche Soldaten eingesetzt werden dürfen, um vor der Küste Somalias Piraten zu bekämpfen, rund 50 Millionen Euro veranschlagt. Der Stabilisierungseinsatz in Bosnien-Herzegowina soll mit etwa 7,7 Millionen Euro zu Buche schlagen. Hier dürfen bis zu 900 Soldaten eingesetzt werden, derzeit sind es aber nur 115. Vergangene Woche machte sich die Fregatte „Bremen“ mit 220 Soldaten ins Mittelmeer auf, um dort im Rahmen der Nato-Operation „Active Endeavour“ den Terrorismus zu bekämpfen. Kostenpunkt: rund vier Millionen Euro. Doch all das ist nichts gegen den Afghanistan-Einsatz. Dessen Kosten werden in diesem Jahr bei bis zu 5350 Soldaten mit 780 Millionen Euro veranschlagt. *Bel*

1.704.955.687.764 €

Vorwoche: 1.703.407.366.295 €
Verschuldung pro Kopf: 20856 €
Vorwoche: 20837 €

(Dienstag, 16. November 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Politiker gegen Schöngeister

Verteidigungsminister zu Guttenberg will eine illusionslose Debatte über die deutsche Interessen

Unerhörtes geht vor: Die Bundesrepublik formuliert erstmals eigene nationale Interessen, und das im Zusammenhang mit Handelswegen und Militäreinsätzen. Wie erwartet wurde der Tabubrecher, Vereidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, von grünen Radikalpazifisten massiv kritisiert. Doch dem Strahlemann schadet das nicht.

Ein Liebling der Massen, der Klartext redet und mit alten Tabus bricht: Nach dem Widerstand gegen die marktwirtschaftlich bedenkliche Opel-Rettung und nach der entschlossenen Bundeswehrreform mit Aussetzung der Wehrpflicht hat Karl-Theodor zu Guttenberg etwas angesprochen, was vernunftgeleiteten Beobachtern schon immer klar war, was aber in der Gutmenschen-Republik Deutschland offensichtlich ein Tabu ist: Dass der Exportvizeweltmeister Deutschland, nicht gerade mit eigenen Bodenschätze gesegnet, seine Handelswege notfalls mit militärischer Gewalt sichern muss. „Ressourcen- und Energiesicherheit sind vitale Interessen nahezu jedes Staates dieser Erde, auch der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn dies manche Schöngeister nicht wahrhaben wollen“, betonte zu Guttenberg.

Der Aufschrei der militanten Pazifisten ließ nicht lange auf sich warten. Der Minister rufe zu Wirtschaftskriegen auf, behauptete das rot-grüne Lager. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin unterstellte ihm sogar „Kanonenbootpolitik“. Doch zu Guttenberg hat gute Argumente auf seiner Seite.

Im Weißbuch zur Sicherheitspolitik, das 2006, also lange vor seiner Zeit als Verteidigungsminister, verabschiedet wurde, wird unter anderem als Ziel definiert, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes zu fördern und dabei die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden zu helfen“. Artikel 87a des Grundgesetzes fasst es etwas enger: „Außer zur Landesverteidigung dürfen Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit das Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Es besteht aber Konsens in Deutschland, dass Ausnahmen bei internationalen Einsätzen – zumal, wenn Sie mit Uno-Mandat abgesichert sind – zulässig sind. Die Behauptung der Grünen, der Minister breche die Verfassung, läuft schon deswegen ins Leere, weil zu Guttenberg ja keinen entsprechenden Einsatz plant oder gar führt, sondern nur eine Debatte angestoßen hat. Dagegen haben gerade die Grünen mit Außenminister Joschka Fischer an der Spitze während der rot-grünen Regierungszeit die ersten Kampfeinsätze der Bundeswehr in Serbien und Afghanistan beschlossen und damit das Verfassungsverständnis verändert.

> Grüne bezeichnen den CSU-Politiker als eine Art Brandstifter



Zu Guttenberg wagt sich immer wieder in die Schusslinie, blieb aber bisher unverwundet: Hier bei einem Besuch der deutschen Soldaten auf dem Westplateau in der Nähe von Kundus in Afghanistan Bild: pa

Zu Guttenberg redet ja keineswegs unilateralen Wirtschaftskriegen das Wort. Die Bundeswehr wäre für solche Einsätze auch gar nicht ausgerichtet, wenngleich das Potenzial der deutschen Armee sich durch die Reform verbessern dürfte. Doch die Bundeswehr beteiligt sich bereits jetzt an der Uno-Mission „Atalanta“, dem Schutz von Handelsschiffen vor Piratenüberfällen vor dem Horn von Afrika. Die Mission dient auch zum Schutz der humanitären Hilfe in Somalia – einem gescheiterten Staat ohne wirksame Staatsgewalt, in dem kriegerische Clans und Bandenchefs das Faustrecht eingeführt haben.

Ein Handelskrieg müsste dort – konsequent zu Ende gedacht – zusätzlich ein Land-Mandat etwa an der somalischen Küste umfassen, um Piratennester und Banden zu zerschlagen. Aber daran wird nicht einmal ansatzweise gedacht. Stattdessen werden gefasste Piraten in sogenannten sicheren Dritthäfen ausgesetzt oder sogar nach Hamburg ausgeflogen, wo sie dann, auf Kosten des Steuerzahlers verköstigt, medizinisch behandelt und nach europäischen Standards untergebracht, auf ihren Prozess warten und sogar Asyl beantragen können.

Politisch bemerkenswert ist Folgendes: Bundespräsident Horst Köhler hatte eine ganz ähnliche Position vertreten und war von den Grünen in ähnlich massiver Weise angegriffen worden. Köhler, nicht an aggressiven politischen Disput gewöhnt, warf entnervt hin, weil auch die erhoffte Rükkendeckung von Seiten der zaudernden Kanzlerin ausblieb.

Zu Guttenberg hingegen ist offenbar ein anderes Kaliber: Er weist die Anwürfe der Grünen zurück und bezeichnet sie als „Schöngeister“. Zurecht weist er darauf hin, dass er seine Position mindestens seit einem halben Jahr immer wieder vertreten habe – offenbar hatten die rot-grünen Radikal-Pazifisten ihm nie genau zugehört. Auch gegen das Weißbuch von 2006 „habe ich keinen Empörungsschrei gehört“, fügt er an. Die tiefliegenden Schlammbrocken der Grünen können ihm im öffentlichen Ansehen offensichtlich nichts anhaben: Sie perlen an ihm ab.

Auffällig ist außerdem das Faktum, dass mit Guttenberg endlich ein deutscher Regierungspolitiker den Begriff „deutsche Interessen“ in den Mund genommen hat. Und dies nach Jahrzehnten, in denen der Kriegsverlierer Deutschland nach herrschender Meinung keine eigenen Interessen haben oder formulieren durfte. Wenn sich zu Guttenberg durchsetzt, ist ein großer Schritt hin zur Entkrampfung Deutschlands geschafft. Von Bundeskanzlerin Merkel fehlen zu der Sache allerdings bislang klare Worte. *Anton Heinrich*

Gier kennt keine »heiligen Konten«

Falsche NS-Opfer ergaunern 42 Millionen – Erinnerung an die Fälle Nachmann und Witti

Mit erfundenen Lebensläufen ergaunerten vorgebliche Holocaust-Opfer in den USA 42 Millionen Dollar aus zwei Entschädigungsfonds, die von Deutschland finanziert werden. 17 Verdächtige wurden bisher festgenommen, darunter ein früherer Stiftungsdirektor. Die Fonds unter Betrugsverdacht werden von der Conference on Jewish Material Claims Against Germany verwaltet.

Wo Geld ist, da ist die Gier nicht weit. Davon sind auch Gelder nicht ausgenommen, mit denen NS-Opfer für erlittenes Leid entschädigt werden sollen – soweit dies mit Geld möglich ist. „Heilige Konten“, wie die Zahlungen zur Wiedergutmachung einmal genannt wurden, gibt es nicht. Die Versuchung zur Manipulation ist sogar umso größer, wenn der Geber des Geldes aus begründeter Scham glaubt, es stehe ihm nicht an, die Verwendung seiner Zuwendungen genau zu überprüfen. Darum wurde die Verteilung der Gelder der Jewish Claims Conference übertragen. Umso größer ist das Erschrecken, wenn wieder einmal bekannt wird, dass auch Institutionen mit höchstem moralischem Anspruch fehlbare Menschen beschäftigen.

Als Werner Nachmann, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland von 1969 bis 1988 und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband, 1988 starb, ehrte ihn das politische Deutschland wegen seines selbstlosen Wirkens. Wenig später allerdings hieß es, Nachmann haben sich „an Heiligen Konten“ vergriffen. Dem mittelständischen Unternehmer wurde bald nach seinem Tod der Vorwurf gemacht, er habe 33 Millionen D-Mark veruntreut. Das Geld stammte aus Zinserträgen von mehreren Hundert Millionen Mark Wiedergutmachung, mit denen der Vorsitzende des Zentralrats der Juden auf seinen Geschäftskonten jonglierte. Anfangs deklarierte er diese Zinserträge noch als Darlehen, die der Funktionär Nachmann dem Geschäftsmann Nachmann gewährte.

Als es nicht gelang, diese Darlehen zurückzuzahlen, wurden sie in Zuschüsse umgewandelt. Zu Nachmanns Lebzeiten hat niemand nachgefragt, nach seinem Tod blieben die 33 Millionen Mark unauffindbar.

> Einige der »NS-Opfer« wurden nach 1945 geboren

Werner Nachmann hatte bereits 1985 an die Deutsche Bank appelliert, den ehemaligen Zwangsarbeitern des Flick-Konzerns eine Entschädigung zukommen zu lassen. Als Jahre später die Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter vorangetrieben wurden, verdiente der Münchner Rechtsanwalt Michael Witti daran kräftig mit. Als Partner des Anwalts Ed Fangan klagte Witti in den USA Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter ein. Staat und Wirtschaft zahlten im Jahr 2000 in einen Fond fünf Milliarden D-Mark ein.

Für 2800 jüdische Ghetto-Insassen, die heute vor allem in den USA und Israel leben, erstritt Michael Witti gemeinsam mit einem Entschädigungsbüro in New York sogenannte Ghetto-Renten. Das Geld landete auf Wittis Konto – und wurde – abzüglich 17 Prozent Honorar – auch dann nicht überwiesen, als es längst fällig war. Das Münchner Amtsgericht verurteilte Witti deshalb wegen Veruntreuung zu elf Monaten Haft auf Bewährung.

Der jetzt in New York aufgedeckte Betrug dauert vermutlich seit 16 Jahren an. Über Zeitungsanzeigen wurden jüdische Einwanderer aus Osteuropa – vorwiegend Russland – aufgefordert, angebliche Ansprüche als NS-Opfer geltend zu machen. Beteiligt waren zwei Fonds – der Hardship Fonds (Einmalzahlung in Höhe von 3600 Dollar an NS-Opfer, die während des „Dritten Reichs“ aus ihren Wohnorten vertrieben wurden) und der sogenannte Artikel-2-Fonds (unterstützt Holocaust-Überlebende, die weniger als 16000 Dollar im Jahr zur Verfügung haben, mit etwa 411 Dollar pro Monat).

Mitarbeiter dieser beiden Fonds halfen bei der Ausarbeitung der auf passend getrimmten Lebensläufe fern jeder Realität, fälschten notwendige Papiere – und kassierten bei Auszahlung der Opfer-Renten ihren Anteil. Bei der Entwicklung eines entschädigungsberechtigten NS-Opferprofils gingen sie ausgesprochen großzügig mit der Wahrheit um – einige der Antragsteller sollen nach Zeitungsberichten erst nach 1945 geboren worden sein. *Klaus J. Groth*

Neue Fragen zur AA-Studie

Der Streit um die Vergangenheit des Auswärtigen Amtes in der NS-Zeit geht weiter. Die Reisekostenabrechnung des AA-Diplomaten Franz Rademacher mit der Zweckbestimmung „Liquidation von Juden“ hatten große Medien als sensationellen Fund verkauft. Nun stellte sich heraus, dass die „FAZ“ schon im Jahre 1952 in großer Aufmachung berichtet hatte, dass maßgeblich wegen dieser Abrechung der einstige Leiter des „Judenreferates“ im AA, Rademacher, zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden sei. Auch die Einschätzung des Marburger Historikers Eckart Conze, das AA sei im Dritten Reich eine „verbrecherische Organisation“ gewesen, stößt auf Widerspruch. Nicht nur die evidente Frage, warum die alliierten Siegermächte keinen entsprechenden Vorwurf erhoben hatten, stellt sich hier. Der US-Historiker Christopher R. Browning, ein ausgewiesener Experte für das AA in der NS-Zeit, meinte, dieser Begriff sei „nicht sehr hilfreich“ und weiter: „Das Auswärtige Amt verhielt sich komplizenhaft, war aber sicherlich nicht in gleichem Maße wie die SS an der Endlösung beteiligt.“ In der „FAZ“ läuft unterdessen ein Streit zwischen Feuilleton und Politikredaktion um die Conze-Studie. *PAZ*

Scharnhorst

Von Theo Maass

Endlich mal wieder was Preußisches, dachte ich mir. Das Filmmuseum Potsdam wollte den Scharnhorst-Fünfteiler (Fernsehen der DDR 1978) aufführen. Der Siebenjährige Krieg, die Befreiungskriege zur Zeit Scharnhorsts und die deutschen Einigungskriege waren die heroischen Seiten jenes Staates, der die wenigsten Kriege unter den Großmächten Europas und der Welt geführt hat.

Aber Preußen und die DDR? Angefangen hatte es ganz anders. Am 22. Juli 1950 verkündete Walter Ulbricht auf dem 3. SED-Parteitag den Abriss des Berliner Schlosses. Am 6. September 1950 wurden die gut erhaltenen Reste als Symbol des „preußisch-deutschen Militarismus“ gesprengt. Aber die Parole von der „Arbeiter- und Bauernmacht“ auf deutschem Boden hatte der DDR keine Identität gestiftet. Später wurde zurückgerudert. Für das Fernsehen der DDR entstanden Produktionen zur preußischen Geschichte, deren bekannteste der besagte Fünfteiler und der Sechsteiler zu „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ waren. Ich lese in einer Broschüre, die Nationale Volksarmee der DDR habe sich in der Nachfolge fortschrittlicher preußischer Tradition gesehen.

Na ja, ich lasse das ganze Elend von Jena und Auerstedt im Kinosessel an mir vorbeilaufen. Kleine historische Ungenauigkeiten übersieht man – wenn man es besser weiß. Tatsächlich mussten die Reformer Scharnhorst und Gneisenau, Clausewitz und vom Stein ihren König gewissermaßen zur Jagd tragen. Das traf ja zu. Aber es wurde unter Friedrich Wilhelm III. ja auch etwas zur kulturellen Vorbereitung der Befreiung getan.

Ernst Moritz Arndt wird in dem Streifen als die große Lichtgestalt preußischer Dichtung dargestellt – wie wahr. Dann kommt die große Stunde: Napoleon in Russland geschlagen, in Tauroggen wird die berühmte Konvention unterschrieben, der König ringt mit sich selbst und seinen militärischen Beratern und erlässt schließlich den Aufruf „An mein Volk …“ Am Ende kommt es zur Völkerschlacht bei Leipzig. Deutschland ist wieder frei von der Fremdherrschaft.

In der alten Bundesrepublik wollte man nicht viel wissen von Preußen – mit Mühe und Not gab es im Preußenjahr 1981 zwei Briefmarken, eine Ausstellung und die Vorführung einiger alter Filme. In der DDR war das damals schon anders.

Im Kopf noch die großen Ideale wie preußische Redlichkeit, Fleiß, Beamtenethos gehe ich zum S-Bahnhof. Kreischende Reklamebotschaften statt preußischer Schlichtheit versuchen von mir Besitz zu ergreifen. Und Ernst Moritz Arndt? Erst im vergangenen Sommer scheiterte eine von politisch eindeutig links stehenden Kräften angeschobene Initiative, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald umzubenennen, am Votum der Studenten.

Neue Gefahr für Polizisten

Innensenator Körting wollte Namensschilder für Beamte im Einsatz – nun kommen Nummern



Einsatz bei einer Demonstration gegen Thilo Sarrazin: Berliner Polizeibeamte sind besonders oft Ziel von Drohungen und Angriffen. Doch ausgerechnet hier will die SPD die Beamten kennzeichnen. In keinem anderen Land erhebt die Partei diese Forderung – auch dort nicht, wo sie mit Grünen oder Linken regiert.

Bild: dapd

Auf welcher Seite steht Berlins Innensenator Körting? Sein jüngster Vorstoß, Polizeibeamten das Tragen von Namensschildern zu verordnen, hat für Empörung unter den Betroffenen gesorgt. Nun soll ein Kompromiss den Streit schlichten.

Der Vorschlag löste heftige Reaktionen aus. Um dem Drängen linker Demonstranten und ihrer politischen Fürsprecher im Abgeordnetenhaus nachzugeben, wollte Berlins Innensenator Erhart Körting (SPD) die Polizeibeamten der Hauptstadt dazu zwingen, künftig Namensschilder zu tragen. Auch und gerade bei gewalttätigen Demonstrationen.

Die Polizeigewerkschaften im DGB und im Beamtenbund treten diesem Ansinnen entgegen. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) im Beamtenbund, Bodo Pfalzgraf, dazu gegenüber dieser Zeitung: „Die Politik, vertreten durch SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, hat uns gestern im Abgeordnetenhaus unter Generalverdacht gestellt. Das ist eine politische Ehrverletzung gegenüber jedem rechtschaffenen Polizisten dieser Stadt! Wir vermissen jegliches politische Gespür für die Sorgen und Nöte unserer Kollegen.“ Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB, Michael Purper, pflichtet seinem Kollegen bei: „Das ist ein Misstrauensvotum gegenüber unseren Kollegen.“ Die Sicherheit der Beamten werde „mit der Zwangskennzeichnung gefährdet“. Die Sorge, die viele einfache Beamte nur hinter vorgehaltener Hand aussprechen: Linke oder rechte Extremisten könnten sie zu Hause aufsuchen oder ihre Frauen und Kinder bedrohen oder gar angreifen. Auch halten sie Racheakte krimineller arabischer Clans für möglich, deren gefährliche Strukturen auch die verstorbene Richterin Kristen Heisig in ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ beim Namen genannt hat. Die Sippen haben die Stadt unter sich aufgeteilt, kontrollieren Nachtleben, Prostitution, Menschen- und Drogenhandel. Dazu kommen brutale Linksextremisten, die alle Nase lang gewaltsam demonstrieren und einige „Glatzen“, die sich gelegentlich auch bemerkbar machen.

Furcht um die Sicherheit der Familien

Kritiker haben dem Innensenator vorgeworfen, dass die Namenskennzeichnung von Beamten das Gleiche wäre, wie wenn der Bürgermeister von Chicago Al Capone die Adressenlisten der Mitarbeiter des gegen ihn ermittelnden Finanzbeamten Elliot Ness überantwortet hätte. Die Namenskennzeichnung ist ein altes Lieblingsprojekt der Grünen und nun auch der Linken, mit der die SPD in einer Koalition sitzt. Das Berliner Unterfangen ist einzigartig in der Bundesrepublik, denn bislang sind anderswo selbst Innenminister der SPD – auch in Koalitionen mit den Grünen oder Postkommunisten – nicht auf den Gedanken gekommen, die Sicherheit ihrer Bediensteten derart zur Disposition zu stellen.

Vorkämpfer der Kennzeichnungspflicht der Beamten sind linksextreme Demonstrantenlobbyisten, die nach jeder Eskalation die Behauptung aufstellen, bei gewalttätigen Demonstrationen würden die Übergriffe von der Polizei ausgehen. Zwar werden stets zahlreiche Strafanzeigen gegen Beamte gestellt, aber diese ergeben meist nichts. Die Demonstrantenlobby suggeriert, dies liege an einem Korpsgeist der Beamten, und durch die Kennzeichnungspflicht würde gewissermaßen eine Art „Waffengleichheit“ zwischen Beamten und Demonstranten hergestellt. Allein diese Forderung zeigt in den Augen der Gegner einer Kennzeichnungspflicht für Beamte, dass hier das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird.

Polizeipräsident Dieter Glietsch verteidigte hingegen die Idee mit den Namensschildern. Eine entsprechende Vorlage an den Personalrat der Polizei hat die Interessenvertretung der Beschäftigten aber strikt abgelehnt. Nun musste eine paritätisch besetzte Einigungsstelle unter dem Vorsitz einer neutralen Vertrauensperson zusammentreten. Am 12. November wurde ein Kompromiss geschmiedet: Aus dem Namensschild wird möglicherweise nur ein Schild mit Personalnummer. Demnach können Polizisten künftig frei wählen, ob sie ihren Namen an der Uniform tragen oder ihre Dienstnummer.

Der Vorschlag löste gemischte Reaktionen aus. Polizeipräsident Dieter Glietsch sagte: „Ich begrüße den Vorschlag und werde ihm zustimmen.“ Innensenator Ehrhart Körting ließ ausrichten, dass er einen „von beiden Seiten getragenen Kompromiss begrüßen“ werde. Der vorgeschlagene Kompromiss wird von Bodo Pfalzgraf als Minimalschritt bewertet. Letztlich wären die Namen der Beamten aber immerhin geschützt. Pfalzgraf sieht den Kompromiss dennoch kritisch: „Wir brauchen dann eine regelmäßige Nummernrotation, damit sich kriminelle Kreise nicht dauerhaft grundlos auf einen Beamten konzentrieren können.“

Die Demonstrantenlobby hingegen ist unzufrieden. Für Polizeipräsident Glietsch sei der Kompromiss eine „Niederlage“, sagte der grüne Abgeordnete Benedikt Lux, der innenpolitischer Sprecher seiner Partei ist und in der Vergangenheit keine Berührungsängste zur linksextremen Postille „Jungle World“ zeigte. *Theo Maass*

»Uns Deutschen fehlt Selbstachtung«

Gespräch mit »Dee Ex«, einer Berliner »Rap«-Musikerin, die sich querstellt: »Liebe und Treue zum eigenen Volk machen glaubwürdig«

Dee Ex“ nennt sich die kleine zierliche Frau aus dem Ostteil Berlins, die mit patriotischer Rap-Musik die Szene aufmischt. Von der gewaltbereiten „Antifa“ und linksradikalen Medien wurden Vorwürfe des Rechtsextremismus gegen die Künstlerin erhoben. Mit Dee Ex sprach Hans Lody.

PAZ: *Warum machen Sie Musik?*

Dee Ex: Um meine Leidenschaft zu teilen. Ich verarbeite damit meine Gedanken und Gefühlswelt.

PAZ: *Warum haben Sie sich für Rap entschieden?*

Dee Ex: Es hat sich so ergeben, weil man nicht alle Emotionen auf einer Tonleiter verteilen kann.

PAZ: *Sie sprechen von Emotionen; was stört Sie an Deutschland?*

Dee Ex: Kaum einer will mehr patriotisch sein und sein Land vor inneren und äußeren Angriffen schützen. Wer es dennoch versucht, wird als Nazi diffamiert und „politisch gejagt“.

PAZ: *Das hört sich so an, als hätten Sie von diesem Land ziemlich die Nase voll. Wollen Sie auswandern, woanders Asyl beantragen?*

Dee Ex: Nö. Ich bleibe im Land meiner Vorfahren. Es ist meine Heimat, zu der ich mich inklusive aller Höhen und Tiefen bekenne, ohne „rot“ zu werden.

PAZ: *Ein Musikfilm von Ihnen ist mit Wochenschauszenen unterlegt; man sieht Wehrmachtssoldaten.*

Dee Ex: Ehre, wem Ehre gebührt. General de Gaulle hat einmal zu Recht gesagt, dass man den Charakter eines Volkes daran erkennt, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht. Ich wünschte mir, die jungen Leute von heute hätten das Rückgrat der Kriegergeneration. Letztlich beklage ich damit die Charakterlosigkeit der Antideutschen.

PAZ: *Was fehlt uns also?*

Dee Ex: Selbstachtung, Patriotismus und direkte Demokratie. Wir müssen als gutes Beispiel dienen – ein schlechtes waren wir lange genug. Wir brauchen ein selbst denkendes, kritisches Volk und Politiker, die sich für unser Recht einsetzen. Also Steinbach statt Merkel, Gauweiler statt Westerwelle und so weiter. Mit meiner Musik will ich meinen Anteil zu einer positiven Entwicklung beisteuern. Wie man in Wien gesehen hat, kann Rap-Musik viel bewirken.



Rapperin Dee Ex Bild: privat

PAZ: *Sie meinen Heinz-Christian Strache, den FPÖ-Chef, der selber Rap-Musik gemacht hat?*

Dee Ex: Ja klar.

PAZ: *Aber Österreich ist nicht Deutschland*

Dee Ex: Nein? Nicht? Aber etwas ähneln uns die Ösis schon! Ich mag sie sehr und was da geht, muss doch hier auch umzusetzen sein.

PAZ: *Kommen wir von den Österreichern zu Özil. Ist der hier integriert?*

Dee Ex: Seine Tore für Deutschland machen zumindest den Eindruck, als wäre er es. Er bekennt sich anscheinend zu unserem Land, weil er im Oktober nicht für die Türkei, sondern für uns spielen wollte. Eigentlich sollte er als Vorbild dienen und die Integrationsunwilligen zum Nachdenken bringen.

PAZ: *Was denken Sie über die Migranten, die ihn deswegen vor laufender Kamera als „deutsches Schwein, Kartoffel und Hurensohn“ beschimpft haben?*

Dee Ex: Da wird die gescheiterte Integrationspolitik deutlich. Diese „Fans“, die türkischen Nationalisten zeigen ja, dass sie sich gar nicht integrieren wollen. Der Dank für deutsche Bildung und ein finanziell abgesichertes Leben in Deutschland ist Hass und Ablehnung – Sie wollen offensichtlich nichts mit unserem Land zu tun haben. Wenn sie gehen wollen, dann sollen sie es auch endlich tun. Ich halte sie nicht auf.

PAZ: *Die Antifa beschimpft Sie als Nazi.*

Dee Ex: Weil die Argumente fehlen. Die Zwangsvermischung nicht aufeinander abgestimmter Kulturen beziehungsweise die Abschaffung der eigenen ist destruktive Heuchelei und dient nur der Beruhigung eines schlechten Gewissens. Völkerfreundlich ist das nicht. Horst Köhler sagte mal, dass Patriotismus und Weltoffenheit keine Gegensätze sind – sie bedingen einander! Das sehe ich genauso. Was ich mir für Deutschland wünsche, gönne ich jedem anderen Land. Heimatpflege, die Liebe und Treue zum eigenen Volk machen eine Gastfreundschaft und den Respekt vor Fremdem erst glaubwürdig. Sie bedeuten eben nicht, dass man gleichzeitig andere Völker verachtet.

PAZ: *Jetzt werden wir mal indiskret, was haben Sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt?*

Dee Ex: Ich habe mit einem großen Kreuz über den gesamten Wahlzettel die Freiheit gewählt. Wir brauchen keine Politik, mit der das Volk sowieso nicht einverstanden ist. Um es mit Stauffenbergs Worten zu sagen: „Es lebe das heilige Deutschland!“

Zeitzeugen



Robert Zoellick – Der 1953 im US-Staat Illinois geborene Politikwissenschaftler ist seit 2007 Chef der Weltbank. Als Mitglied der „Trilateralen Kommission“ und des „Council on Foreign Relations“ sowie viermaliger Teilnehmer der „Bilderberg-Konferenz“ gilt er als exzellent vernetzt. Zoellick, dessen Vorfahren vermutlich aus Rostock stammen, hat mit seinen Vorschlägen für einen neuen Goldstandard Aufsehen erregt.

Barack Obama – Der 49-jährige US-Präsident versprach, dass die USA unter seiner Regierung weniger ruppig auf ihre Weltmachtrolle pochen würden als unter Vorgänger Bush. In Seoul musste er nun erleben, wie es sich anfühlt, nicht mehr der Repräsentant der unumschränkten „einzigen Weltmacht“ zu sein. Vor allem China und Deutschland zeigten ihm unerwartet heftig Grenzen auf.



Hu Jintao – Es war schon eine Überraschung: Das US-Magazin „Forbes“ krönte den chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao zum „mächtigsten Mann der Welt“. Ein Titel, der im Jahr zuvor noch US-Präsident Obama zugesprochen worden war. Der 1942 geborene Hu (dies ist der Nachname) ist seit 2004 Führer von Staat, Partei und Armee der Volksrepublik China. In der Frage von Handel und Devisenkursen zeigt er kaum Kompromissbereitschaft.

Angela Merkel – Die deutsche Kanzlerin amerikahörig? In der Auseinandersetzung mit US-Forderungen nach einer „Deckelung“ der deutschen Exporte hielt Merkel mit aller Härte dagegen, auch wenn sie die besonders scharfen Töne ihren Ministern für Wirtschaft und Finanzen überließ. Der G20-Gipfel wird ihr insgesamt als Erfolg angerechnet.



Luis Inácio Lula da Silva – Für den brasilianischen Präsidenten war es der letzte große Auftritt auf internationaler Bühne, am 1. Januar geht seine zweite Amtszeit zu Ende, eine weitere verwehrt die Verfassung. Brasilien ist in den vergangenen Jahren zum bedeutenden Akteur der Weltwirtschaft geworden. Jetzt fürchtet das Land, das von der Finanzkrise kaum getroffen wurde, eine rapide Aufwertung seiner Währung, was den Export erschweren würde.

Abgesang auf eine Ära

Der G 20-Gipfel in Seoul offenbarte das Ende des amerikanischen Jahrhunderts

Washington ist mit seinem Doppelangriff auf Berlin und Peking gescheitert. In der Stärke mittelgroßer Mächte zeigte sich in Seoul eine neue Weltordnung.

Die Attacke von Timothy Geithner könnte das Fass zum Überlaufen gebracht haben: Unverblümt mit Hinweis auf Deutschland forderte der US-Finanzminister eine Deckelung von Exportüberschüssen. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) sprach von einem „erschütternden Rückfall in planwirtschaftliches Denken“. Kanzlerin Merkel äußerte trotzig ihren Stolz auf die eindrucksvolle Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte.

Geithners Attacke war womöglich der schwerste strategische Fehler im Umfeld des G 20-Gipfels in Seoul. Deutschlands und Chinas Aussenhandelsüberschüsse haben recht verschiedene Ursachen: China hält seine Währung künstlich billig. Deutschland hingegen ist lediglich besonders wettbewerbsfähig.

Indem er beide Länder in einen Topf warf, schmiedete Geithner eine unverhoffte Allianz zwischen Berlin und Peking, die in Seoul gegen die USA in Stellung ging. An der gebündelten Macht der Deutschen und Chinesen, denen sich andere Exportländer wie Korea oder Japan nur zu gern anschlossen, prallten die USA ab. Nun soll eine Kommission „Schwachstellen“ im Welthandel erst einmal analysieren. Dabei ist noch nicht einmal beschlossen worden, nach welchen Kriterien hier untersucht werden soll. Ein typischer Formelkompromiss.

Währungskrieg scheint vorerst abgewendet

Viele Kommentatoren glauben, dass der Gipfel das „Ende des amerikanischen Jahrhunderts“ eingeläutet habe. Nichts habe das so sehr sichtbar gemacht wie das selbstbewusste Auftreten der Deutschen und der Chinesen. Und auch andere mittelgroße Mächte wie etwa Brasilien hätten ein bislang ungekanntes Selbstbewusstsein gezeigt.

Andererseits ist es zum „chinesischen Jahrhundert“, so es denn irgendwann kommen sollte, offenbar auch noch eine Weile hin. In Seoul zeigte sich gleich eine ganzer Reihe starker Akteure, unter denen sich Deutschland, China und Brasilien nur am lautesten artikulierten.

Zum heißen Eisen eines drohenden „Währungskrieges“ gab es in Seoul wenig Konkretes. Unter der Leitung von Frankreich, das 2011 den Vorsitz der G 20 von Südkorea übernimmt, soll eine „Grundsatzdiskussion“ über das Weltwährungssystem eingeleitet werden. Indes verlautete bereits, worauf ein solches „neues“ System hinauslaufen dürfte: auf eine Schwächung des US-Dollar als globale Leitwährung.

„Währungskrieg“ bedeutet, dass die Notenbanken den Wechselkurs der eigenen Devise künstlich nach unten manipulieren, um die Exportchancen des eigenen Landes zu verbessern. Daraus kann sich ein verheerender Abwertungswettlauf entwickeln. Folge wäre vermutlich Protektionismus (Behinderung von Importen durch Zölle und Schikanen) und Geldentwertung.

Aufsehen erregt hat Weltbank-Chef Robert Zoellick, der kurz vor dem Gipfel einen neuen Goldstandard ins Gespräch brachte (die *PAZ* berichtete). Schon jetzt flüchten Millionen Anleger vor dem Papiergeld in Gold und Silber, selbst bislang wenig beachtete Gedenkmünzen finden reißenden Absatz (siehe Kasten).

Experten halten eine baldige Eskalation an der Währungsfront nach dem Gipfel für vorerst gebannt – vorerst. Allerdings vergingen kaum Stunden nach dem Treffen, bis China mit neuen Restriktionen beim Export Seltener Erden Öl in die schwelende Frage nach der Zukunft des freien Welthandels goss. *Hans Heckel*



Grenzen aufgezeigt: Die deutsche Kanzlerin machte US-Präsident Obama deutlich, was sie von der US-Finanzpolitik hält. Bild: pa

Silberzehner wird »schlechter«

Eigentlich wollte die Bundesbank am 11. und 25. November die beiden letzten Zehn-Euro-Gedenkmünzen dieses Jahres herausgeben. Stattdessen wurden beide Auflagen eilig Ende Oktober auf einmal an die Banken ausgeliefert. Grund für die Hast: Der Silberwert der Münzen lag bereits deutlich über neun Euro. Laut Gesetz darf die Bundesbank aber keine Gedenkmünzen herausgeben, deren Metallwert über dem Nennwert liegt. Die Eile war berechtigt: Schon wenige Tage später stieg der Silberwert der Münzen auf über 11,30 Euro.

In Reaktion auf den gestiegenen Silberpreis wird ab kommendem Jahr der Edelmetallgehalt der Zehner deutlich reduziert. Bislang bestanden die 18 Gramm schweren Münzen aus 925er Silber, enthielten also 16,65 Gramm Feinsilber. Ab 2011 sinkt das Gewicht auf 16 Gramm, zudem wird das Silber „schlechter“, es handelt sich dann (wie übrigens schon bei allen DM-Silbermünzen bis 1997) um 625er. Damit enthalten die neuen Prägungen genau zehn Gramm Feinsilber, was derzeit etwa einem Metallwert von etwa 6,30 Euro entspricht.

Metallwert überstieg den Verkaufspreis

1979, im Zuge der damaligen Silberpreisexplosion, hatte die Bundesbank übrigens schon einmal das gleiche Problem: Damals war das Metall der Fünf-Mark-Sonderprägung plötzlich 6,30 DM wert. Danach verlegte sich die Notenbank auf die Ausgabe gewöhnlicher Kupfer-Nikkel-Gedenkmünzen, die aber wenig Anklang fanden, bis schließlich ab 1987 wieder in Silber, nun zum Nennwert von zehn Mark, geprägt wurde. Schon 1975 verschwanden übrigens die alten, silberhaltigen Fünf-DM-Münzen aus dem Verkehr. Sie enthielten sieben Gramm Feinsilber, die heute schon 4,40 Euro wert sind. *H.H.*

Nur zwei echte Reformen

IWF und Basel III – In anderen Bereichen überwiegen Floskeln

Fünf große Themenfelder haben die Staats- und Regierungschefs auf dem G20-Gipfel in Seoul beackert. In drei davon besteht die wichtigste Nachricht darin, dass große Konflikte ausgeblieben sind: Bei den großen Handelsungleichgewichten, beim Streit um zu hoch oder zu niedrig bewertete Währungen und beim Thema Freihandel blieb es teils bei Absichtserklärungen, teils bei eher symbolischen Maßnahmen oder man einigte sich schlicht darauf, problematische Entwicklungen weiter zu beobachten.

Bei zwei weiteren Themen – der Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Finanzmarkt-Regulierung – kamen substanzielle Beschlüsse zustande, die allerdings schon vorher ausgehandelt worden waren. So bekommen im IWF künftig die Schwellenländer mehr Gewicht. Mehr als sechs Prozent der Stimmrechte wandern von den alten zu den neuen Industriestaaten. Hauptgewinner ist die Volksrepublik China, künftig das drittmächtigste der 187 Mitgliedsländer hinter den USA und Japan. Auch Indien und Brasilien, Mexiko, Südkorea und die Türkei gewinnen Stimmrechte hinzu, zu den Verlieren gehört das eigentlich bisher schon etwas unterrepräsentierte Deutschland, das seinen Platz 3 an China abgibt. Der 1944 gegründete und seitdem maßgeblich von den USA beeinflusste Fonds hat durch die Weltfinanzkrise und die Krise des Euro an Bedeutung gewonnen.

Im IWF hat Berlin künftig noch etwas weniger Einfluss

Zur Verhinderung künftiger Finanzkrisen billigten und unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs das sogenannte Basel-III-Abkommen. Es verpflichtet die Banken, künftig mehr und „hochwertigeres“ Eigenkapital vorzuhalten. Dies dämpft naturgemäß die Bereitschaft, Risiken einzugehen, und dämpft auch objektiv die Möglichkeit zu gewagten Geschäften. Zudem sollen bei der Überwachung großer Finanzinstitute die nationalen Bankenaufseher mehr Freiraum bekommen. Die Macht der sogenannten Ratingagenturen, die durch abwegige Urteile die Krise massiv verschärft hatten, wird eingeschränkt. Das Abkommen ist in Teilen noch etwas theoretisch, weil nämlich erst bis Mitte 2011 feststehen soll, wer zur Gruppe „global systemrelevanter“ Banken gehört, also zu denjenigen Instituten, die „zu groß sind, um scheitern zu dürfen“, weil ihr Kollaps das weltweite Finanzsystem destabilisieren könnte. Ein Teil der neuen Regeln soll sich nur auf diese Häuser beziehen, unklar ist auch, ob diese Banken noch mehr Eigenkapital vorhalten müssen als bisher vereinbart.

Insgesamt bezeichnet der Begriff „Basel III“ ein Bündel von Vereinbarungen, das Zieldatum für die Umsetzung („Implementierung“) aller Beschlüsse ist denn auch erst der 31. Dezember 2012. „Wir werden darauf achten, dass der gesamte EU-Binnenmarkt und andere Wirtschaftsräume Basel III genauso akribisch umsetzen, wie wir das tun werden“, warnte Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen zu Beginn dieser Woche schon vorsorglich vor neuer Nachlässigkeit. *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9725**

Quo vadis, CDU?

Für ein »Nein« zu Schwarz-Grün gibt es gute Gründe, doch wie glaubwürdig ist Merkels Absage?

Rhetorisch hat sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel zuletzt deutlich von den Grünen abgesetzt. Doch personell sendet die CDU ganz andere Signale aus, beispielsweise steht der neue Parteivize und Landesvorsitzende von NRW, Norbert Röttgen, klar für Schwarz-Grün. Von den entsprechenden Bündnissen auf Landesebene kommen unterdessen schlechte Nachrichten.

Die CDU tritt nach ihrem Bundesparteitag in Karlsruhe mit einer verjüngten und weiblicheren Führungsriege an. Unter den vier Stellvertretern der Parteivorsitzenden befinden sich nun drei Bundesminister und zwei Frauen. Norbert Röttgen, Annette Schavan und Ursula von der Leyen sind erklärte „Merkelianer“ und stehen für den Kurs der „Öffnung“ der Kanzlerin. Einzig der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier könnte auch konservativere Wählerschichten ansprechen.

Ungeachtet miserabler Umfragewerte und der bevorstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg setzt die CDU mit diesem Personaltableau ihren bisherigen Kurs fort. Angela Merkel gab sich zehn Jahre, nachdem sie Helmut Kohl als Parteivorsitzenden beerbte hatte, in ihrer Parteitagsrede kämpferisch. Die sogenannten Flügelmänner der Partei und zumindest zeitweiligen Konkurrenten der Kanzlerin wie Roland Koch, Friedrich Merz oder Jürgen Rüttgers sind ausgeschieden.

Die Kanzlerin und Parteivorsitzende bedauerte zwar den schlechten Start der Bundesregierung, nannte Schwarz-Gelb aber „alternativlos“. Man müsse „unserem Land Rot-Rot-Grün ersparen“, denn das sei die Alternative im Jahr 2013. Ein schwarz-grünes Bündnis oder eine Jamaika-Koalition auf Bundesebene beruhe auf „Illusionen und Hirngespinsten“. Damit widersprach sie einer Option, die der neue Parteivize aus Nordrhein-Westfalen, Norbert Röttgen, lange mehr oder minder offen favorisiert hat.

Ist mit den Grünen tatsächlich kein Staat zu machen? Der Zustand der beiden Landesregierungen, in denen Christdemokraten zusammen mit den Grünen regieren, ist tatsächlich nicht verheißungsvoll. Es ist kein Geheimnis, dass die schwarz-grüne Landesregierung in Hamburg am Beginn der letzten Woche vor ihrem Scheitern stand. Ultimativ forderte der grüne Fraktionsvorsitzende Jens Kerstan (GAL) den Rauswurf des HSH-Nordbank-Chefs Dirk Jens Nonnenmacher. Der christdemokratische Bündnispartner sah sich von den Elb-Grünen mehr oder minder vor vollendete Tatsachen gestellt und willigte zähneknirschend in den umstrittenen Rauswurf ein, um die kriselnde

> Die Berliner CDU schaut schon zu Renate Künast auf

Koalition zu retten. Da die hanseatischen Grünen bei Neuwahlen derzeit problemlos mit den Sozialdemokraten um Olaf Scholz eine Regierung bilden könnten, ist die Alternative klar und die Position der CDU schwach. Von dem „Beginn einer wunderbaren Freundschaft“ wie noch vor dem Start der Koalition vor zwei Jahren redet an der Elbe keiner mehr.

Ähnliches spielt sich derzeit in der Jamaika-Koalition im Saarland ab, die ebenfalls als Zukunftsmodell gehandelt worden war. Nach nur einem Jahr kriselt es im schwarz-gelb-grünen Experiment an der Saar. Pünktlich zum ersten Jahrestag legten FDP-Landeschef Christoph Hartmann und Fraktionschef Horst Hinschberger vorige Woche ihre Ämter nieder. Sie zogen damit die Konsequenzen aus einem parteiinternen Streit um die liberale „Stiftung Villa Lessing“. Am 22. November sollen ihre Nachfolger gewählt werden. Die saarländische CDU und die Grünen sehen indes keine Belastung der gemeinsamen Arbeit und sprechen von einer rein „parteiinternen Angelegenheit“ der Liberalen. Aus Sicht der Opposition steht die „schwarze Ampel“ dagegen vor einem Scherbenhaufen. „Das Land befindet sich im Regierungsnotstand“, erklärt SPD-Landeschef Heiko Maas.

Obwohl in diesen beiden Ländern die schwarz-grüne Option ganz erheblich bröckelt, denkt der Berliner CDU-Chef Frank Henkel laut über ein schwarz-grünes Bündnis nach der Landtagswahl 2011 nach: „Theoretisch bietet Schwarz-Grün Chancen.“ Mit dieser Koalition könne ein „transparenterer und offenerer und bürgernäherer Regierungsstil in Berlin einziehen“, wird Henkel in der „Rheinischen Post“ zitiert. Während er die Spitzenkandidatin der Grünen lobt und umwirbt („Ich freue mich auf die sportliche Auseinandersetzung mit ihr.“), kommt von Renate Künast ein Korb. Sie schließt in fast jeder Rede eine Koalition mit den Christdemokraten in Berlin aus.

Quo vadis CDU? Auf Bundesebene bleibt wohl keine Alternative zur schwarz-gelben Koalition, auch wenn die Umfragewerte anhaltend schlecht sind. Daher geht Angela Merkel zur Attacke auf den politischen Gegner über. „Die Opposition macht Mist“, so ein deutliches Wort der Kanzlerin in Karlsruhe, wofür sie viel Beifall bekam. Die Grünen seien „vor allem und ständig immer dagegen“.

Konservative und christliche Wähler versuchte die Parteivorsitzende außer mit ihrem Nein zur Präimplantationsdiagnostik (PID) mit der Forderung nach strengeren Integrationsregeln für Migranten mit einem besonderen Diktum zurückzugewinnen: Deutschland habe nicht ein Zuviel an Islam, sondern ein Zuwenig an Christentum.

Hinrich E. Bues



Auf Begeisterung folgt auf allen Seiten die Ernüchterung: Vor gut einem Jahr starteten nicht nur die Grünen im Saarland hoffnungsfroh in die Jamaika-Koalition mit Liberalen und der CDU. Bild: dapd

MELDUNGEN

SPD-Politiker lobt NPD-Parteitag

Nürnberg – Rüdiger Erben, Innenstaatssekretär in Sachsen-Anhalt und SPD-Kreisvorsitzender im Burgenlandkreis, hat seine liebe Not, der Öffentlichkeit den Lobesbrief eines SPD-Kommunalpolitikers über den NPD-Bundesparteitag am 6. November zu erklären. Hans Püschel (SPD), Bürgermeister der Gemeinde Krauschwitz, war dort und fand das Treffen gut: „Beinahe wie auf einem SPD-Parteitag! Keine Springerstiefel, keine Schlägertypen ... Diese Leute suchen offensichtlich auch nur nach Wegen, um Deutschland aus seiner kranken Situation herauszuführen“, resümierte der langjährige Sozialdemokrat. „Hans Püschel hat offensichtlich die bürgerliche Fassade der NPD nicht durchschaut“, windet sich sein peinlich berührter Kreisvorsitzender Erben nun. *Bel*

Ein-Euro-Jobs in der Kritik

Bonn – Das Fazit des Bundesrechnungshofs über die Effizienz der seit 2005 laufenden Ein-Euro-Jobs ist ernüchternd. In etwa der Hälfte der Fälle seien die Voraussetzungen für eine staatliche Förderung nicht erfüllt, erklärte der Rechnungshof, nachdem er die Arbeit mehrerer Jobcenter überprüft hatte. Entweder handele es sich nicht um eine zusätzliche Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit oder es werde ungeförderten Unternehmen unzulässig Konkurrenz gemacht. Zudem stellten die Jobs keine Brücke in eine dauerhafte Beschäftigung dar. Derzeit befinden sich etwa 280 000 Personen in Ein-Euro-Jobs, deren Förderung etwa 1,7 Milliarden Euro kostet. Auf die Frage, wie das Bundesarbeits- und Sozialministerium die Ein-Euro-Jobs beurteile, hieß es aus Berlin nur, man habe bisher (seit 2005) „noch keine abschließende Evaluierung“ vorgenommen. *Bel*

»Deutsch ins Grundgesetz«

Bundestagspräsident nahm über 46 000 Unterschriften entgegen

Deutsche Sprache, schwere Sprache – wie schwer, weiß auch Bundestagspräsident Norbert Lammert, seit ihm am Dienstag vergangener Woche vom „Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ (VDA) und vom „Verein für deutsche Sprache“ (VDS) vier Kisten überreicht wurden. Ihr Inhalt hatte beträchtliches politisches Gewicht: Unterschriften von 46 317 Bürgern mit der Forderung „Deutsch ins Grundgesetz!“.

Unterstützt wurde die Aktion von der „Bild“-Zeitung, was wiederum die „üblichen Verdächtigen“ im linksintellektuellen Lager auf den Plan rief. Diesmal war es die „Süddeutsche Zeitung“, die den „kritischen“ Ton angab. „What?“, fragt das Münchner Intelligenzblättchen, ereifert sich über „ein grammatikalisch völlig unsinniges Ausrufezeichen nach dem anderen“ im auflagenstärkeren Konkurrenzblatt und spottet: „Comeback für Goethe“. Dass die Aktion mehr Unterstützer fand als jene Anti-Castor-Aktivisten, die zuvor auch in der „SZ“ tagelang die Schlagzeilen beherrschten, findet hingegen keine Erwähnung.

Der Wunsch, den Satz „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch“ ins Grundgesetz aufzunehmen, ist nicht neu. 2006 wäre er beinahe im Rahmen der Föderalismusreform verwirklicht worden. Damals scheiterte die Union jedoch am Widerstand der SPD – auch in diesem Falle war Große Koalition gleichbedeutend mit Stillstand.

Auch 2009, bei der Gründung der schwarz-gelben Koalition, verpassten CDU und CSU das Ziel nur

> 18 von 27 EU-Staaten schützen die Sprache in ihrer Verfassung

knapp. In den Reihen der FDP sorgten eher linksliberale Rechtsexperten wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, inzwischen Bundesjustizministerin, dafür, dass das Thema nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

Im rot-grün-roten Oppositionslager wird „Deutsch ins Grundgesetz“ ohnehin als Beitrag zur ungeliebten Leitkultur-Debatte empfunden. So wirft Volker Beck, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, der Union vor, sie ziehe wieder einmal die „patriotische Karte“. Zudem bliebe eine Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz „ohne jegliche Rechtswirkung“. Über die mögliche Rechtswirkung uralter grüner Projekte wie „Umwelt- oder Tierschutz ins Grundgesetz“ äußerte Beck sich in diesem Zusammenhang nicht.

Bedenken gegen „Deutsch ins GG“ sind auch von den in Deutschland lebenden Sprachminderheiten der Sorben, Friesen und Dänen zu hören. Sie fordern zumindest als Ausgleich „mehr Respekt vor anderen Sprachen“. Der freilich ist durch die strengen, zum Teil von der EU vorgegeben Antidiskriminierungs-Gesetze hinreichend verankert.

Die Befürworter verweisen darauf, dass exakt zwei Drittel aller EU-Staaten (18 von 27) den besonderen Status ihrer Landessprache in der Verfassung festgeschrieben haben. Die deutsche Sprache hat in Österreich und der Schweiz Verfassungsrang.

Während CDU-Chefin Angela Merkel sich zu diesem Thema bislang bedeckt hält, hofft Hartmut Koschyk, einst BdV-Generalsekretär und heute Finanz-Staatssekretär, nunmehr auf einen parteiübergreifenden Antrag im Bundestag. Das Engagement des CSU-Politikers kommt nicht von Ungefähr: Im Ehrenamt ist er Bundesvorsitzender des VDA.

Hans-Jürgen Mahlitz

Empörungskultur

Der neue EKD-Ratsvorsitzende bleibt Margot Käßmanns Linie treu

Die Wahl des 63-jährigen Präses Nikolaus Schneider zum EKD-Ratsvorsitzenden war keine Überraschung mehr. Der Gewählte zeigte sich erleichtert, dass „so eine Probezeit auch einmal zu Ende geht“. Gemeint waren die zehn Monate, die Schneider als kommissarischer Vorsitzender und Nachfolger der zurückgetretenen Margot Käßmann verbracht hatte. Ein Gegenkandidat fand sich nicht. Auch der hoch gehandelte bayrische Landesbischof Johannes Friedrich mochte nicht gegen Schneider antreten, obwohl ein lutherischer Kandidat eigentlich an der Reihe gewesen wäre. Nikolaus Schneider machte aus seiner offenkundigen Freude über die neue mediale Wirksamkeit kurz vor dem Ruhestand keinen Hehl und erhielt mit 135 von 143 abgegebenen Stimmen ein traumhaftes Wahlergebnis.

Mit diesem hohen Ergebnis geht Schneider in eine Amtszeit, die bis 2015 gehen soll. Er ist damit der fast einmütig gewählte Repräsentant der Synode der evangelischen Landeskirchen in Deutschland, die sich vor allen Dingen im Dienste einer rot-grünen Empörungskultur sieht. Der Friede in Afghanistan, die neuen Hartz-IV-Sätze, Stuttgart 21 oder der Castor-Transport sind die Grundthemen des neuen Vorsitzenden. Die EKD-Synode unter der Leitung der Präsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) legte dazu eine Reihe von Resolutionen vor. Der neue EKD-Chef setzt damit die Linie Käßmanns einer



Will sich einmischen: Nikolaus Schneider Bild: dapd

Dauerpolitisierung fort, hinter der die theologischen und religiösen Themen nahezu verschwinden.

Bei seiner ersten Pressekonferenz hatte es der neue EDK-Chef daher schwer, das Thema „Gott“ überhaupt zu platzieren. Er wolle das Gespräch über Gott „als eine Realität in dieser Welt“ neu führen. Wo „das Leben schwer“ sei, wolle er für die Menschen den Weg zu einem „ruhigen und gewissen Herz“ zeigen. Damit meint Schneider aber offensichtlich keine Initiativen zur Steigerung des Gottesdienstbesuches oder der Stärkung der christlichen Identität, wie sein Vorvorgänger Landesbischof Wolfgang Huber.

Das erste Thema, das der neue EKD-Chef thematisieren will, ist die Präimplantationsdiagnostik (PID). In deren Ablehnung bestand bisher seit einem Beschluss aus dem Jahr 2003 Einigkeit mit der katholischen Kirche. Nun will Schneider diesen noch einmal „neu bewerten“. Die Sorgen von Eltern mit der genetischen Anlage zu schweren Erbkrankheiten sollten mit einbezogen werden, fordert er. Damit beginnt in der EKD ein Prozess, der schon im Fall des Abtreibungsparagraphen 218 zu einem Dissens mit der katholische Kirche geführt hat. Noch hofft der katholische Weihbischof Anton Losinger, dass die neuen Überlegungen der Protestanten „anders enden werden als bei einem starken Lebensschutz“, wie er im ZDF sagte. Losinger, der auch dem Nationalen Ethikrat angehört, verweis dabei auf das Votum des bayrischen Landesbischofs Friedrich, der sich ebenfalls für ein striktes PID-Verbot ausgesprochen hatte (siehe Kommentar Seite 8). *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Athens Sparkurs bestätigt

Athen – Nachdem die regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung des griechischen Ministerpräsidenten Giorgios Papandreou bei den Kommunalwahlen vorvergangenes Wochenende bereits besser abgeschnitten hatte als erwartet, fielen nun nach Stichwahlen auch die Städte Athen und Saloniki an Vertreter seiner Partei. Und auch in anderen wichtigen Städten und Regionen, in denen Stichwahlen anstanden, siegten die Sozialisten. Papandreou deutet dies als breite Zustimmung zu seinem drastischen Sparprogramm, auch wenn zahlreiche Großdemonstrationen bisher ein gegenteiliges Bild vermittelt hatten. *Bel*

Orientalisches Tauschgeschäft

Washington – Um die seit dem 26. September wegen des wieder begonnenen israelischen Siedlungsbaus ausgesetzten Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern zu retten, versuchen die USA, Israel einen erneuten 90-tägigen Baustopp mit Geschenken zu versüßen. Neben einer Unterstützung im Weltsicherheitsrat und Sicherheitsgarantien soll Washington die Lieferung von 20 Kampfflugzeugen angeboten haben. Die Sicherheitsgarantien soll es aber erst geben, wenn Israel und Palästina ihre Friedenspläne auch vertraglich festgeschrieben haben. Derzeit berät der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit seiner Regierung, ob er auf das umfangreiche US-Angebot eingeht und einen völligen Baustopp mit Ausnahme einiger erlaubter Bauprojekte im arabischen Ostteil Jerusalems anordnet. Israels Verteidigungsminister Ehud Barak wirbt derzeit offensiv für die Annahme des US-Angebotes und weist darauf hin, dass Washingtons Geduld auch mal zu Ende sein könnte. *Bel*

Tote demontieren einen Mythos

Neues Massengrab in Slowenien mit über 2000 Toten kratzt am Selbstbild der slowenischen Partisanen

Immer wieder werden in Slowenien Massengräber entdeckt, die meisten stammen aus der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. 2009 kannte man 594, doch seither sind neue gefunden worden, zuletzt Anfang November an der Grenze zu Kroatien. Die Zeit, in der so etwas als „Rehabilitierung der Kollaboration" galt, ist vorbei, die der Wahrheitsfindung beginnt.

Janez Stanovnik, seit 2003 Vorsitzender des Partisanenverbands Sloweniens, ist harte Interviewfragen gewöhnt, zum Beispiel ob slowenische Partisanenführer von 1944/45 gemeine Massenmörder wie serbische Freischärler in Srebrenica 1995 gewesen seien. Ähnliche Anklagen hörte auch General Ivan Dolnicar, Stanovniks Amtsvorgänger, wie überhaupt die 18000 Verbandsmitglieder nach Ansicht von immer mehr Slowenen weniger Nationalhelden als eher feige Mörder waren.

Ein Geheimnis war das nie, aber bis 1990/91 ein Tabu. Erst mit der Unabhängigkeit Sloweniens sprach man offen, dokumentierte Untaten und legte Tatorte frei. Konservative Regierungen waren rigoroser, „linke" wie die gegenwärtige unter dem Sozialdemokraten Borut Pahor sind zurückhaltender, aber alle erklären: Täter und Opfer damaliger Verbrechen waren fast zur Gänze Slowenen.

Die volle Wahrheit ist das wohl noch nicht. Die Toten in den Massengräbern sind schwer zu identifizieren, doch es ist gesichert, dass in Slowenien bis 1945 eine deutsche Volksgruppe lebte (1931 zählte sie 29000 Menschen), von denen viele nach dem Krieg gewaltsam ums Leben kamen. Auch an entwaffneten deutschen und russischen Soldaten wurden Grausamkeiten verübt. Immerhin hat diese Deutung die Slowenen von dem Fluch befreit, eigene Untaten so zu leugnen wie vordem Russen ihre Morde in Katyn – sagte Joze Dezman, Direktor des Instituts für neuere Geschichte Sloweniens und Motor neuerlicher Aufklärung.

Die begann 1994 als Aktion „Sprava" (Aussöhnung), angeführt von Pavel Jamnik, dem stellvertretenden Chef der Kriminalpolizei. Sie schlief bald ein, wurde aber 2001 nach der Auffindung von Massengräbern in Windisch-Feistritz (Slovenska Bistrica) wiederbelebt. „Warum haben wir 56 Jahre nach Kriegsende noch immer unaufgeklärte Massengräber", fauchte die mutige Wochenzeitung „Mladina" (Jugend) und stellte die 16 größten Grabfelder vor, dazu die darauf liegenden Motocross-Parcours und Golfbahnen. Im November 2005 entstand die „Regierungskommission für verborgene Massengräber", die bis zu ihrer Auflösung 2008 Joze Dezman leitete. Laut Mitja Ferenc, Historiker und Archivar der Kommission, hat sie 594 Tatorte geprüft, davon 80 verborgene Gräber entdeckt. Zwei riesige Gräber befinden sich in Thesen (Tezno) bei Marburg an der Drau (Maribor), sie bergen rund 15000 Tote. Nach Schätzungen der slowenischen Kommission für Kriegsgräber aus dem Jahre 2007 waren vermutlich 80 Prozent davon kroatische Heimwehr- und Ustascha-Soldaten, so dass es sich um das größte kroatische Massengrab handelt. Das bislang letzte Grab mit vermutlich 2000 bis 3000 Toten wurde Anfang November in Mostec bei Rann (Brezice) nahe der Grenze zu Kroatien entdeckt und von Marko Strovs, im Arbeits- und Sozialministerium für Soldatengräber zuständig, untersucht. Joze Dezman vermutet unter den Opfern deutsche Soldaten und volksdeutsche Angehörige der Waffen-SS-Division „Prinz Eugen", möglicherweise aber auch Volksdeutsche aus der Region.

> Liegen hier Soldaten der Gebirgsdivision »Prinz Eugen«?

Der von Hitler und Mussolini im April 1941 grundlos begonnene Krieg gegen Jugoslawien war kurz und nahezu unblutig, der nachfolgende Partisanenkampf dauerte fünf Jahre und kostete die Deutschen und Italiener zusammen etwa knapp 32000 Tote und Vermisste, die Verluste unter den Partisanen und der einheimischen Zivilbevölkerung waren wegen brutaler „Sühne-Aktionen" um ein Vielfaches höher. Eher symbolischer Partisanenführer war Tito, denn in Ermangelung effizienter Befehls- und Berichtsstränge kämpften die verschiedenen nationalen Kontingente meist autonom, am effektivsten die slowenischen Partisanen.



Slowenische Partisanen gedenken alle Jahre wieder ihrer toten Mitkämpfer: Einst wurden sie als Freiheitshelden verehrt, doch inzwischen wird ihre Rolle kritischer gesehen. Bild: xxpool

Anfang Mai 1945 kapitulierte die deutsche Heeresgruppe E unter General Alexander Löhr vor den slowenischen Partisanen und marschierte nach Kärnten. Bei ihr waren insgesamt 220000 kroatische Ustascha-Angehörige, russische Kosaken und slowenische „Heimwehr"-Angehörige, also Kombattanten, die aber dennoch laut alliierten Abmachungen von 1943 nicht als Kriegsgefangene behandelt wurden, sondern als mutmaßliche Kriegsverbrecher, die in ihren Heimatländern zu verurteilen seien. Das galt vermutlich auch für Teile der Waffen-SS-Division „Prinz Eugen", die überwiegend aus zwangsrekrutierten Volksdeutschen und Balkankämpfern in deutschen Uniformen bestand. Mindestens 2000 ihrer zuletzt 23000 Soldaten werden im Massengrab von Rann (Brezice) vermutet.

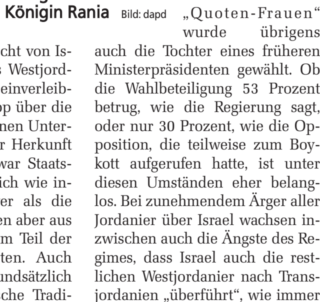
Im Mai 1945 folgte auf das Kriegsende oft das Chaos. In Österreich kam es zu Konflikten zwischen Russen und Briten, uniformierte Flüchtlinge und slowenische Partisanen wurden aus Kärnten ausgewiesen. Die empfanden das als bittere Niederlage, zumal sie bis zum 12. Juni auch das strittige Triest räumen mussten. Viel schlimmer war die Abschiebung jedoch für Angehörige der deutschfreundlichen slowenischen Heimwehren (Domobranzen), sie kam einem Todesurteil gleich. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung in Jugoslawien sind inzwischen gut erforscht. Sie betrugen nach neuen Untersuchungen 91464, fast die Hälfte davon starb in Lagern, aber überwiegend nicht in Slowenien.

Joze Dezman kennt keine exakten Zahlen, geht aber von insgesamt über 100000 Ermordeten in Slowenien im Mai/Juni 1945 aus, davon über 14500 namentlich bekannte Slowenen, außerdem Kroaten, Serben, Montenegriner und Deutsche. Mehr Licht ins Dunkel möchte Pavel Jamnik bringen, aber ihm fehlen Dokumente und Zeugen. Jetzt hofft er, in Belgrader Archiven fündig zu werden. Eine Konsequenz aus den erschreckenden Grabfunden haben auch die Partisanen, die einstigen Nationalhelden, gezogen. Sie benannten sich 2007 in „Kämpfer für die Werte des Befreiungskampfs" um. *Wolf Oschlies*

Scheinwahlen

Drohungen aus Israel belasten Jordanien

Wieder einmal bewiesen westliche Regierungen, dass sie bei Scheinwahlen zweierlei Maßstäbe anlegen. Denn während man den Iran oder Syrien heftig kritisiert, wird zu Ägypten, Marokko und den anderen Monarchien geschwiegen. So auch zu Jordanien, wo vorige Woche das 120-sitzige Parlament neu gewählt wurde, nachdem König Abdallah II. die 2007 gewählte Versammlung wegen heftiger Wahlbetrugsvorwürfe vorzeitig aufgelöst hatte.



König Abdullah II. mit Königin Rania Bild: dapd

Das Problem des Königs ist, dass sein Großvater Abdallah I. den 1947/48 noch nicht von Israel eroberten Teil des Westjordanlandes seinem Staat einverleibte und dass heute knapp über die Hälfte der sechs Millionen Untertanen palästinensischer Herkunft sind. Auch sie sind zwar Staatsbürger und wirtschaftlich wie intellektuell sogar aktiver als die „Transjordanier", werden aber aus Armee, Polizei und zum Teil der Verwaltung ferngehalten. Auch wenn Palästinenser grundsätzlich keine fundamentalistische Tradition haben, finden bei Diskriminierung – wie in Israel, aber eben auch in Jordanien – Islamisten einen gewissen Zulauf. Und das schürt wieder die Ängste des Regimes, das sich ganz auf die der Haschemiten-Dynastie ergebenen „Stämme" stützt.

Daher sind die Wahlkreise so eingeteilt, dass die Stimmgewichtung je nach Herkunft der Bewohner höchst unterschiedlich ist, und daher sind auch die allermeisten zugelassenen Kandidaten und etwa 100 der Gewählten direkt oder indirekt dem Regime zuzuordnen. Außer zwölf „Quoten-Frauen" wurde übrigens auch die Tochter eines früheren Ministerpräsidenten gewählt. Ob die Wahlbeteiligung 53 Prozent betrug, wie die Regierung sagt, oder nur 30 Prozent, wie die Opposition, die teilweise zum Boykott aufgerufen hatte, ist unter diesen Umständen eher belanglos. Bei zunehmendem Ärger aller Jordanier über Israel wachsen inzwischen auch die Ängste des Regimes, dass Israel auch die restlichen Westjordanier nach Transjordanien „überführt", wie immer wieder gedroht wird. *R. G. Kerschhofer*

Berlusconi ohne Rückhalt

Nach Sexskandal und Koalitionsstreit muss Italiens Regierungschef Vertrauensfrage stellen

Lange währte die Ruhe vor dem nächsten Sturm für Italiens Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi nicht. Nachdem das Parlament ihn und seine Mitte-Rechts-Koalition erst im September bei einem Misstrauensvotum im Amt bestätigt hatte, muss er sich nun erneut der Vertrauensfrage stellen. Grund dafür sind die öffentliche Kritik an Berlusconi wegen seines jüngsten Sexskandals sowie die unsicheren Mehrheitsverhältnisse nach dem Bruch mit dem ehemaligen Bündnispartner Gianfranco Fini.

Die oppositionelle Demokratische Partei (PD) und die Antikorruptions-Partei „Italien der Werte" (IDV) des ehemaligen Staatsanwaltes Antonio Di Pietro reichten vergangene Woche den Misstrauensantrag gegen die Regierung ein. „Die Stunden von Berlusconi sind gezählt", sagte der IDV-Abgeordnete Leoluca Orlando. „Bald wird sich Italien von einem Krebsgeschwür befreien, das die nationale Wirtschaft zerstört, die Institutionen mit Dreck bedeckt und die moralischen Werte in den Schmutz zieht." Orlando bezog sich nicht nur auf die Verwicklung des Medienmoguls in zahlreiche Betrugs-, Steuer- und Bestechungsskandale, sondern auch auf die Berichte um die sogenannte Bunga-Bunga-Affäre. Der vermeintlich afrikanische Ausdruck steht für die freizügigen Privatpartys des „Cavaliere" in seiner Villa bei Mailand. Neben Showgirls, Escortdamen und Ministerinnen soll auch eine damals 17-jährige Prostituierte bei mehreren solcher Feiern zu Gast gewesen sein und teure Geschenke von Berlusconi erhalten haben. Als die aus Marokko stammende Frau im Frühjahr wegen Diebstahlverdachts festgenommen wurde, bemühte sich der Ministerpräsident persönlich um ihre Freilassung.

> Einige Minister sind aus Protest bereits zurückgetreten

Besonders scharf rügte die Kirche das Verhalten des Regierungschefs. Der Erzbischof von Mailand, Diogini Tettamanzi, warnte vor einer „Verrohung der Sitten". Die auflagenstarke Wochenzeitschrift „Famiglia Cristiana" bezeichnete Berlusconi als „krank", „unkontrollierbar" sowie als schlechtes Vorbild.

Die Opposition warf dem 74-Jährigen Amtsmissbrauch vor und auch in den eigenen Reihen des „Volkes der Freiheit" (PDL) regte sich Widerstand. Gleichstellungsministerin Mara Carfagna und drei weitere PDL-Politikerinnen kritisierten Berlusconis Bemerkung, seine Schwäche für junge schöne Frauen sei „besser als schwul zu sein". Anfang November kündigten zwei Abgeordnete ihren Parteiaustritt an und wechselten in das Lager von Berlusconis einstigem Weggefährten Gianfranco Fini. Der italienische Parlamentspräsident hatte eine eigene Fraktion „Zukunft und Freiheit für Italien" (FLI) gegründet, die liberal-konservative und zentristische Werte vertritt. Ihr Programm beinhaltet den Einsatz für mehr Legalität und Gesetzestreue in der Politik, Wirtschaftsreformen, die Senkung der Staatsausgaben sowie ein liberaleres Einbürgerungsrecht.

Fini forderte Berlusconi vergeblich dazu auf, die Konsequenzen aus dem Skandal zu ziehen und zurückzutreten. Nach dem gescheiterten Vermittlungsversuch des Chefs der rechtspopulistischen Koalitionspartei Lega Nord, Umberto Bossi, zog Fini am vergangenen Montag seine Gefolgsleute aus der Regierung ab. Neben dem Minister für Europapolitik, Andrea Ronchi, und dem stellvertretenden Minister für Außenhandel, Adolfo Urso, legten auch zwei Staatssekretäre ihr Amt nieder. Die Rücktritte verstärken die politische Krise Italiens, denn ohne Finis Anhänger verfügt der Premier über keine gesicherte Mehrheit im Parlament mehr.

Berlusconi kündigte an, sich sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat der Vertrauensfrage zu stellen. Zuvor will er aber den Haushalt für 2011 verabschieden lassen. Sollten die FLI und die Opposition das Vorhaben bewilligen, würden die Abstimmungen über die Zukunft der Regierung nicht vor Mitte Dezember stattfinden. PD-Chef Pierluigi Bersani warnte vor Berlusconis Verzögerungstaktik und verlangte eine Übergangsregierung: „Das Land braucht ein regierungsfähiges Kabinett, das die Probleme des Landes in Angriff nehmen kann. Wir dürfen keine weitere Zeit verlieren."

Nach einer Umfrage des „Corriere della Sera" begrüßen nur 20 Prozent der Italiener eine Übergangsregierung, während 45 Prozent Neuwahlen bevorzugen. Laut der Erhebung könnten PDL und Lega Nord zusammen mit 39 Prozent der Stimmen rechnen. Das würde ausreichen, um eine Regierung zu bilden, da das aktuelle Wahlgesetz das stärkste Bündnis mit 55 Prozent der Abgeordnetensitze begünstigt. Die Demokraten kämen nur auf 24 Prozent. Finis Partei und ihr potenzieller Partner, die christdemokratische UDC, würden gemeinsam knapp 14 Prozent erzielen. *Sophia E. Gerber*

Irland soll als Bauernopfer herhalten

Um Ruhe an die Finanzmärkte zu bekommen, soll Dublin Hilfe aufgezwungen werden

Obwohl Irland derzeit gar kein frisches Geld durch Staatsanleihen aufnehmen muss, übt man in der EU Druck auf das Land aus, jetzt schon Hilfe anzufordern.

Noch vor kurzem hatte es aus Brüssel geheißen, die Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF), sprich der Euro-Rettungsschirm, würde vermutlich nie in Anspruch genommen werden müssen, denn alles entwickle sich bestens. „Alle Euroländer, auch Spanien, Portugal und Griechenland, hatten in den letzten Wochen kein Problem, an den Märkten Geld aufzunehmen“, hatte der Chef des Europäischen Rettungsfonds, Klaus Regling, Ende August gesagt. „Das alles deutet auf Entspannung hin. Manch einer an den Märkten wird sich fragen müssen, ob die wilden Spekulationen vor einigen Monaten nicht übertrieben waren.“ Und egal ob EU-Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) oder die EU-Staats- und Regierungschefs, alle betonen stets, dass alles gut würde.

Doch nun sind es genau jene EU-Vertreter, Regierungschefs und EZB-Mitglieder, die Irland nahelegen, dringend die Hilfe der EFSF in Anspruch zu nehmen. EZB-Ratsmitglied Miguel Angel Fernandes Ordonez hatte Irland offen aufgerufen, doch Geld aus dem Hilfsfonds anzufordern. Die Iren hingegen wissen gar nicht recht, wie ihnen geschieht. Sie brauchen erst wieder im Frühjahr 2011 frisches Geld vom Kapitalmarkt und sehen daher derzeit gar keine Notwendigkeit, Hilfe anzufordern.

Doch das ändert nichts daran, dass die Zinsen und Kurse der bereits auf dem Markt gehandelten irischen Staatsanleihen schon jetzt andeuten, dass Investoren weltweit nicht bereit sein dürften, neue irische Staatsanleihen ohne weitere hohe Risikoaufschläge zu akzeptieren. Denn die Anleger, ob nun institutionell oder privat, sind nervös. Dies sind sie auch wegen der Ungewissheit über die Zukunft der labilen irischen Banken, bei denen derzeit nicht absehbar ist, wie viele zusätzliche Milliarden die Regierung in Dublin noch für deren Rettung benötigt. Sie sind das Problem der Iren, das ihnen den Ruf einbringt, bald ein zweites Griechenland zu werden, also nur durch Rettung von den EU-Partnern vor der Insolvenz gerettet zu werden.

Dass die Iren diesen Vergleich unfair finden, ist nachvollziehbar, schließlich gilt die irische Volkswirtschaft als flexibel. Auch hat man auf der grünen Insel keine so großen Probleme mit der Korruption wie die Hellenen. Nur die Banken im Land waren in den vergangenen Jahren viel zu risikofreudig und dafür müssen die irischen Steuerzahler nun die unkalkulierbare Zeche zahlen. Vor allem wegen der nationalen Bankenrettung wird die irische Neuverschuldung in diesem Jahr bei 32 Prozent des Bruttoinlandproduktes liegen. Trotzdem sieht sich die irische Regierung, die durch Annahme der Hilfe eine Rufschädigung befürchtet, noch nicht am Boden. Sie gibt stattdessen deutschen Politikern die Schuld an der negativen Entwicklung irischer Staatsanleihen – und findet sich hier in bester Gesellschaft mit Griechenland. „Einige, wie die deutsche Regierung, haben vorgeschlagen, dass die Banken, die Staaten mit hohen Schulden finanzieren, bereit sein müssen, bei Zahlungsunfähigkeit die Kosten zu übernehmen“, sagte der griechische Ministerpräsident Giorgios Papandreou vergangenen Dienstag. „Das hat eine Spirale von steigenden Zinsen für Länder wie Irland und Portugal in Gang gesetzt, die in einer schwierigen Lage zu sein scheinen.“

> Die Partei von Barroso blockiert offenbar Sparkurs in Portugal

„Merkel-Crash“ hatten die Medien diese Entwicklung der Staatsanleihen genannt, da vor allem die deutsche Kanzlerin auf die Inanspruchnahme auch der Gläubiger im Falle von Staatspleiten gepocht hatte. Daraufhin schossen die Risikoaufschläge vor allem von irischen, portugiesischen, griechischen und auch spanischen Staatsanleihen in die Höhe. Letzteres dürfte der Grund gewesen sein, warum der spanische Notenbankchef Ordonez versucht, die Aufmerksamkeit von Spanien auf die Iren zu lenken und diese zum Handeln zu zwingen, in der Hoffnung, dass dann ersteinmal wieder Ruhe an die Märkte zurückkehrt.

Dass im Rahmen der aktuellen Nervosität an den Finanzmärkten auch die Entwicklung der deutschen Staatsanleihen negativ war, geriet bei der ganzen Diskussion fast aus dem Blick. Doch genau das dürfte der Grund sein, warum auch von deutscher Seite Druck auf Irland ausgeübt wird, schließlich ist Deutschland das Land, das am meisten für all jene haftet, die ohne EU-Hilfe nicht mehr können. Da Irland das kleinste Problem ist, soll es gelöst werden, bevor noch Portugal oder gar das viel größere Spanien kollabieren.

Derweil schießt Lissabon quer und stört den Plan, Ruhe an die Finanzmärkte zu bekommen, indem der portugiesische Außenminister Luis Amado offiziell mit dem Gedanken spielte, sein Land müsse vielleicht doch bald aus dem Euro austreten. Gerade weil die portugiesische Minderheitsregierung genau das verhindern will, spielt sie selber offen mit dem Gedanken.

Ziel ist es, so Druck auf die Opposition auszuüben, weiteren Sparprogrammen zuzustimmen. Pikant an der Sache ist, dass die größte Oppositionspartei in Portugal die Partido Social Democrata ist, deren Vorsitzender viele Jahre über José Manuel Barroso, der heutige EU-Kommissionspräsident, war. Dieser müsste eigentlich ein Interesse daran haben, dass in Portugal, dessen Ministerpräsident er von 2002 bis 2004 war, die Sanierung voran geht. Zwar sitzt er nicht mehr im Vorstand seiner Partei, doch Möglichkeiten, um Einfluss zu nehmen, müsste er vor allem in seiner heutigen Position durchaus haben. *Rebecca Bellano*



Foto: action press

Leider kein Ausweg in Sicht: Irland droht an der milliardenschweren Last seiner Bankenrettung zu zerbrechen.

KURZ NOTIERT

HRE auf gutem Weg? 1,14 Milliarden Euro beträgt der Verlust, den der verstaatlichte Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate (HRE) in den ersten neun Monaten dieses Jahres gemacht hat. Manuela Better, die Vorstandsvorsitzende der HRE, deutet die Entwicklung als Zeichen dafür, dass die Restrukturierung der Bank geglückt ist. Als Grund für ihre Behauptung sieht sie die Tatsache, dass nach Ausgliederung der „toxischen“ Wertpapiere in eine Bad Bank die verbliebene Kernbank namens pbb Deutsche Pfandbriefbank erstmals einen Gewinn von 119 Millionen Euro vor Steuern erwirtschaftet hat. *Bel*

Milliarden an Irland: Rund 101,5 Milliarden Euro betragen die Forderungen der deutschen Banken an irische Schuldner. Bei etwa 13 Milliarden Euro liegen die Schulden des irischen Staates bei den 14 größten deutschen Banken, davon allein 10,3 Milliarden bei der HRE. *Bel*

Streit um Exportzölle für Holz: Finnland gehört zu den größten Importeuren von russischem Holz in der EU. Weil Russland Anfang 2011 seine Holzexportzölle drastisch auf bis zu 80 Prozent erhöhen will, kündigte EU-Handelskommissar Karel de Gucht an, den geplanten Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) zu blockieren, sollten die Russen ihren Plan umsetzen. Der finnische Außenminister besteht auf Lösung dieser Frage, für ihn ist sie Voraussetzung für die Aufnahme Russlands in die WTO. *MRK*

Bedenkliche Biosprit-Pläne: Das Londoner Institut für europäische Umweltpolitik kritisiert die Pläne vieler EU-Staaten, Diesel und Benzin mehr Biosprit beifügen zu lassen. Insgesamt sollen 2020 in Europa 9,5 Prozent der Energie für den Verkehr aus Biosprit stammen, der aus Ölsaat, Palmöl, Rohr- oder Rübenzucker sowie sogar aus Weizen gewonnen wird. Dazu müssten aber entweder 69 000 Quadratkilometer Ackerland – eine Fläche so groß wie Belgien und die Niederlande zusammen – neu erschlossen werden oder aber der Anbau von Lebensmitteln müsste entsprechend reduziert werden. *Bel*

Reserven im Ausland

Russen bringen neben Geld auch ihre Kinder in Sicherheit

Niemand mag es, wenn der Staat seine Hand nach dem sauer Verdienten ausstreckt. Zu hohe Abgabenlasten, wenig bis keine Unterstützung während der Krise, schwindendes Vertrauen in die Zukunft und die fehlende Rechtssicherheit veranlassen derzeit russische Geschäftsleute vermehrt dazu, ihr Geld außer Landes zu bringen. Ernüchternd für die Regierung ist die Tatsache, dass es sich nicht etwa um Kapital der Oligarchen handelt, sondern um mittelständische Firmeninhaber, die immer mehr das Vertrauen verlieren.

Der Mittelstand hat 2010 aktiver als jemals zuvor Kapital ins Ausland transferiert. Dorthin bringen sie auch ihre Kinder, deren Berufschancen nach einem Studium in London oder Zürich größer sind als nach einer Ausbildung zu Hause. Dass diese Entwicklung die russische Regierung beunruhigt, gab Wladimir Mau, Mitglied des Präsidentenrates für Wissenschaft, Technologie und Bildung, gegenüber der Presse nun zu. Weil die Situation an die 1990er Jahre erinnert, schlug der Experte vor, Geldtransaktionen speziellen Kontrollen zu unterziehen. Dass Menschen mit mittleren Einkommen sich absichern, indem sie sich im Ausland Reserven schaffen, bestätigt auch der Erste Vorsitzende der russischen Zentralbank, Alexej Uljukajew. Während die Weltbank für dieses Jahr für Russland eine Kapitalflucht in Höhe von zehn Milliarden Dollar vorhersagt, prognostiziert die russische Zentralbank eine Kapitalflucht zwischen zehn und 25 Milliarden Dollar. Laut Uljukajew wird die Zahl bis Jahresende wohl bei zwölf Milliarden Dollar liegen, was im Vergleich zum Vorjahr zwar wesentlich geringer ist (56,9 Milliarden Dollar), doch erklären Wirtschaftsexperten wie Jewgenij Jassin die anhaltende Finanzflucht damit, dass mittelständische Unternehmen unter Erscheinungen wie Erpressungen durch den Staat und die Gefahr für das Eigentum und die persönliche Sicherheit der Unternehmer leiden. Längst schon sprechen Experten von einem „systemimmanenten Problem“. „Außerdem haben sich die Beziehungen zwischen der Macht und den Unternehmen seit der Verhaftung Michail Chodorkowskijs verschlechtert“, so Jassin.

> Kapitalflucht von Investoren aus dem Ausland weiter hoch

Diese Begründung wurde in der Vergangenheit auch für die Abwanderung ausländischen Kapitals angeführt. Doch während in den vorangegangenen Jahren ausländische Firmen aufgrund der unsicheren Rechtslage, ungünstiger Kreditbedingungen, des Konflikts mit Georgien und zuletzt der Weltwirtschaftskrise ihr Kapital aus Russland zurückzogen, scheint der Trend hier gestoppt zu sein. Seit Ministerpräsident Wladimir Putin im Oktober Vize-Premier Igor Schuwalow zum „Finanz-Ombudsmann“ ernannt hat, an den sich ausländische Investoren bei Problemen nun direkt wenden können, soll ihre Situation besser sein als die ihrer russischen Kollegen.

Selbst Wachstumsprognosen von um die vier Prozent für das kommende Jahr überzeugen viele russische Unternehmer nicht, im eigenen Land zu investieren. Sie haben kein Vertrauen in die Effektivität der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen. *M. Rosenthal-Kappi*

Und keiner will den Posten

Rausschmiss des HSH-Nordbank-Chefs wird nicht nur teuer

Die Tage von Dirk Jens Nonnenmacher als Chef der skandalgeschüttelten HSH-Nordbank sind gezählt. Die Hauptanteilseigner der Bank, die beiden Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Hamburg, haben den Aufsichtsrat der Bank aufgefordert, den unbeliebten Banker zu entlassen. Am 2. Dezember will das Gremium auf seiner nächsten ordentlichen Sitzung entscheiden. Da bisher keine Gründe für eine fristlose Kündigung bekannt sind, darf Nonnenmacher bei einer Entlassung auf eine hohe Abfindung in Millionenhöhe hoffen.

In Hamburger Bankenkreisen wird die Abberufung des HSH-Chefs, auch „Dr. No“ genannt, mit Unverständnis und scharfer Kritik verfolgt. Nonnenmacher sei ein „exzellenter Fachmann“, der in der Lage sei, die Landesbank aus ihrem milliardenschweren Desaster herauszuführen. Er sei zwar ein „fieser Kerl“ im persönlichen Umgang, aber an seiner fachlichen Qualifikation bestehe kein Zweifel. Die laienhaften Einflüsse aus dem politischen Feld wären für die schwierige Lage der Bank verantwortlich. Die Fachleute des Geldverkehrs, die sich namentlich nicht zitiert sehen wollen, verweisen dazu auf die katastrophale Entwicklung auch der anderen Landesbanken in Deutschland. Ihre Zeit sei definitiv abgelaufen.

Ein großes Rätselraten beginnt daher in Norddeutschland, wer Nachfolger werden soll. Der Posten des HSH-Chefs gilt als „verbrannt“. Bei einem relativ niedrigen Jahresgehalt von 500 000 Euro (plus Aussicht auf einen üppigen Bonus und Altersversorgung) würde sich kein hoch qualifizierter Kandidat finden, der das schlingernde Landesbank-Schiff vor dem Untergang retten würde. Schon seit Wochen suchen Head-Hunter vergeblich nach einem passenden Nachfolger, wie aus Rathauskreisen zu hören ist. Derweil hofft der Aufsichtsratschef Hilmar Kopper, dass sich „immer ein paar Verrückte“ für diesen Job finden lassen. Gegen die HSH-Nordbank laufen gegenwärtig eine Reihe von Klagen und staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren.

> Head-Hunter suchen verzweifelt einen Nachfolger

Im Gespräch für eine Nachfolge ist derzeit Constantin von Oesterreich, der vor gut einem Jahr als Risikovorstand für die HSH berufen wurde. Er genieße „auf der Kundenseite hohes Vertrauen“, sagte ein Branchenkenner. Käme der frühere Manager der Deutschen Bank an die Spitze, wäre eine gewisse Kontinuität gewährleistet. Auch der Schwede Jan Eric Kvarnström wird als Kandidat für die HSH-Spitze gehandelt. Er gilt als Experte für die Bankensanierung, seit er in den 90er Jahren als Chef einer Abwicklungsbank das schwedische Kreditinstitut „Nordbanken“ von faulen Krediten befreite. 2002 arbeitete er für eine Abbaubank der Dresdner Bank.

Wie auch immer die Entscheidung ausfällt und wer als Nachfolger schließlich bereit steht: Für Hamburg und Schleswig-Holstein ist die HSH-Nordbank lebenswichtig. Die Bank steht als größter Schiffsfinanzierer der Welt für das Wohl und Wehe der Hansestadt mit allein 165 000 Arbeitsplätzen im Hafen, von der milliardenschweren Haftung der beiden nördlichen Bundesländer ganz zu schweigen. *Hinrich E. Bues*

Tragische Figur

Von Konrad Badenheuer

Wolfgang Schäuble ist zur tragischen Figur der deutschen Politik geworden. Der eiserne Wille, mit der er 1990 nach dem Attentat als Rollstuhlfahrer in die Politik zurückgekehrt ist, verdient jeden Respekt. Ohne Schäubles Einsatz wäre Bonn noch immer Regierungssitz dieses Landes, Berlin hingegen eine an der Peripherie langsam verfallende Metropole, deren alter Glanz den Niedergang nur noch stärker hervortreten lässt.

Heute scheint Schäuble als Person – bildlich gesprochen – das Schicksal zu ereilen, das er der Stadt Berlin einst erspart hat: Der 68-Jährige, der beinahe Kanzler und beinahe Präsident geworden wäre und der sich nun gesundheitlich angeschlagen im Amt des Finanzministers verzehrt, hat den besten Zeitpunkt zum Abschied verpasst. Der Umgang mit seinem Sprecher Offer, der ein Stilfehler aber kein Drama war, hat das Problem unübersehbar werden lassen. Der Parteitag hat ihn bei der Vorstandswahl bewusst geschont, aber es ist offen die Rede davon, dass ihm nur ein vorteilhafter Zeitpunkt zum Abschied gegönnt werden solle.

Dass das nun öffentlich geworden ist, rundet die Tragik Wolfgang Schäubles ab.

Linke Strategie

Von Hans Heckel

Im „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ tummelt sich eine Unzahl von Gruppen und Grüppchen, Millionen Steuer-Euro werden hier ausgegeben. Dass sich dort auch Linksextremisten herumtreiben, dieser Verdacht ist nicht neu. Dass sich nunmehr eine breite Front dieser „Kämpfer“ öffentlich dagegen wehrt, sich zum Grundgesetz zu bekennen, ist dennoch entlarvend. Und dass sich prominente SPD-Politiker auf die Seite der Verweigerer stellen, ist sogar alarmierend.

Offenkundig haben die Institutionen der Bundesrepublik viele Jahre lang Kräfte mit unserem Steuergeld gefördert, die nur als linksradikal bezeichnet werden können. Kräfte, die selbst vom Verfassungsschutz hätten beobachtet werden müssen, statt als dessen Hilfspolizisten gedungen zu werden..

Wieso hat es eigentlich Jahre gedauert, bis jemand diese Gruppen wenigstens einmal nach ihrer Gesinnung fragte? Wer das Treiben jener Kreise aufmerksam beobachtet hat, dem ist kaum entgangen, dass viele Kräfte darunter sind, die dem bolschewistischen Konzept des „Antifaschismus“ folgen. Danach wird von den Konservativen über Liberale bis schließlich zu den Sozialdemokraten ein Gegner nach dem anderen als „faschistisch“ denunziert, bis kein Gegner mehr übrig ist.

Hieraus, und nicht aus behebbarem Irrtum, rührt die Neigung, Faschismusvorwürfe gegen Leute anzubringen, die beileibe keine Gegner von Demokratie und Rechtsstaat sind. Wer sich seine „Nazi-Bekämpfer“ nicht genau ansieht, der fördert diese linksextreme Strategie.

Was will die EKD?

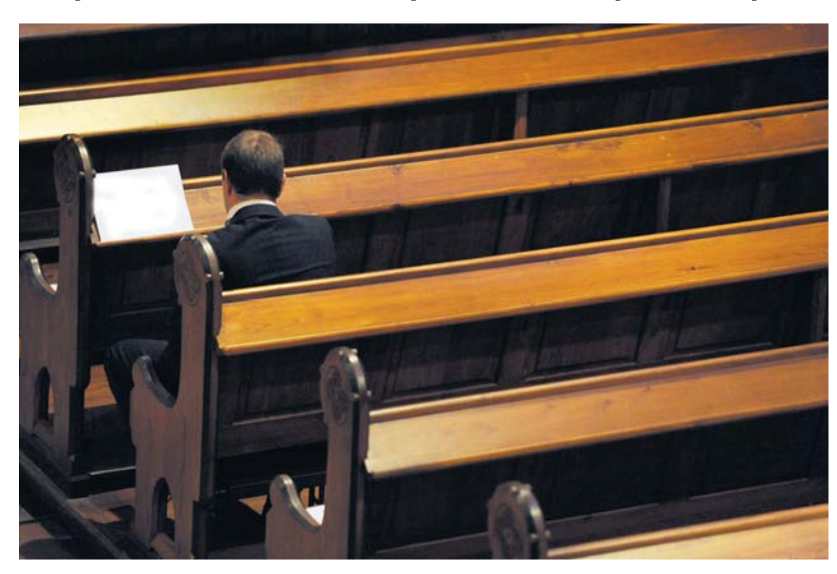
Von Wilhelm v. Gottberg

Der Präses der rheinischen Kirche Nikolaus Schneider ist neuer Ratsvorsitzender der EKD in Deutschland. Er wurde zum Nachfolger der ehemaligen Bischöfin und Ratsvorsitzenden Margot Käßmann gewählt, die nach einer Alkoholfahrt im Februar zurückgetreten war. Schneider will am politischen Kurs der Kirche festhalten. Unmittelbar nach seiner Wahl kritisierte er den Atomkurs der Regierung und den Castor-Transport heftig. Völlig einseitig nahm der Ratsvorsitzende Stellung gegen die Kernkraft und damit gegen die auf diesem Felde praktizierte Regierungspolitik. Kein Wort über die gewalttätigen Störversuche beim Castor-Transport. Allerdings – so Schneider – entscheidend für die Zukunft der Kirche sei es, dass es ihr gelinge, glaubwürdig von Gott zu sprechen.

Am politischen Kurs festhalten und glaubwürdig von Gott sprechen. Das eine schließt das andere aus. Die Kirche hat ein geistliches Amt. Ihre Sache ist es, glaubwürdig von Gott zu reden, die frohe Botschaft des Evangeliums in reformatorischer Ausprägung zu verkünden und den Einzelnen sowie die Allgemeinheit immer wieder auf die Notwendigkeit der Gewissensschärfe und zur Buße hinzuweisen. Schneider weiß, dass die evangelische Kirche schon seit vielen Jahren nicht mehr glaubwürdig von Gott redet. Wenn er das aufgeben will, muss die „politisierende Kirche“ zum Ende gebracht werden. Leider ist die evangelische Kirche in Deutschland zu einem politisierenden Sozialverband verkommen, bei dem das Wichtigste, das Seelenheil der Menschen, allenfalls noch am Rande eine Rolle spielt.

»Glaubwürdig von Gott reden – das wird der Kirche nur gelingen, wenn zahlreiche Baustellen bereinigt werden«

Glaubwürdig von Gott reden wird der Kirche nur gelingen, wenn zahlreiche Baustellen innerhalb der Kirche bereinigt werden. Da ist die Geldverschwendung/Geldveruntreuung innerhalb der Diakonie zu nennen oder auch die Segnung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, die sich mit Gottes Wort nicht vereinbaren lässt. Da wäre das Bemühen um einen stärkeren Gottesdienstbesuch zu intensivieren und der Kampf gegen die Kirchenaustritte aufzunehmen. Das wird nur gelingen, wenn eine geistliche Neuorientierung des leitenden Kirchenpersonals vonstatten geht.



Die meisten Kirchen füllen sich nur noch an Fest- und Feiertagen. Doch für die EKD muss auch unter neuer Leitung das glaubwürdige Reden von Gott oft hinter politischen Erklärungen zurücktreten.

Bild: ddp

Materialismus oder Religion?

Gastbeitrag



Von Manfred Ritter

Der Kampf der Kulturen ist bereits in vollem Gange. Europa hat einem kämpferischen Islam immer weniger religiöse Überzeugung entgegenzusetzen. Wenn sich hier nichts ändert, ist das Ende des „christlichen Abendlandes“ absehbar.

Die Geschichte hat gezeigt, dass Kulturen auf Dauer ohne die Bindekräfte einer Religion nicht existieren können. Diese Erkenntnis hindert viele Medien in Europa nicht daran, die Kirchen ständig offen oder unterschwellig anzugreifen und so die moralischen Fundamente der Gesellschaft zu untergraben. Die für diese destruktive Propaganda Verantwortlichen wollen offenbar ihre materialistische Weltanschauung zur „Staatsreligion“ machen und die letzten konservativen Positionen zerstören.

Die Kirchen sollten sich daher nicht dem von ihren Gegnern diktierten Zeitgeist unterwerfen, sondern sich offensiv mit dem Materialismus auseinandersetzen. Sie sollten sich dabei aber nicht nur auf den Glauben berufen, sondern auch Argumente vorbringen, die für einen göttlichen Schöpfer des Lebens sprechen.

Das materialistische Weltbild verspricht dem Menschen zwar die Freiheit von religiöser Bevormundung und gibt ihm die Illusion, der Mittelpunkt der Welt zu sein. Diese Illusion zerbricht allerdings an der naturwissenschaftlichen Erkenntnis. dass die Erde nur ein „Staubkorn“ im Universum ist und dass der Mensch deshalb jedenfalls hinsichtlich seiner Größe und Lebenszeit bedeutungslos ist. Der Materialismus kann den Menschen daher zu einem hemmungslosen Egoismus verhelfen, aber darüber hinaus keinen Sinn für ihr Leben vermitteln. Diese deprimierende Sinnlosigkeit macht ihn destruktiv für Menschen und Gesellschaft. Das Bedürfnis nach einer sinnvollen Existenz treibt Materialisten deshalb oft zu politischen „Ersatzreligionen“, die das Paradies auf Erden verheißen, aber im schlimmsten Fall Millionen Menschen das Leben kosten. Das materialistische Weltbild ist daher weder für die menschliche Psyche noch für eine funktionsfähige Gesellschaftsordnung geeignet.

Droht das Ende des christlichen Abendlandes?

Für das christliche Weltbild, dessen Zielrichtung in der Ewigkeit liegt, spielt die zeitliche und materielle Bedeutungslosigkeit der irdischen menschlichen Existenz dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Es kann den Menschen daher einen Sinn für ihr Leben bieten und ihnen eine Zukunft nach dem Tod versprechen. Dies ist jedenfalls weitaus humaner als das materialistische Weltbild, das letztlich ins Nichts führt.

Die populärste „Waffe“ gegen die Religion ist Darwins Evolutionstheorie. Dabei wird übersehen, dass es unter religiösen Gesichtspunkten unerheblich ist, ob Darwins Theorie zutrifft. Denn bei ihm geht es nur um die Frage, wie ein möglicher Schöpfer seine Geschöpfe entstehen lässt, nicht aber um die alles entscheidende Frage, ob man dazu überhaupt einen Schöpfer benötigt.

Die zentrale Frage lautet: Müsste man auf der Erde nur lange genug warten, damit nach den Naturgesetzen und dem Zufallsprinzip aus toter Materie Leben und Evolution entstehen, oder bedarf es hierzu eines göttlichen Willens? Zumindest sind bisher alle Versuche der Wissenschaftler gescheitert, künstlich komplexere Lebensformen aus der Retorte herzustellen. Zum Leben scheint offenbar mehr zu gehören als nur Materie. Dafür spricht unter anderem die unglaubliche Komplexität höherer Lebensformen, die über eine Organisationsstruktur verfügen, die viel umfangreicher ist als die einer Automobilfabrik. Allein die unzähligen chemischen und physikalischen Prozesse, die ständig im menschlichen Körper ablaufen und richtig gesteuert werden müssen, sind so kompliziert, dass sich die Frage aufdrängt, wie so etwas überhaupt möglich ist. Ein noch gewaltigeres Wunder ist die Reproduktion des Lebens wie zum Beispiel die Entwicklung einer befruchteten Eizelle zum Menschen. Dass dies alles allein durch chemische und physikalische Abläufe entstehen kann, erscheint selbst bei Annahme einer beliebig langen Zeitspanne für die Entwicklung des Lebens nahezu ausgeschlossen.

Ein wichtiger Aspekt, der bisher nur wenig Beachtung fand, ist der Heroismus, der hinter allem Leben steht. Diesen wird man allein mit „materiellen“ Argumenten nicht überzeugend erklären können. Jedes Leben existiert nur durch einen ständigen „Kampf gegen die Naturgesetze“. Es muss sich gegen die Schwerkraft, ein oft feindliches Klima und die Gefahren durch Krankheiten und Nahrungsmangel durchsetzen.

Normalerweise „erduldet“ die Materie aber nur, was sie aufgrund chemischer und physikalischer Naturgesetze erdulden muss. Sie verhält sich also passiv. Wenn das Leben bequem „mit dem Strom“ der Naturgesetze schwimmen würde, könnte man noch eher an eine automatische Entstehung und Entwicklung des Lebens glauben. Das Faktum eines aktiv „ums Überleben kämpfenden Lebens“ läuft hingegen der naturwissenschaftlichen Logik zuwider und wirft die Frage nach einem Eingreifen aus einer nicht materiellen Ebene und damit nach einem Schöpfer auf.

Hinter geistig-kreativer Schaffenskraft steckt mehr als nur ein Organismus

Auch die kreativen Fähigkeiten des Menschen liefern Argumente für einen geistigen Hintergrund des Lebens. Diese Fähigkeiten sind bisher auch den leistungsfähigsten Computern weit überlegen. Wenn man darüber hinaus die gewaltigen schöpferischen Werke der großen Genies der Menschheit betrachtet (besonders auf dem Gebiet der Kunst), darf man sogar bezweifeln, ob diese allein auf den Leistungen des organischen menschlichen Hirns beruhen. Wer die phantastische Qualität der hier geschaffenen Werke richtig zu würdigen versteht, wird eher eine geistig-kreative Ebene dahinter vermuten, die jenseits eines „materiellen Organismus“ angesiedelt ist. Es erscheint sogar so, als würde der Mensch von dieser Ebene aus wie ein Medium inspiriert.

Da das Leben als ständiger Kampf konstruiert ist, kann man die Erde auch nicht zu einem bequemen Paradies machen. Allerdings sollten alle, die einen Schöpfer anerkennen, konsequenterweise auch dessen Schöpfung nach besten Kräften unterstützen. Dazu gehört auch die Sorge für die Mitmenschen. Dies gibt dem Leben einen Sinn und hebt es auf eine höhere Ebene.

Die materialistische Ideologie, die bereits den Kommunismus zu Fall gebracht hat, droht nun auch unser marktwirtschaftliches System zugrunde zu richten, da viele seiner führenden Vertreter auf das Allgemeinwohl immer weniger Rücksicht nehmen und so den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Die Führungsschichten in den westlichen Industrieländern bestehen oft aus überzeugten Materialisten. Sie haben sich von religiösen Bindungen und damit von allen moralischen Skrupeln befreit und lassen sich nun oft von hemmungslosem Egoismus antreiben. Ihre Ersatzreligion ist Geld und Macht. Rücksicht auf das Gemeinwohl entfällt. Dieser moralische Verfall lässt sich nur aufhalten, wenn es gelingt, religiöse Überzeugungen wieder bei allen Bevölkerungsschichten „salonfähig“ zu machen.

Sollen wir darauf warten, dass der Islam diese Aufgabe übernimmt?

Manfred Ritter ist Jurist und hat in der „FAZ“ und der „Welt“ publiziert. Außerdem hat er Bücher über den Asylmissbrauch („Sturm auf Europa“, 1990) und über die Wirtschaftspolitik („Armut durch Globalisierung – Wohlstand durch Regionalisierung“; gemeinsam mit Klaus Zeiler, 2000) verfasst.

Original und Fälschung

Für die einen ist das Kopieren großer Meister ein Skandal, für die anderen ein gutes Geschäft

130 gefälschte Meisterwerke hat die portugiesische Polizei jetzt in Lissabon sichergestellt. Die Gemälde trugen gefälschte Signaturen von Leonardo da Vinci, Pablo Picasso oder Marc Chagall. Auch die sichergestellten Zertifikate waren gefälscht.

Immer wieder geistern Presseberichte durch die Lande, in denen vor Kunstfälschern gewarnt wird. So manches Museum musste schon eingestehen, auf solch einen Fälscher hereingefallen zu sein. Als vor Jahren Konrad Kujau und seine gefälschten Hitler-Tagebücher den deutschen Blätterwald geradezu zum Rauschen brachten, da meinte allerdings so mancher mit einem schadenfrohen Grinsen, es gebe Zeiten, da wolle die Welt eben betrogen sein.

Gerade hat ein neuer Fälschungsskandal den Kunstmarkt erschüttert. Aus einer angeblichen „Sammlung Jägers“ waren unter

Picasso erkannte Fälschungen seiner Bilder nicht

anderem Werke von Heinrich Campendonck, Max Pechstein und Max Ernst in den Handel gekommen. Sie hatten sich als falsch oder zumindest zweifelhaft erwiesen. Der Schaden soll bei schätzungsweise 80 Millionen Euro liegen.

Aufgeflogen waren die Fälscher – zumindest bei dem Campendonck-Bild –, weil der Käufer bei einer technischen Analyse feststellte, dass es das Titanweiß, das verwendet wurde, 1914, dem angegebenen Entstehungsjahr, noch nicht gab. Der Käufer verlangt jetzt natürlich sein Geld zurück, immerhin 2,9 Millionen Euro. Nun stellt sich die Frage, ob Auktionshäuser fahrlässig mit den Angeboten umgegangen sind.

Es ist meist ein langwieriger Vorgang, bis ein Kunstwerk überhaupt auf den Markt gelangt. Zunächst prüfen Fachleute nach Augenmerk, ob das Gemälde dem angegebenen Maler überhaupt entspricht. Manche erkennen mit bloßem Auge Auffälligkeiten auf der Oberfläche. Dann wird mit UV- und Infrarotlicht die Malstruktur bestimmt. Aufwändige physikalisch-chemische Analysen werden erst dann vorgenommen, wenn ein Verdacht der Fälschung vorliegt. Wichtig ist auch die Provenienz eines Bildes, die Stationen also, die es vom Atelier des Künstlers bis zum jetzigen Besitzer genommen hat.

Schließlich aber hat ein kunsthistorischer Experte das letzte Wort; er kennt sich meist mit dem Œuvre des Künstlers aus. Doch selbst für echte Kenner kann es schwierig sein, zwischen Original und Fälschung zu unterscheiden. So legte man Picasso einmal eine Reihe Bilder vor, die er allesamt als seine eigenen identifizierte. – Sie waren jedoch alle gefälscht.

„Der typische Vorgang läuft so ab: Das Werk taucht auf aus dem Dunkel, wird bewundert, dann durchschaut, verurteilt und sinkt in den Orkus. Es hinterlässt nichts als schweigende Scham bei den Beteiligten“, hat der Kunsthistoriker Max J. Friedlaender bereits vor 90 Jahren gesagt.

Anders lief es bei einem Fälschungsskandal in der noch jungen Bundesrepublik ab. Anfang der 1950er Jahre zeigte sich der 1913 in Königsberg geborene Maler Lothar Malskat selbst an und bekannte, die gotischen Fresken in der Lübecker St. Marienkirche stammten von seiner Hand. Im Auftrag des Restaurators Fey hatte er bereits in den 30er Jahren im Schleswiger Dom ein solches Werk vollbracht und Fresken geschaffen, die von Kunsthistorikern über die Maßen gelobt wurden.

„Ich erhielt den Auftrag, gotische Kirchen gotisch auszumalen. In Bausch und Bogen wurden fast alle meine kirchlichen Wandmalereien für Werke eines unbekannten mittelalterlichen Genies vor aller Welt ausgegeben.“

Malskat wurde damals zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt (der mitverantwortliche Auftraggeber zu 20 Monaten), die er zur Hälfte in Neumünster absaß, bevor er wegen guter Führung entlassen wurde. Danach zog er sich in die Abgeschiedenheit des Deepenmoors bei Lübeck zurück, wo er bis zu seinem Tod 1988 weiter malte – diesmal allerdings eigene Motive mit seiner Signatur.

Malskat war kein Dilettant, er hatte an der Königsberger Kunstakademie sowie an der dortigen Kunst- und Gewerkschule studiert. Auch die Brüder Eugen, Michael und Semjon Posin, die in Berlin-Neukölln als offizielle Kopisten arbeiten, haben ihr Handwerk von der Pike auf gelernt. Die drei Russen betreiben seit 2001 den Kunstsalon Posin und bieten auf ihrer Internetseite „Kopien und Fälschungen (mit Zertifikat), Alte Meister, Impressionisten, Expressionisten und weiterer Kunstrichtungen entsprechend Kundenwunsch; Restaurierung alter und neuer Gemälde; Ikonenmalerei“ an. Alle drei haben eine akademische Kunstausbildung und sind für „krumme Geschäfte“ nicht zu haben. Sie „fälschen“ ausschließlich Bilder, deren Maler seit mehr als 70 Jahren tot sind, und nur für Privatkunden, die Bilder nicht als Geldanlage sehen, sondern sich an ihnen erfreuen wollen.

Silke Osman



Erfindungsreich: Die Brüder Posin haben aus „Fälschungen“ ein Geschäft gemacht. Bild: Posin

IN KÜRZE

Kunst und Handwerk

Mehr als 60 Stände mit Möbeln, Textilien, Schmuck, Keramik, Glas und silbernem Gerät in hervorragender Qualität werden auf der Kunsthandwerker-Messe im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe auch in diesem Jahr Besucher aus allen Teilen Deutschlands zum Schauen und Kaufen verführen.

Die Messe ist die wichtigste Verkaufsausstellung Norddeutschlands für angewandte Kunst; alle Aussteller wurden

Sonderausstellung »Dialog der Kulturen«

durch eine Jury ermittelt. Große Beachtung wird dem Messestand der Möbeltischlerin Hendrike Farenholtz zuteil werden, der Trägerin des Justus Brinckmann Preises 2010.

Einen besonderen Platz nimmt in diesem Jahr die Klasse Metallgestaltung von Prof. Georg Dobler (Schmuck und Silberschmiedearbeiten) der Hildesheimer Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst ein, die bereits viele international überaus erfolgreiche Kunsthandwerker hervorgebracht hat.

Die jährliche Sonderausstellung im Rahmen der Messe ist dem „Dialog der Kulturen“ gewidmet. Hier werden Beispiele des globalen Handwerkstransfers vorgestellt, die das kunsthandwerkliche Zusammenspiel Europas mit außereuropäischen Kulturen zeigen. *PAZ*

Die Messe ist vom 26. November bis 12. Dezember im Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz, Hamburg, dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, zu sehen, Eintritt 8/5 Euro.

Nichts dem Zufall überlassen

Bilder von Ernst Ludwig Kirchner in einer Hamburger Ausstellung zeigen Arbeitsweise des Künstlers

„Und wie geht es Ihnen?“, fragt die Frau interessiert. Sie steht vor einem Selbstbildnis, das Ernst Ludwig Kirchner 1914 malte. Die Besucher der Ausstellung drehen sich verwundert um. Sollte sie ...? Doch das Erstaunen währt nicht lange, als sie merken, dass die Frau keineswegs ein Gespräch mit dem Künstler führen möchte, sondern vielmehr ein

Den Schaffensprozess nachvollziehen

Handy ans Ohr hält. Ganz unabhängig davon, ob man in einem Museum telefonieren sollte, dem Befinden und dem Lebensweg des Künstlers kann man durchaus nachgehen, betrachtet man die ausgestellten Werke genauer.

Die Hamburger Kunsthalle präsentiert mit ihrer Ausstellung im Hubertus-Wald-Forum einen repräsentativen Überblick über das Werk Kirchners (1880–1938), der als einer der einflussreichsten deutschen Künstlerpersönlichkeiten der Klassischen Moderne gilt. Das Gründungsmitglied der Künstlergruppe „Brücke“ erzielte besonders im Bereich der Druckgraphik die innovativsten Formlösungen seiner Zeit. Doch im Mittelpunkt stehen die Gemälde aus dem eigenen Bestand der Kunsthalle, erweitert durch ausgewählte Leihgaben, die zu den Höhepunkten im malerischen Œuvre Kirchners zählen. Viele der Werke stammen aus Privatsammlungen und waren bislang kaum ausgestellt.

Erstmals werden die Bilder mit den vorbereitenden Skizzen, der motivisch verwandten Druckgrafik und mit Fotografien Kirchners gemeinsam gezeigt, so dass der Betrachter den Schaffensprozess nachvollziehen kann.

„So expressiv, so aus dem Bauch heraus, wie viele meinen, war Kirchner gar nicht“, meint Ulrich Luckhardt, neben Andrew Hurttig Kurator der Ausstellung. „Er hat nicht das gemalt, was er gerade gespürt hat. Seine Gemälde, die so spontan, schnell und unmittelbar wirken, sind in Wahrheit genau vorbereitet und geplant. Er hat nichts dem Zufall überlassen.“ Andrew Hurttig ergänzt: „Ernst Ludwig Kirchner ist nicht von Motiv zu Motiv übergegangen, sondern hat sich oft über längere Zeiträume mit ein und demselben Thema beschäftigt und dieses variiert.“ So sieht man denn auch in der Hamburger Ausstellung eine beachtliche Reihe von Aktdarstellungen, darunter großformatige Zeichnungen im einheitlichen Maß von 90 mal 69 Zentimetern, die zwischen 1906 und 1913 in Dresden und Berlin entstanden. Die chronologisch aufgebaute Ausstellung – von Dresden und Berlin über Fehmarn, wo Kirchner sich im Sommer aufhielt und zu seinem typischen Stil fand, bis Davos, wo er sich von seiner Medikamentenabhängigkeit erholen sollte und wo er schließlich aus Angst vor den Nationalsozialisten den Freitod wählte – macht allerdings auch deutlich, welche Verluste die Hamburger Kunsthalle durch die Aktion „Entartete Kunst“ 1937 erlitt. Von der damals umfangreichen Kirchner-Sammlung entging nur eine Lithografie dem Bildersturm. Heute sind wieder sieben Gemälde, 23 Zeichnungen und Aquarelle sowie 77 druckgrafische Arbeiten in Hamburg beheimatet.

Überhaupt war die Sammlung durch die nationalsozialistische Aktion „Entartete Kunst“ stark dezimiert, dennoch zeigt der gerade erschienene Bestandskatalog nun wieder mehr als 700 Gemälde

Den Bestand wieder aufgefüllt

der Sammlung Klassische Moderne. Die wissenschaftlichen Texte machen die Entstehungsgeschichte jedes einzelnen Kunstwerks lebendig und ordnen es gleichzeitig in das Œuvre des jeweiligen Künstlers ein. Mit den Abbildungen von jedem Gemälde und den Daten kann sich der Leser selbst von der Qualität dieser eindrucksvollen Sammlung überzeugen. *os*

***Uwe M. Schneede, Ulrich Luckhardt (Hg.): „Die Gemälde der Klassischen Moderne“**, Die Sammlungen der Hamburger Kunsthalle, Band IV, Wienand Verlag, Köln 2010, 456 Seiten mit 18 farbigen und 780 schwarzweißen Abbildungen, Klappbroschur, 38 Euro.*



Ernst Ludwig Kirchner: Im Wohnzimmer (Öl, 1921–23). Kirchner (vorn) arbeitet vermutlich gerade an einem Holzschnitt, im Hintergrund ist Erna Schilling, seine langjährige Lebensgefährtin, beim Stricken zu sehen. Bild: Elke Walford

Fotografin sieht Fotografen

Unter dem Titel „Fotografen Portraits“ stellt Claire Yaffa in der Leica Galerie Solms im November die Ikonen unter den Fotografen vor. Henri Cartier-Bresson, Alfred Eisenstaedt (geboren 1898 in Dirschau), Elliott Erwitt, Robert Frank, Leonard Freed, Ralph Gibson, Duane Michals, Inge Morath, Marc Riboud, Thomas Hoepker, Gordon Parks – sie alle haben sich in den vergangenen Jahrzehnten von der Fotografin ablichten lassen. Das Gesamtprojekt umfasst mittlerweile über 40 Schwarz-Weiß-Portraits.

Die Ausdauer, mit der Claire Yaffa das Projekt noch immer verfolgt und erweitert, zeugt von ihrer Freude am eigenen Beruf. Gleichermaßen vermitteln die liebevoll erstellten Portraits den großen Respekt, den die Fotografin den Menschen entgegenbringt, die sie und ihre eigene Arbeit so stark beeinflusst haben.

Claire Yaffa arbeitet seit 1966 als Fotografin. Sie hatte bereits zahlreiche Veröffentlichungen in Magazinen und Tageszeitungen wie der „New York Times“. *PAZ*

Die Leica Galerie Solms im Werksgebäude der Leica Camera AG, Oskar-Barnack-Straße 11, ist von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr sowie sonnabends von 8 bis 14 Uhr für Besucher geöffnet. Der Eintritt ist frei.

MELDUNGEN

Gedenken auf dem Golm

Golm – Auf der Kriegsgräber- und Gedenkstätte Golm auf Usedom gedachten am Volkstrauertag rund 250 Menschen der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Im Mittelpunkt des Gedenkens auf dem Golm stehen stets die Opfer des US-amerikanischen Luftangriffs vom 12. März 1945 auf die pommersche Hafenstadt Swinemünde, die zu Tausenden ihre letzte Ruhestätte auf der Anhöhe direkt an der heutigen deutsch-polnischen Grenze gefunden haben. Dort ruhen auch mehr als 1600 deutsche Soldaten, die 1944/45 dort beigesetzt wurden. Traditionell nahmen Vertreter von Parteien, Kirche, Schulen und Bundeswehr teil, aber einmal mehr auch hochrangige Vertreter von polnischer Seite. Der Stadtsekretär der Stadt Swinemünde sowie eine Delegation polnischer Veteranenverbände und Pfadfinder gedachten der deutschen Kriegsopfer auf dem Golm. In ihrer Gedenkrede verdeutlichte die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder (CDU), ihr Entsetzen über die Diebstähle von Namenstafeln aus Bronze und der Inschrift im Mahnmal auf dem Friedhof im vergangenen Sommer. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als Träger der Anlage plant für das kommende Jahr die Installierung von neuen, diebstahlsicheren Gedenktafeln. *N.K.*

Suchender des richtigen Lebens

Astopowo – Graf Leo Tolstoj, einer der großen Dichter der Weltliteratur, starb vor 100 Jahren, am 20. November 1910, im Bahnwärterhäuschen von Astopowo (heute Oblast Lipezk). Der Schriftsteller, der einem der bedeutendsten Adelsgeschlechter Russlands entstammte, war nach Auseinandersetzungen mit seiner Frau wegen seines Testaments, in dem er sein literarisches Erbe dem Volk vererbte, auf dem Weg Richtung Süden, als er sich unterwegs eine Lungenentzündung zuzog, an welcher der 82-Jährige dann verstarb. In jungen Jahren lebte Tolstoj das ausschweifende Leben eines Aristokraten. Dies änderte sich nach seinem Militärdienst und nach Reisen ins europäische Ausland. Begegnungen mit Künstlern und Pädagogen erweckten sein pädagogisches Interesse. Tolstoj ließ auf seinem Gut Jasnaja Poljana bei Tula Dorfschulen bauen und setzte sich für die Bildung des einfachen Volkes ein. Seine Erlebnisse und die mit ihnen einhergehenden, immer wiederkehrenden Sinnkrisen fanden in den Werken des Dichters Eingang. Fast quälend beschäftigte Tolstoj die Frage nach der „richtigen Art“ zu leben. Er prangerte geizige und prahlischere Offiziere ebenso an wie gesellschaftliche Missstände. In seiner letzten Schaffensperiode verwarf Tolstoj alles in der eigenen Existenz, was er durch seine Standesherrschaft und seinen Bildungsweg erlangt hatte. Er entwickelte sich zu einer geistigen Autorität ersten Ranges, fragte beständig nach moralischen Werten, forderte bedingungslose Nächstenliebe und radikale Gewaltlosigkeit. Er zog den Unmut von Kirche und Staat auf sich, was zu Beobachtung und Exkommunizierung führte. Zu Tolstojs großen Werken zählen „Krieg und Frieden“, „Anna Karenina“, „Auferstehung“ ebenso wie „Die Beichte“. *M. Rosenthal-Kappi*



Leo Tolstoj

»Rotes Schloss am Meer«

Vor 100 Jahren weihte der Deutsche Kaiser Wilhelm II. die Marineschule Mürwik ein

Am 21. November 1910 wurde sie eingeweiht, am Ende des Zweiten Weltkrieges machte Karl Dönitz sie zum Sitz der Reichsregierung, und heute bildet die Deutsche Marine an ihr ihre Offiziere aus – die Rede ist von der Marineschule Mürwik.

So lange sich das Deutsche Reich in der Tradition Preußens noch primär als Landmacht begriff, genügte das 1888 fertiggestellte heutige Landtagsgebäude Schleswig-Holsteins den Anforderungen an die Ausbildungsstätte der Offiziere der Kaiserlichen Marine. Als allerdings 1898 mit dem ersten Flottengesetz die Aufrüstung der Flotte begann, war das nicht mehr der Fall. Statt 70 bis 80 mussten pro Jahrgang nun 200 Seekadetten ausgebildet werden. Da zudem die infanteristische Grundausbildung der Kadetten zukünftig auch an der Marineschule stattfinden sollte, war es mit kleinen Erweiterungsbauten nicht getan.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral Alfred von Tirpitz schlug einen Neubau in Mürwik bei Flensburg vor. Dort verfügte die Marine bereits über Terrain und Tirpitz hielt das Gelände für geeignet, dort nach angelsächsischem Vorbild ein deutsches Annapolis oder Dartmouth zu schaffen. Annapolis ist der Sitz der United States Naval Academy, Dartmouth des Britannia Royal Naval College. Von Tirpitz nach seiner Meinung gefragt, pflichtete der Chef der Bildungsinspektion, Vizeadmiral Volkmar von Arnim, seinem Chef bei. Zum einen sei das bisherige Gebäude für die zukünftigen Herausforderungen viel zu klein und zum anderen böte der Standort Kiel Gefahren für die Moral des Offiziersnachwuchses. Mürwik hingegen sei weit genug von der nächsten Stadt entfernt, um die Zöglinge unter Kontrolle zu halten, aber nahe genug an Flensburg gelegen, „um die materielle Versorgung und Unterhaltung der Anstalt von vornherein als gesichert ansehen zu können“. Am 22. Juni 1903 billigte Kaiser Wilhelm II. die von Tirpitz vorgeschlagene Verlegung nach Mürwik.

Analog zu heutigen Gemeinden freute sich auch Flensburg über den geplanten Truppenstandort und die damit verbundene Kombination aus Investitionen, Kaufkraft und Arbeitsplätzen. Am 9. März 1905 schenkte der Magistrat dem Marineamt ein 15 Hektar großes Areal am Steilufer der Flensburger Förde unter der Bedingung, dass die Marineschule bis zum 1. April 1909 dorthin verlegt werde. Zwei weitere Hektar erwarb die Marine käuflich.



Marineschule Mürwik: Vereidigung und feierliches Gelöbnis der Offiziersanwärter Bild: ap/BMVg

Zur Verwirklichung kam letztendlich ein Entwurf des Baurates Alfred Kelm von der Marinebauverwaltung in Kiel aus dem Jahre 1905. Im selben Jahr wurde in Dartmouth das neue Gebäude des Britannia Royal Naval College fertiggestellt. Beide Bauten weisen eine gewisse Ähnlichkeit auf: Sie sind weitgehend symmetrisch, wobei jeweils an einen schlossartigen Mittelteil mit einem Turm zu beiden Seiten flachere Flügelbauten anschließen, was zu einer breiten, eindrucksvollen Front führt. Allerdings sind Baustil wie Baumaterialien im Falle Mürwiks sehr norddeutsch. Manche fühlen sich bei dem aus Granit und Ziegeln gefertigten Bau an der Förde an die Marienburg an der Weichsel erinnert. Ganz bewusst wurde hier an Traditionen des Deutschordensstaates und der Hansestädte angeknüpft und damit die geringe Tradition der Hochseeflotte überspielt. Das Anknüpfen an hansische Traditionen war auch insoweit sinnig, als die Marine wie die Hansestädte Bürgersöhnen besondere Betätigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bot.

1907 wurde der Grundstein gelegt. Bis 1909 wurde man zwar nicht fertig, aber 1910 war es dann so weit. Am 21. November legte der von der Seeseite mit dem Depeschenboot „Sleipner“ anreisende Kaiser vor dem Neubau an. Vom Anleger aus begab sich Wilhelm II. über die Treppenanlage hinauf zur Schule. In der Turnhalle wurde die Ausbildungsstätte dann eingeweiht. Der Monarch verlas eine an den Offiziersnachwuchs gerichtete Kabinettsorder. Eine im Programm eigentlich nicht vorgesehene Ansprache folgte. Anschließend ließ sich der Souverän vom Direktor durch die Marineschule führen, um dann wieder auf dem Wege zu entschwinden, auf dem er gekommen war. Der Kaiser ist inzwischen Geschichte; das „rote Schloss am Meer“ hingegen dient nach wie vor seinem ihm vor 100 Jahren zugedachten Zweck – und ein Ende ist nicht in Sicht. *Manuel Ruoff*

Gewaltsame Öffnung Kleinasiens

Schwarzer Tag für Europa: Die Schlacht vom 26. August 1071 – *PAZ*-Serie über die Geschichte der Türken (Teil 4)

Im 8. Jahrhundert gründeten Oghusen nicht nur das Großreich der Uiguren, sondern siedelten sich auch in der Region zwischen dem Kaspischen Meer, dem Aralsee und dem in diesen See mündenden Fluss Syrdarja an. Im Jahre 955 entzog sich der Häuptling Seldschuk aus dem oghusischen Stammesverband der Kinik seinem Oberherren und machte sich mit seinem Clan im Nordosten des Aralsees auf die Suche nach besseren Weidegründen für die Herden. Schließlich tauchte er in der Nähe der Stadt Cand (Cend) auf. Cand befand sich noch auf oghusischem Territorium, hatte aber bereits eine überwiegend islamische Bevölkerung. Seldschuk befreite die Stadtbewohner von Abgaben und ließ sich mit seinem Stamm dort nieder. 970 trat er mit seinen Leuten zum Islam über. Mit der Bekehrung der Kinik zum Islam war eine Grundentscheidung für die Herausbildung des späteren Osmanenstaates und die heutige Türkei getroffen.

Als die Macht der hochkultivierten Samaniden 999 durch die Karachaniden gebrochen wurde, entstand ein Machtvakuum, das die Seldschuken, wie sich die Nachfahren des wohl 1007 verstorbenen Reichsgründers Seldschuk nun nannten, zu füllen wussten. Seldschuks Sohn Arslan (Löwe) geriet 1025 in die Gefangenschaft Mahmud von Ghaznas, die er nicht überleben sollte. Seldschuks Enkel Cagri und Togrul, beides heißt so viel wie Falke oder Sperber, sollten erfolgreicher sein. An der Spitze ihrer nomadischen Reitertruppen eroberten sie blitzartig riesige Gebiete. 1034 brachten die Seldschuken Chorasan unter ihre Herrschaft. 1037 zog Cagri in die turkmenische Oasenstadt Merw ein, wo er sich mit dem altiranischen Titel Schahinschah (König der Könige) schmückte. Drei Jahre später rächten die Seldschuken Arslan, den Sohn ihres Reichsgründers. Unweit von Merv schlugen sie in der dreitägigen Schlacht um die Festung Dandanakan die Ghaznawiden, die mit Sultan Masud von einem Sohn Mahmud von Ghasnas befehligt wurden.

Wichtig für die Geschichte der Türkei sind Togruls Kriegszüge gen Westen. Nach und nach fielen in die Hand der von ihm befehligten Nomaden: Nischapur (heute Neyshabur), eine Hochgebirgsstadt in der nordostpersischen Provinz Razavi-Chorasan; Choresm, eine heute teilweise zu Usbekistan, teilweise zu Turkmenistan gehörende Großoase am Unterlauf und der Mündung des Amudarjas, die einerseits im Norden durch den Aralsee, andererseits von den Wüsten Karakum und Kysylkum sowie dem Ustjurt-Plateau begrenzt wird; die westpersische Stadt Hamadan sowie schließlich Isfahan im Zentrum Persiens. Nachdem Togrul 1043 Merw zu seiner Hauptstadt gemacht hatte, wurde diese Ehre 1049 erst dem heutigen Teheraner Vorort Ravy und zwei Jahre später Isfahan zuteil.

Erst ab 1071 wurde die heutige Türkei türkisch

Diese Machtausbreitung in Richtung Westen machte Togrul zum Hoffnungsträger des sunnitischen Kalifen al-Kaim in Bagdad. Der Kalif war der Bevormundung durch die aus dem Iran stammenden schiitischen Bujiden überdrüssig, die 945 in Bagdad die Macht übernommen hatten. Er rief deshalb die sich zur sunnitischen Richtung des Islam bekennenden Seldschuken zur Hilfe. Ohne Blutvergießen zog Togrul daraufhin 1055 in Bagdad ein und beendete die über 100-jährige „Schutzherrschaft“ der Bujiden. Der dankbare Kalif pries Togrul als „Sultan des Ostens und Westens“ sowie „Stütze des Glaubens“. Erstmals übernahm damit eine türkische Dynastie die Herrschaft über das arabisch-islamische Kernreich. Fortan spricht man vom Reich der Großseldschuken.

Dieses Großseldschukische Reich mit seinen Kernländern Persien und Irak stieß bei seiner Expansion an die Grenze des Byzantinischen Reiches. Bereits 1018 hatte der Chronist Matthäus von Edessa über eine barbarische Nation namens „Türk“ geklagt, die in ein armenisches Fürstentum eingefallen sei und die Bevölkerung massakriert habe. Zum ersten Mal habe das armenische Heer berittenen, langhaarigen Bogenschützen gegenübergestanden. In den folgenden Jahrzehnten häuften sich Grenzüberfälle der Seldschuken auf christliches Gebiet. Hinzu kam, dass zunehmend islamische Nomaden aus dem Reich der Seldschuken – teils auf der Flucht vor Zentralisierungstendenzen Togruls, teils auf der Suche nach neuem Weideland – aus dem Reich der Seldschuken in die byzantinischen Ostgebiete migrierten. Durch den ständigen Zustrom militanter Muslime und plündernder Türken war die christlich-islamische Grenze bedroht.

Die Bindung starker seldschukischer Kräfte durch einen Feldzug in Ägypten nutzten die Byzantiner unter ihrem Kaiser Romanos IV. Diogenes 1069 für einen Präventivschlag. Der Feldzug ließ sich gut an und so wagte es Romanos Diogenes im heutigen Türkisch-Kurdistan sein Heer zu teilen, um mit der einen Hälfte Ahlat und mit der anderen Manzikert, das heutige Malazgirt, anzugreifen. Als die Nachricht vom byzantinischen Vormarsch den Sultan des Großseldschukischen Reiches in Ägypten erreichte, übertrug er die Leitung des dortigen Feldzuges einem Vasallen und eilte an der Spitze eines starken Heeres nach Norden, wo er nördlich des Vansees bei Manzikert auf Romanos Diogenes stieß. Dem Byzantinerkaiser war es bis dahin nicht gelungen, die von ihm geführte Armeehälfte mit den nach Ahlat entsandten Truppen zu vereinen. Und er erlitt am 26. August 1071 eine vernichtende Niederlage, die Anatolien den Türken öffnete.

Weitere Expansion trotz Schwächung der Zentralgewalt

Zu diesem Zeitpunkt wurden die Seldschuken schon nicht mehr durch Togrul geführt. Dieser war bereits 1063 im Alter von etwa 70 Jahren an einem Blutsturz gestorben, am Vorabend seiner Vermählung mit einer Tochter des Kalifen. Seitdem stand Cagris Sohn Alp Arslan als Sultan an der Spitze des Großseldschukischen Reiches, das unter ihm seine Blüte erreichte.

Dem mächtigen Sultan waren nach dem Sieg von Manzikert nur noch knappe eineinhalb Jahre beschieden. Am 15. Dezember 1072 saß er über Gefangene zu Gericht. Als einer von diesen das Todesurteil mit wüsten Beschimpfungen quittierte, befahl der Sultan, dem Mann die Fesseln zu lösen und beiseite zu treten, um den Delinquenten höchstpersönlich mit Pfeil und Bogen zu töten. Der Sultan, der als einer der besten Schützen seiner Zeit galt, verfehlte jedoch wider alles Erwarten sein Ziel. Während die anderen noch total verdutzt waren, stürzte sich das verfehlte Ziel auf Alp Arslan und tötete ihn mit einem Dolchstoß.

Das Großseldschukische Reich hatte seinen Höhepunkt überschritten. Es zerfiel in einzelne Seldschukenreiche, weil es auf eine starke Führungspersönlichkeit an der Spitze ausgerichtet und die Nachfolge des Sultans nicht eindeutig geklärt war.

Trotz des Niedergangs der großseldschukischen Zentralmacht fing die Türkisierung Anatoliens nach der Schlacht von Manzikert erst richtig an. Sie wurde jedoch nicht mehr von den Großseldschuken, getragen, sondern von den Rumseldschuken, einer Abspaltung. *M.R.*

Abgeordnete des Bundestages im Landesmuseum

Auf Einladung des Lüneburger Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols hat Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg besucht. Museumsdirektor Joachim Mähnert erläuterte den beiden Bundestagsabgeordneten die neue inhaltliche Ausrichtung und die Sanierungspläne des Museums.

Bis 2014 wird das bestehende Museumsgebäude umfassend saniert und zusätzlich durch neue Bauten erweitert. Die ehemalige Kronenbrauerei, das Brauereimuseum und ein angrenzendes Geschäftshaus wurden unter anderem von der Deutschbaltischen Kulturstiftung bereits zu diesem Zwecke erworben. Museumsleiter Mähnert betonte, dass die Gastronomie „Krone“ in der ehemaligen Brauerei erhalten bleibt.

Mit der baulichen Erweiterung des Museums geht der inhaltliche Ausbau einher. Mähnert: „Wir wollen auch die Geschichte nach 1945 im ehemaligen Ostdeutschland darstellen.“ So wird es ein Familienarchiv geben, mit dem Nachkommen von Vertriebenen nach ihren Wurzeln forschen können. Künftig werden sich Ostpreußische Landsmannschaft und Deutschbalten unter einem Dach präsentieren. Ein umfassendes Angebot von Reisen nach Ostpreußen und ins Baltikum sollen das Veranstaltungsprogramm abrunden. Schon jetzt gebe es eine gute Zusammenarbeit mit der polnischen und russischen Bevölkerung sowie den staatlichen Institutionen in Ostpreußen. Das wolle man ausbauen.

Hausherr stellte die Erweiterungspläne des Museums vor

Eckhard Pols: „Die Erweiterung und Kooperation mit der Deutschbaltischen Kulturstiftung sind eine Bereicherung für die Lüneburger Museumslandschaft.“ Pols erhofft auch weitere Synergieeffekte für den Kulturtourismus in Lüneburg.

Diese Synergieeffekte gäbe es für die Stadt sogar zum Nulltarif. Hausherr Mähnert und der CDU-Bundestagsabgeordnete Pols verwiesen darauf, dass das Museum in gemeinsamer Trägerschaft des Bundes und des Landes Niedersachsen steht. Eckhard Pols: „Die Erweiterung des Museums wird durch Mittel des Kulturbeauftragten der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen, der Klosterkammer Hannover und durch Eigenmittel finanziert.“

Pols lobt die bisherige Arbeit des Museums und der Deutschbaltischen Kulturstiftung. Sie bringe vielen Lüneburgern ihre Geschichte nahe. Rund 40 Prozent der Menschen in Lüneburg haben einen verwandtschaftlichen Bezug zu Ostdeutschland. Landesmuseum und Kulturstiftung leisteten einen Beitrag zur Versöhnung mit den Nachbarvölkern. Das Museumsprojekt genieße bereits heute nationale und internationale Anerkennung. Eckhard Pols: „Die gute Arbeit wird auch auf Bundesebene wahrgenommen. Ich freue mich deshalb sehr, dass die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, unsere Bundestagskollegin Erika Steinbach, mir bereits zugesichert hat, Kulturstiftung und Ostpreußisches Landesmuseum einmal zu besuchen.“ *PAZ*

Ein patriotischer Kaufmann

Johann Ernst Gotzkowsky begründete die spätere Königliche Porzellan-Manufaktur

„Mémoires d'un négociant patriote“ hat Johann Ernst Gotzkowsky seine erstmals 1768 in Berlin erschienene Autobiographie betitelt. Und das war er auch: ein patriotischer Kaufmann.

Der am 21. November 1710 in Conitz geborene Westpreuße verlor mit fünf Jahren beide Eltern und wurde von Verwandten aufgezogen. 1724 bis 1730 arbeitete er als Lehrling in einem Berliner Krämerladen. Als sein Bruder, bei dem er in Berlin lebte, einen Handel mit Galanteriewaren eröffnete, machte sich Gotzkowsky bald durch umsichtige Einkäufe unentbehrlich. Nach der Thronbesteigung Friedrichs des Großen am 31. Mai 1740 wurde Gotzkowsky bei der Anwerbung auswärtiger Gewerbetreibender tätig. Nach der Heirat mit der Tochter des reichen Hoflieferanten Blume leitete er ab 1743 die Samtmanufaktur seines kurz zuvor verstorbenen Schwiegervaters. 1753 übernahm er noch eine bereits existierende, aber wenig florierende Seidenstoffmanufaktur in der Friedrichstadt. Bald beschäftigte er in seinen Fabriken 1500 Arbeiter an 250 Stühlen und machte 100 000 Reichsthaler Umsatz, was etwa einer Million Euro entspricht.



Totleben empfängt Gotzkowsky (von links) in Berlin: Xylografie aus dem 19. Jahrhundert

Wegen seiner ständigen Auslandsaufenthalte wurde er für König Friedrich auch zum Kunstagenten. Selbst als im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) die Geschäfte durch die wirtschaftlichen Unwägbarkeiten schlechter gingen, blieb Gotzkowsky ungeschoren, denn er kam nicht nur mit der Porzellanmanufaktur in Meißen in Kontakt, sondern auch mit dem Intendanten der Dresdener Kunstsammlungen, Karl Heinrich von Heineken. Neben seinen sonstigen kaufmännischen Aktivitäten wurde Gotzkowsky Leiter der Berliner Porzellanmanufaktur und vermittelte noch während des Krieges zahlreiche ausrangierte Gemälde aus der Sammlung der sächsischen Kurfürsten an den Preußenkönig. Er sammelte aber auch für sich selbst und besaß bald einen Fundus von 600 Gemälden des römischen Barock, des venezianischen Seicento und niederländischer Malerei.

Nach der Schlacht bei Zorndorf vom 25. August 1758 nahm Gotzkowsky zahlreiche gefangene russische Offiziere freundlich bei sich auf. Das half ihm zwei Jahre später, denn als russische und österreichische Truppen unter den Generalen Gottlob Heinrich von Totleben und Graf Sachar Tschernischew gemeinsam mit einem österreichischen Kontingent unter Franz Moritz Graf Lacy vom 9. bis 12. Oktober 1760 Berlin besetzten, verstand es Gotzkowsky durch geschicktes Verhandeln, die maßlosen Kontributions-Forderungen auf eine erträgliche Summe zu senken. Außerdem steuerte er aus eigenem Vermögen einen hohen Betrag in bar und erhebliche Bestechungsgelder bei, mit denen es gelang, die schlimmsten Schäden von der Hauptstadt abzuwenden. Später konnte er eine Prolongation der ausgestellten Wechsel erreichen. Im November 1760 suchte Gotzkowsky den König in Leipzig auf und erreichte eine Minderung der Forderungen, die Friedrich der Stadt auferlegen wollte. Außerdem veranlasste Gotzkowsky, dass König Friedrich, der die von den Russen den Berlinern abgepressten Wechsel erst gar nicht einlösen lassen wollte, diese dann sogar heimlich selbst beglich. Der Kaufmann hatte den König davon überzeugen können, dass der gesamte Osthandel Preußens auf dem Spiel stand, wenn die Wechsel platzen sollten.

Unmittelbar nach Kriegsende gerieten seine Geschäfte in eine Krise, und der König kaufte ihm die Porzellanfabrik für 250 000 Reichsthaler ab, was etwa zweieinhalb Millionen Euro entsprach. Einen großen Teil seiner Privatsammlung, nämlich 317 Gemälde, verlor er im Jahre 1764 durch gewagte Spekulationen im russischen Getreidehandel, denn der König drängte ihn, diese Bilder an die Zarin Katharina II. zu verkaufen, da der König weder wirtschaftliche noch daraus eventuell resultierende diplomatische Verwicklungen in einer Zeit gebrauchen konnte, in der er an einem Bündnis mit Russland arbeitete. Katharina nutzte den Ankauf als Grundstock für ihre Eremitage.

Die verlustreichen Spekulationsgeschäfte führten im Jahre 1766 zu seinem Bankrott. Ein Freund publizierte zwei Jahre später Gotzkowskys Autobiographie „Geschichte eines patriotischen Kaufmanns“. Gotzkowsky starb verarmt am 9. August 1775 in Berlin. *Jürgen Ziechmann*

Forscher, Soldat, Diplomat und Gouverneur

Gustav Adolf von Götzen gehörte zu den Glücklichen, die zumindest zeitweise in ihrem Leben Hobby und Beruf miteinander verbinden können. Bevor er mit Mitte Zwanzig das erste Mal seinen Fuß auf afrikanischen Boden setzte, hatte der am 12. Mai 1866 in der Grafschaft Glatz auf Schloss Scharfeneck geborene Schlesier bereits Frankreich und Italien kennen gelernt. Götzen gehörte einer Offiziersgattung an, die anders als heute damals in Deutschland noch die Ausnahme darstellte: Er war Akademiker.

Erst nach einem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Paris, Berlin und Kiel trat er 1885 in das 2. Garde-Ulanen-Regiment ein. Zwei Jahre später wurde er ins Offizierskorps aufgenommen. Ein halbes Jahrzehnt darauf wurde er als Militärattaché nach Rom kommandiert. Noch im selben Jahr unternahm er von dort aus einen Jagdausflug zum Kilimandscharo in Deutsch-Ostafrika.

1893 startete er in der deutsch-ostafrikanischen Küstenstadt Pangani eine private Forschungsexpedition zur Erkundung des Hinterlandes. Begleitet wurde er von dem Afrikaforscher und Kolonialoffizier Georg von Prittwitz und Gaffron sowie dem Arzt Hermann Kersting. Die Expedition quer durch den Kontinent endete nach knapp einem Jahr in Matadi an der Kongomündung. Mit ihrer erstmaligen Querung Ruandas gilt sie als eine der letzten Afrikadurchquerungen mit Neulandentdeckungen.



Gustav Adolf von Götzen

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1895 veröffentlichte Götzen noch im selben Jahr die Ergebnisse dieser Expedition unter dem Titel „Durch Afrika von Ost nach West“.

Anschließend wurde er für zwei Jahre als Militärattaché nach Washington versetzt. Die letzten Jahre des 20. Jahrhunderts sahen ihn als Hauptmann im Großen Generalstab.

Ab 1900 setzte sein Dienstherr Götzen endlich entsprechend seinen (Deutsch-Ost-)Afrikakenntnissen in Deutsch-Ostafrika ein. Mit der Beförderung zum Major übernahm er sowohl den Gouverneursposten als auch das Kommando über die Schutztruppen. In seine Amtszeit fiel der Maji-Maji-Aufstand. Nur mit militärischer Unterstützung aus dem Mutterland gelang es Götzen, den Aufstand niederzuschlagen. Auch dieses Erlebnis verarbeitete Götzen zu einem Buch. 1909 erschien in Berlin „Deutsch-Ostafrika im Aufstand“.

1906 zwang sein angegriffener Gesundheitszustand den 40-Jährigen, sich in die Heimat zurückversetzen zu lassen. 1908 wurde er preußischer Gesandter in Hamburg. Dort ist er denn auch am 2. Dezember 1910 verstorben und auf dem Friedhof Ohlsdorf begraben. Sein Grabmal mit der von Gustav Eberlein geschaffenen 1,90 Meter hohen Götzen-Darstellung ist noch heute ein Muss bei jeder ordentlichen Führung über den alten Cordes-Teil des größten Friedhofs der Welt. *Manuel Ruoff*

Großer Blutzoll unter den Priestern

Märtyrer des Erzbistums Breslau im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Aufgrund des großen Interesses, auf das unsere Serie über ostpreußische Märtyrer gestoßen ist, folgen wir gerne der Anregung aus unserem Leserkreis, doch auch einmal Märtyrer aus anderen Vertreibungsgebieten vorzustellen. Heute machen wir einen Anfang mit Schlesien.

Oft steht die Behauptung im Raum, die katholische Kirche habe die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht genügend angeprangert. Dabei vermittelt ein Blick auf die damaligen Geschehnisse im schlesischen Erzbistum Breslau einen ganz anderen Eindruck. Der Erzbischof wagte durchaus Kritik und der Blutzoll unter den Priestern war groß.

In Breslau residierte eine prominente Person der katholischen Kirche, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz Adolf Kardinal Bertram. Nach der päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937 beklagte er in einem Brief vom 26. März an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Hanns Kerls „den vielfältigen, verdeckten und offenen Kampf gegen das Christentum“ seitens des nationalsozialistischen Regimes. Dieser Kampf bedrohe „das Wohl und die Interessen des deutschen Staatswesens mit unheilvollem Schaden“.

Erzbischof beklagte sich bei NS-Minister

Solche Schreiben konnten in dieser Zeit auch für einen Bischof fatale Folgen haben. Noch schlimmer traf es meist aber den niederen Klerus. Katholische Priester und andere Gegner der NS-Weltanschauung waren einer ohnehin argwöhnischen Observierung ausgesetzt. So wurde beispielsweise der Erzpriester der Pfarrei St. Vinzenz in Breslau, Paul Brosig, am 21. Juli 1937 von der Gestapo verhaftet, weil er angeblich den von einem „Michael Germanikus“ publizierten „Offenen Brief“ an Reichspropagandaminister Joseph Goebbels weitergegeben haben sollte. Goebbels hatte eine kirchenfeindliche Rede gehalten, was der besagte Germanikus unter Pseudonym kritisiert hatte. Nach drei Wochen wurde Pfarrer Brosig zwar aus der Untersuchungshaft entlassen, aber die Torturen der Gestapo-Haft waren so schwerwiegend, dass er 1944 im Alter von nur 55 Jahren an den Folgen verstarb.

Ein anderer Pfarrer des Breslauer Erzbistums starb schon im Alter von 38 Jahren im Konzentrationslager Dachau. Klemens Galocz übernahm nach seiner Priesterweihe im Oktober 1938 die Pfarrei Wendrin im Kreis Teschen in Oberschlesien. Als Gegner der NS-Ideologie geriet er keine zwei Jahre später in die Fänge der Geheimen Staatspolizei. Am 23. April 1940 wurde er verhaftet und ein gutes halbes Jahr später in das berüchtigte Konzentrationslager in Dachau gebracht. Dort saßen zeitweise im sogenannten „Priesterblock“ 2500 Geistliche aller christlichen Konfessionen ein. Dieses auch als „Hölle auf Erden“ bezeichnete Lager der Nationalsozialisten überlebte Galocz keine zwei Jahre. Er starb im November 1942 an den dort erlittenen Torturen.

Mancher Pfarrer landete im KZ

Ein ähnliches Schicksal hatte auch der 1891 im oberschlesischen Ratibor-Altendorf geborene Pfarrer Dr. Anton Korczok. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges engagierte er sich besonders für die polnischen Zwangsarbeiter in Gleiwitz, denen er trotz Verbot in polnischer Sprache die Beichte abnahm. Den Anlass zu seiner Verhaftung am 24. August 1940 gab schließlich ein Beileidsbrief des Pfarrer von Sosnitza (Oehringen) an einen Bergbaubeamten, dessen Sohn gefallen war. Hierin hatte der Geistliche nicht nur Trost zu spenden versucht, sondern gleichzeitig an den Adressaten appelliert, das seiner Familie widerfahrene Leid zum Anlass für die Rückkehr zum Glauben und zur Kirche zu nehmen. Kurz darauf erschien in der Zeitung „Das schwarze Korps“ ein verleumderischer Artikel, der den Gleiwitzer Priester („Korczok, der Anreißer“) des Proselytismus (Abwerben von Gläubigen aus anderen Konfessionen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften) und Alkoholismus bezichtigte. Auch im „Stürmer“ war ein Artikel zu finden („Korczok, der Seelenfänger“). Am 24. August 1940 verhaftete die Gestapo den Priester und im September 1940 wurde er in das KZ Dachau eingewiesen und zum Kohleverladen abgestellt. Weil er seine Mitgefangenen zum Gebet versammelte, wurde er zweimal gefoltert und zu noch schwererer Arbeit verurteilt. Als schließlich gerichtlich seine Unschuld festgestellt worden war und seine Entlassung unmittelbar bevorstand, wurde er auf Geheiß der Gestapo am 5. Februar 1941 von Lageraufsehern erschossen. *Hinrich E. Bues*

Nach „Zeugen für Christus – Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts“, herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 4., vermehrte und aktualisierte Auflage, Paderborn 2006.

Scheinheiligkeit bei PID

Zu: „Furchtbarer Preis“ (Nr. 42)

Badenheuer meint, es sei ein furchtbarer Preis, Präimplantationsdiagnostik anzuwenden, um keine krankheitsbhaftete befruchtete Eizelle zu implantieren, weil mit der Aussonderung Leben vernichtet werde.

Werden aber bei der In-Vitro-Fertilisation nicht immer mehrere Eizellen befruchtet, von denen nur eine eingepflanzt werden kann, und die anderen absterben, was ebenfalls Leben vernichtet? Warum soll es dann ein „hoher Preis“ sein, wenn eine krankheitsbehaftete Eizelle ausgesondert wird, um zu verhindern, dass ein krankes Kind entsteht? Warum sollte vernünftiges Handeln die Ethik verletzen? Wäre es nicht im Gegenteil höchst unethisch, von einer zukünftigen Mutter zu verlangen, Russisch-Roulette zu spielen und später eventuell abtreiben zu lassen?

Angesichts der bei uns erlaubten Abtreibungen erscheint mir das Bemühen der Ethik im Falle der Präimplantationsdiagnostik als himmelschreiende Scheinheiligkeit. **Manfred Backerra, Hamburg**

Der Islam dringt in ein Vakuum ein

Zu: „Islamisierung durch die Hintertür“ (Nr. 41)

Wenn Islamisten das von deutschen Politikern weit geöffnete Einfallstor nach Deutschland konsequent nutzen, so hat dies nicht nur wohlfeile Inkassogründe, sondern stellt für sie vermeintlich eine historische Chance dar. In der nicht zu leugnenden fortschreitenden Entchristianisierung Europas wird von ihnen ein Vakuum gesehen, in das der Islam als religiöser Ersatz mühelos eindringen kann. Dabei übersehen sie jedoch, dass das Zurückweichen des Christentums nicht kulturelle Entwurzelung bedeutet.

Geblieben ist Europa die Tradition abendländischer Kultur, die unser Leben unabhängig von der Religion bestimmt. Von Tilmann Riemenschneider bis Martin Heidegger, von Schinkel, Gerhard Hauptmann bis Otto Hahn. Bereits das sollte uns Zuversicht geben und die Kräfte der Selbstbehauptung stärken.

Dr. jur. Klaus Joachim Schneider-Haßloff, Berlin

Hauptsache ehrlich

Zu: „Imame: Entfremdung, die von der Kanzel kommt“ (Nr. 43)

Unter dem Eindruck der reichlich aufregenden Diskussion über Zuwanderung, Islam und Integration empfiehlt es sich, ein Schreiben Friedrich des Großen zu beherzigen: „Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, so sie professieren, ehrliche Leute sind. Und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land peuplieren, so wollen wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen. Ein jeder kann bei mir glauben, was er will, wenn er nur ehrlich ist.“ **Ernst Hörsken, Lienen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Bunte Koraninterpretationen: Die Islam-Interpretation des ehemaligen Profi-Boxers Pierre Vogel (jetzt Abu Hamza) ist verfassungsfeindlich – doch Terrorismus im Namen Allahs lehnt der gebürtige Frechener immerhin ab. Bild: dapd

Islam: Politik und Religion zugleich

Zu: Islamisierung durch die Hintertür“ (Nr. 41)

Auf dem Teppich einer Moschee entsteht keine Demokratie! Die deutsch-türkische Soziologin Kelek, die über „Islam im Alltag“ promovierte, stellt fest, dass mehr als die Hälfte der Muslime integrationsunwillig ist. Sie verlangt deshalb einen fordernden Staat, der Integration gesetzlich festschreibt und damit Sicherheit vermittelt.

Der Islam ist Politik und Religion zugleich, er bestimmt Alltag, Denken und Handeln. Die Eltern grenzen ihre Kinder aus. Mercedes kaufen, in der Türkei Häuser bauen, alles geht, aber ein Schulausflug oder ein Deutschkurs für die Tochter? Keleks Alternative: Bin ich Muslimin oder ein freier Mensch? Der Zwang zum Kopftuch sei Körperverletzung, also zu verbieten. Sie prangert auch Zwangsehen an. Sie bedauert die Tatsache, dass über eine halbe Million Importbräute nach Europa gebracht wurden und in Parallelgesellschaften ihr Leben fristen müssen.

Für Aufregung sorgte ihr Buch: „Die verlorenen Söhne: Plädoyer für die Befreiung des türkischen Mannes“, welches auch so genannte Ehrenmorde behandelt. Das alles sind Dimensionen, die zum Verhängnis für Europa werden können. Das Rezept dagegen heißt „Ratio“, beginnend schon im Kindergarten. Man kann sich nicht vorstellen, dass auf dem Teppich einer Moschee eine Demokratie entstehen könnte. Ein Bundespräsident Wulff hat noch kläglicher agiert und gibt damit zu erkennen, dass er von dieser Problematik überhaupt keine Ahnung hat. Wenn doch, dann ist es mit ihm noch schlimmer bestellt, weil er das eigene Volk ignoriert.

Werner Giacomuzzi, Lochau am Bodensee, Österreich

Ordensschloss bereits im 18. Jahrhundert abgetragen

Zu: „Weltspitze beim Verfall“ (Nr. 39)

Mindestens 20 Mal habe ich seit 1992 den Platz besucht, an dem das frühere Dorf Brandenburg an der Mündung des Flusses Frisching mit der heutigen Kirchenruine und den nun abgebildeten Resten des einen Gebäudes aus der Ordenszeit liegen.

Ich nehme nun in dem Artikel mit Interesse zur Kenntnis, dass selbst in den USA von der Ordens-Ruine Notiz genommen wird. Herr Tschernyschew nimmt das Thema auf und gibt uns Informationen. Er hat sich durchaus einige Kenntnisse über die Geschichte der ehemaligen Ordensburg verschafft, was verschiedene angeführte Detailangaben sowie Jahreszahlen zeigen.

In der Kürze des Berichtes mussten jedoch zwangsläufig Lücken entstehen. So ist der große Sprung vom 15./16. Jahrhundert gleich in den Zweiten Weltkrieg hinein auch zu verstehen. Die intensiven Kämpfe im Heiligenbeiler Kessel im März 1945 sind bekannt, obwohl sie um Brandenburg lange nicht so stark und langanhaltend waren wie um Zinten und Heiligenbeil.

Seine Anmerkung: „Während der heftigen Kämpfe im Zweiten Weltkrieg wurde das Ordensschloss stark beschädigt, und bis heute wurde es nicht restauriert“ möchte ich jedoch mit einigen Hinweisen ergänzen, verändern. Aus den mir bekannten Forschungsergebnissen geht folgendes hervor: Das Ordensschloss selbst ist bereits seit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts völlig verschwunden. Die Steine wurden abgetragen, verschleppt, anderweitig für diverse Zwecke wieder eingesetzt. Spätestens 1776 wurden sämtliche Wohn- und Arbeitsaktivitäten vom Hauptgebäude in das Gebäude des Vorwerkes (Domäne) verlegt. So ist es bis 1945 geblieben. Das Foto zeigt Reste des Vorwerkes.

Jahrzehnte nutzte – bis zum heutigen Tag – die russische Bevölkerung das Mauerwerk des Vorwerkes als Steinbruch – wie übrigens jede Kirchenruine, die Reste der Burg Balga oder die Ordensmühle in Zinten.

Was die Ordensburg Brandenburg mit den Vorwerken (Domäne) betrifft, gibt es sicherlich diverse Dokumentationen. Ich habe dieser Tage nachstehende erneut gelesen: 1) die sehr ausführliche geschichtliche Abhandlung (mit zahlreichen wissenschaftlichen Quellenangaben) des Heiligenbeiler Kreishistorikers Emil Johannes Guttzeit – beginnend mit dem Jahr 1239 und endend mit dem 20. Jahrhundert. 1966 hat er in unserem Heimatblatt Folge 12 seine Forschungsergebnisse – mit Skizzen und Fotos untermauert – den Heiligenbeiler Landsleuten zur Kenntnis gegeben. 2) Im „Kreisbuch des Kreises Heiligenbeil“ von 1975 erschien ebenfalls eine Abhandlung zu dem Thema von Herrn Guttzeit. 3) Auch der Historiker Wulf D. Wagner hat sich in dem Buch „Die Güter des Kreises Heiligenbeil“ mit Brandenburg in der Ordenszeit und der Domäne ausführlich befasst.

Siegfried Dreher, Großhansdorf

Zweifelhaftes »Geschenk« für beraubte Bürger

Zu: „Verbesserungen für Alteigentümer“ (Nr. 41)

Der Artikel beschreibt, wie Betroffene ihr vom Staat gestohlenes Eigentum zurückkaufen können. In dem dazugehörigen Kommentar wird, wie üblich, von den „Enteignungsopfern“ gesprochen. Dabei wird verkannt und in vielen Medien im Sinne der Political Correctness verschwiegen, dass es sich um Opfer einer ganz offensichtlich regierungsabhängigen Justiz, mit anderen Worten – und richtigerweise – um Justizopfer handelt. Fakt ist, dass den Betroffenen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR von deutschen Kommunisten wahrheitswidrig Straftaten als Naziaktivisten und Kriegsverbrecher unterstellt wurden, um sie als Bourgeoisie vernichten zu können.

Es wird von „Enteignungen“ gesprochen, die in Wirklichkeit keine Enteignungen sein können. Denn wenn unbescholtene Personen von deutschen Verwaltungsorganen, die, von der sowjetischen Besatzungsmacht befugt, eine Gerichtsfunktion ausüben mussten, als Naziaktivisten und Kriegsverbrecher mit einer Vermögensstrafe zu Unrecht – teilweise durch amtliche Listenveröffentlichung mit Verweis auf Strafgesetze in Kenntnis gesetzt – bestraft worden sind, so kann hier nicht nur von Enteignungen gesprochen werden.

Es wurde von den damaligen deutschen Behörden – zum Beispiel in Ost-Berlin auch „Treuhand“ genannt – einfach ignoriert, dass die sowjetische Besatzungsmacht durch Befehle ausdrücklich verfügt hatte, dass nur überführte Naziaktivisten und Kriegsverbrecher mit einer Eigentumswegnahme bestraft werden durften.

Da unsere Gerichte heute mit abwegigen Begründungen, die mit dem unterstellten Bestrafungsgrund nichts zu tun haben, eine Rehabilitierung der Betroffenen verweigern, obwohl die bestehenden Gesetze diese ermöglicht, kommt unsere Justiz dadurch in den Ruch, wie in der DDR oder gar wie im Dritten Reich, im Sinne der herrschenden Klasse zu urteilen, denn: Kein Gericht in unserem (Noch)-Rechtsstaat darf unschuldig in der SBZ und der DDR bestrafte Personen zum (hier überwiegend aus fiskalischen Gründen genutzten) Vorteil der etablierten Regierungen in Bund und Länder bestraft lassen.

Heute werden die „Früchte“ der verbrecherischen Menschenrechtsverletzungen der SBZ und der DDR quasi als „Geschenk“ von unseren Regierungen seit 1990 skrupellos – auch zur Erhaltung der Parteienmacht – angenommen. In keinem außerdeutschen westlichen Rechtsstaat könnte der Gedanke aufkommen, dass staatlich beraubte Bürger ihr Eigentum „verbilligt“ zurückkaufen können, anstatt es ihnen bedingungslos zurückzugeben, vor allem, wenn es sich noch im „Eigentum“ des Bundes befindet. Andernfalls muss dessen Verlust entschädigt werden.

Gerhard Heeren, Partenheim

Das Geheimnis um die Dunkelgräfin fasziniert noch heute

Zu: „Wer war die ‚Dunkelgräfin‘?“ (Nr. 40)

Der gut recherchierte und leicht lesbare Artikel von Rebecca Bellano über die „Dunkelgräfin von Hildburghausen“ verdient hohe Anerkennung. Die einstige Residenzstadt Hildburghausen (1680–1826) liegt nur elf Kilometer von meiner Heimatstadt Rodach bei Coburg, die bis 1920 thüringisch war, entfernt. Dazwischen aber lag 1949 bis 1989 die innerdeutsche Grenze.

Sachsen-Hildburghausen war eines der sieben wettinisch-ernestinischen Herzogtümer, die fünf Jahre nach dem Tod Herzog Ernsts I. des Frommen (1601–1675) gegründet worden waren. Dieser Herzog hatte zwölf Söhne, von denen fünf schon im Kindesalter starben, so dass sein Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg 1680 nur unter sieben Söhnen aufgeteilt werden musste. Eines dieser neuen Herzogtümer war Sachsen-Hildburghausen, dessen Herzogshaus 1826 nach Sachsen-Altenburg verlegt worden war, weil dessen Herzogshaus 1825 ausgestorben war. Sachsen-Hildburghausen wurde ausgelöscht und Sachsen-Meiningen einverleibt, ebenso das zu Sachsen-Coburg gehörende Sachsen-Saalfeld, weshalb Sachsen-Coburg durch die Angliederung Sachsen-Gothas, das doppelt so groß war, entschädigt wurde.

Das muss man wissen, weil Herzog Bernhard II. von Sachsen-Meiningen (1800–1882), der Vater des „Theaterherzogs“ Georg II. (1826–1914), 1826 das Herzogtum Hildburghausen übernahm. Elf Jahre nach der Auflösung des Herzogtums Hildburghausen, im Jahr 1837, starb die geheimnisvolle „Dunkelgräfin“ im nahe gelegenen Eishausen, ihr Nachlass gelangte nach Meiningen, darunter auch ein zierlicher Schreibsekretär für adlige Damen, verziert mit dem Wappen der Bourbonen, den weißen Lilien. Diesen Sekretär verschenkte Georg II., der vorletzte Herzog von Sachsen-Meiningen, an eine Hofdame, die ihn ihrer Tochter vererbte. Die Enkelin der Hofdame wurde vor dem Mauerbau 1961 „republikflüchtig“ und nahm den Sekretär mit nach Norddeutschland, wo ihn die in Hildburghausen lebende Helga Rühle von Lilienstern vor Jahren gefunden hat.

Prinzessin Helga aber, die aus Hildburghausen stammt, wo sie seit Jahren Ehrenbürgerin ist und wo sie am 14. Oktober ihren 98. Geburtstag feierte, ist die gründlichste Kennerin der Geschichte und Geschichten um die „Dunkelgräfin“, die die überlebende Tochter Marie Thérèse Charlotte des französischen Königs Ludwigs XVI. (1754–1793) und seiner Frau Maria Antoinette von Habsburg (1755–1793), der jüngsten Tochter Maria Theresias, gewesen sein soll. Während die königlichen Eltern 1793 von den Pariser Revolutionären geköpft wurden, wurde die Tochter, die später „Madame Royale“ genannt wurde, 1795 aus dem Gefängnis entlassen, floh aus Frankreich, versteckte sich aus Angst vor Napoleons Häschern und fand durch Vermittlung der württembergischen Prinzessin Charlotte (1787–1847), der ältesten Tochter Herzog Friedrichs von Sachsen-Hildburghausen, schließlich Zuflucht in der thüringischen Residenzstadt, wo sie am 7. Februar 1807 eintraf und im „Englischen Hof“ am Marktplatz abstieg. Drei Jahre danach, 1810, zog sie ins Schloss von Eishausen, wo sie 1837 starb.

Prinzessin Helga hat sich strikt gegen die Öffnung des Grabes, wie vor Jahren vorgeschlagen, auf dem Hildburghäuser Stadtberg ausgesprochen, weil sie die Totenruhe der „Dunkelgräfin“ nicht gestört sehen wollte. Gegen die Öffnung, nach der eine DNA-Analyse an der Toten hätte vorgenommen werden sollen, hat sich auch Bürgermeister Steffen Harzer ausgesprochen, wenn auch aus anderen Gründen. Sollte die Tote nicht bourbonischen Geblüts, also nicht Königstochter gewesen sein, dann verlöre die Kreisstadt Hildburghausen ihre Anziehungskraft und die Besucher blieben weg. Sollte sie aber tatsächlich die verschollene Tochter gewesen sein, die 30 Jahre unerkannt in einem thüringischen Kleinstaat lebte, dann käme der französische Hochadel in Scharen nach Hildburghausen gereist, und der Bürgermeister als antifeudalistisch eingestelltes Mitglied der Partei „Die Linke“ müsste die Vertreter einer 1789 untergegangen Gesellschaftsordnung empfangen, bewirten und freundlichst durch seine Stadt geleiten. Denn auch in Frankreich ist seit einem halben Jahrhundert das Interesse am Schicksal der „Dunkelgräfin“ beträchtlich gewachsen, nachdem Friedrich Ernst Prinz von Sachsen-Altenburg über die französische Prinzessin sein Buch „L' Énigme de Madame Royale“ in Paris 1954 hat erscheinen lassen.

Der Begriff „Dunkelgräfin“ stammt übrigens von dem Meininger Märchendichter, Hofrat und Bibliothekar Ludwig Bechstein (1801–1860), der 1854 den Roman „Der Dunkelgraf“ veröffentlicht hat.

Dr. Jörg Bernhard Bilke, Coburg

PAZ als gute Quelle

Zu: *PAZ*

Ich danke Ihnen sehr für die Leseprobe der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die ich auf Bitte Ihrer Kundin Rosemarie Teßner von Ihnen erhalten habe und bestätige Ihnen, dass mich diese Zeitung außerordentlich interessiert: Sie bringen Themen, die man anderswo nicht lesen kann. Sie bringen Kommentare, die aussprechen, was andere verschweigen, und Sie stehen für preußische Kultur und Tradition, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, nazistisches Gedankengut zu vertreten.

Die Aufsätze und Kommentare Ihrer Zeitung kann ich außerordentlich gut als Quellen für meine Aufsätze in den von mir herausgegebenen „Mitteilungen für die Freunde des städtischen Gymnasiums in Danzig“ gebrauchen. Wenn ich Sie künftig zitiere, möchte ich bewusst auf die *Preußische Allgemeine* hinweisen.

Dietrich A. H. Kirchner, Kressbronn

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 20. November 2010

Gegen den Griff nach den Gotteshäusern

Königsbergs Gebietsduma hat der Orthodoxen Kirche eine Reihe faktischer Enteignungen ermöglicht – Russen protestieren

Am 28. Oktober hat die Königsberger Gebietsduma einen Gesetzentwurf zur Übereignung deutscher Ordensburgen und Kirchen an die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) angenommen. Das wollen russische Künstler, Journalisten und Museumdirektoren nicht zulassen und protestierten in einen offenen Brief an die Verantwortlichen.

Auf der Liste standen 15 Objekte. Unter ihnen das Gebäude der Kirche zur Heiligen Familie (heute Gebietsphilharmonie), der Luisenkirche (Puppentheater) und der Polytechnischen Lehranstalt Nr. 5 sowie das Kulturhaus auf der Straße Sudostroitelnoj und Schloss Waldau. Ebenso Schlösser und Kirchen in Labiau, Ragnit, Taplaken, Interburg, Kaimen und Neuhausen. Viel Streit ruft der Umstand hervor, dass auch solche Objekte der ROK übereignet wurden, die zuvor auch mit Mitteln aus dem Gebietsbudget, also auf Kosten der Steuerzahler, wieder aufgebaut wurden, wobei die Restaurierung teilweise zig Milliarden Rubel verschlungen hat. Dies gilt etwa für die Königin-Luisen-Kirche und die Gebietsphilharmonie. Umfragen zufolge ist ein Großteil der Bevölkerung gegen eine Übereignung an die ROK. 50 Unterzeichner des offenen Briefs an den russischen Präsidenten, Regierungschef Putin, Patriarch Kyrill, sowie an die Staatsduma, an Gouverneur Zukanow, die Gebietsduma und an die Presse fordern eine Überarbeitung des Gesetzes und eine Korrektur der Übereignungen. Sie begründen dies damit, dass auf ostpreußischem Boden viel Blut vergossen wurde, Kulturdenkmäler zerstört wurden und es lange gedauert habe, bis sie sich als Einheimische und nicht als vorübergehende Bewohner gefühlt hätten. Das, was jetzt vor sich geht, werde das Image der Region stark beschädigen. Für eine Übereignung ehemaliger deutscher Kirchen an die ROK gebe es keinen Grund. Die Unterzeichner fordern, dass der besonderen geopolitischen Lage der Region Rechnung getragen werde und dass insbesondere Objekte, die vor 1945 erbaut wurden, so behandelt werden, wie das Gesetz es vorsieht.



Königsberger: Du sollst nicht stehlen! Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus! Bild: J.T.

Erzbischof Pawel Pecci erinnerte daran, dass die Katholiken des Königsberger Gebiets die Behörden seit 20 Jahren bitten, ihr die katholische Kirche „Heilige Familie“ zu überlassen. Ohne Erfolg. Nach dem neuen Gesetzentwurf würde sie ihnen jedoch rechtmäßig zustehen. Im Gebiet leben über 30 000 Katholiken. Es sind ethnische Litauer, Polen, Westukrainer und Weißrussen.

Der Gesetzentwurf ging vom Ministerium für Wirtschaftsentwicklung der Russischen Föderation aus. Darin heißt es, dass die nach 1917 verstaatlichten Kathedralen, Kirchen, Moscheen, Synagogen und Gotteshäuser anderer Konfessionen an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben werden sollen. An sich ein sinnvolles Vorhaben, das gerade deutsche Vertriebene hellhörig machen kann. Aber noch bevor das Gesetz verabschiedet war, hat die Russisch-Orthodoxe Kirche Anspruch auf zahlreiche Kirchengebäude, darunter auch auf deutsche Ordensburgen und Kirchen im Königsberger Gebiet, erhoben. Dies wurde nur dadurch möglich, dass im Gesetzentwurf der besonderen Situation in der Königsberger Exklave nicht Rechnung getragen wurde. Was für Russland positiv gedacht war, auch völlig sinnvoll erscheint, erweist sich für Grenzregionen mit Vertreibungsgeschichte wie die Königsberger Exklave und Karelien, wo es protestantische Gemeinden gibt, als negativ.

> Der Königsberger Dom bleibt verschont: Merkels Einfluss?

Das Gesetz durchläuft bereits die erste Lesung. In diesem Zusammenhang hatte bereits vor über einem Jahr die Königsberger Diözese der ROK bei der regionalen Agentur für Grundbesitz ihre Ansprüche angemeldet, wohl wissend, dass dieser Gesetzentwurf die Besonderheit des Königsberger Gebiets nicht berücksichtigt. Die Situation verkomplizierte sich dadurch, dass die Kultur- und Bildungseinrichtungen, die in den ehemaligen Kirchen untergebracht sind, ihre Rechte an den Gebäuden verlören, weil das neue Gesetz trotzdem vorsieht, alle diese Gebäude wieder an religiöse Organisationen zu übertragen. Wo die Ruinen ehemaliger Kirchen bereits an die ROK übergeben wurden, erfolgte dies unter der Bedingung, sie zu erhalten oder wieder aufzubauen. In den Fällen, wo die Gebäude für kulturelle und Bildungszwecke genutzt werden, sollen Verträge den bisherigen Nutzern ein Bleiberecht zusichern. Die Kirche stimmte dem zu, wenn die Immobilie dafür in ihr Eigentum überginge. Dies fand im Entwurf des regionalen Gesetzes Niederschlag. Es heißt darin, „das Objekt mit religiöser Zweckbestimmung wird an die Diözese unter der Bedingung übertragen, dass sie das Gebäude sozialen Einrichtungen zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben für die gesamte Dauer des Bestehens dieser Einrichtung kostenlos überlässt“.

Das Thema Kirchenübereignung ging bald über den Rahmen einer regionalen Angelegenheit hinaus. Weil auch das Gebäude, in dem das Donalitius-Museum untergebracht ist, auf der Liste stand, kam es zu Verstimmungen mit Litauen. Der Auswärtige Ausschuss des litauischen Sejm bemängelte, dass die Leitung des Königsberger Gebiets es nicht für nötig gehalten hatte, die litauische Regierung über die Übereignung des Museumsgebäudes an die ROK zu informieren. In einer offiziellen Stellungnahme erklärte das Komitee, dass das Donalitius-Museum das Haus des Kirchenvorstehers der katholischen Kirche sei. Das wiedererrichtete Kirchengebäude wurde nicht für religiöse Zwecke, sondern als ein Teil des Museums genutzt. In der Kirchengruft befinden sich die sterblichen Überreste des Dichters Kristijonas Donelaitis, der sich selber Christian Donalitius nannte. Die ROK hatte zunächst auch den Königsberger Dom im Visier, doch plötzlich bat Patriarch Kyrill die russische Regierung, ihn wieder von der Liste der zu übertragenden Objekte zu streichen. Gerüchten zufolge geschah dies nach einer Unterredung zwischen Wladimir Putin und Angela Merkel, bei der sie sich für das Schicksal des Doms interessiert hatte.

Journalisten wurde während der Dumasitzung der Zugang zum Parlamentsgebäude verwehrt. Aufgrund einer Korrektur durch Gouverneur Zukanow wurde das Donalitius-Museum inzwischen von der Liste gestrichen. Über sein Schicksal soll demnächst erneut beraten werden. Für den Gesetzentwurf stimmten letztlich 29 der 35 anwesenden Abgeordneten, also 83 Prozent.

Diese Tatsache wird sehr unterschiedlich bewertet. Einerseits ist offensichtlich, dass die staatlichen Organe, die ständig über fehlende finanzielle Mittel klagen, ihrer Aufgabe, das architektonische Erbe Ostpreußens zu bewahren, nicht gewachsen sind. Die Übergabe von Architekturdenkmälern in private Hände hat sich bislang nicht bewährt. Die Kirche hat aber in den letzten Jahren den Zustand ihr übereigneter Gebäude mehr oder weniger erhalten. Jedoch erscheint die ROK durch ihr mangelndes Interesse an Gesprächen mit Kirchenvertretern und der Öffentlichkeit nun als raffgierige Immobiliensammlerin. Es drängt sich die Frage auf: Wenn der Staat schon kein Geld hat, um Architekturdenkmäler in einem vernünftigen Zustand zu erhalten, warum übereignet er die Kirchen nicht ihren ursprünglichen Eigentümern, wie im Gesetz vorgesehen? Und woher nimmt die ROK das Geld? *J.T./MRK*

Masuren vor der Wahl

Am 21. November sind in Polen Kommunalwahlen

In Polen herrscht Wahlkampf: Am morgigen Sonntag sind Kommunalwahlen. Bei diesen Wahlen werden die Stadtpräsidenten der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, die Bürgermeister, die Gemeindevorsteher sowie die Stadt- und Gemeinderäte gewählt.

Im südlichen Ostpreußen gibt es drei Städte, die von einem Stadtpräsidenten regiert werden: Allenstein, Elbing und Lyck. Und gerade auf den Wahlkampf dort lenken die Medien ihre größte Aufmerksamkeit.

In Allenstein stellt sich der bisherige Amtsinhaber Piotr Grzymowicz erneut zur Wahl. Seine stärksten Gegner sind seine Vorgänger von 1998 bis 2001 beziehungsweise 2002 bis 2008, Janusz Cichon und Czesław Jerzy Małkowski. Für die Stadträte kandidieren in der Woiwodschaftshauptstadt unter anderem Wojciech Goljat und Tomasz Głazewski von der Bürgerplattform (PO) sowie der junge Sozialdemokrat Bartosz Jasinski.

Die Elbinger haben die Wahl zwischen dem amtierenden Stadtpräsidenten Henryk Słonina, dem bereits von 1994 bis 1998 amtierenden Altpräsidenten Witold Gintowt-Dziewaltowski und Grzegorz Nowaczyk.

> Spannung in Elbing Allenstein und Lyck

Auch der seit 2006 amtierende Stadtpräsident Lycks Tomasz Andrukiewicz möchte sein Amt gerne weiter ausüben. Sein Gegenkandidat ist der jetzige Vizepräsident Wlodzimierz Szelazek.

In der florierenden Gemeinde Stabigotten regiert schon seit 16 Jahren der altbewährte Vorsteher Teodozy Marcinkiewicz. In der Lokalausgabe der „Gazeta Wyborcza“ schreibt Grzegorz Szydłowski zu seiner Kandidatur: „Die einen sind seiner überdrüssig, die anderen wissen seine Verdienste zu schätzen. Es scheint nun, dass vieles davon abhängig sein wird, wie die Bewohner der immer bevölkerungsreicheren Siedlungen an der Grenze zu Allenstein stimmen werden ... Am meisten beklagen sie sich über die schwache Infrastruktur in ihrer Nachbarschaft.“

Die Kommunalwahlen fungierten noch vor einigen Jahren als eine politische Erscheinung zweiten Ranges. Ehrgeizige Lokalpolitiker bewarben sich in erster Linie um die Abgeordnetenposten im Sejm oder im Senat, um in der Landeshauptstadt Warschau endlich Karriere machen zu können. Dabei haben sowohl sie als auch die Wähler in der jungen polnischen Demokratie schon vor langer Zeit eingesehen, dass man in seinem Heimatort häufig viel brauchbarer und erfolgreicher sein kann. *Grzegorz Supady*

Begeisterndes Martinsfest

Memel: Etwa 80 Kinder nahmen mit ihren Eltern oder Lehrern teil

Am 11. November veranstaltete der Verein der Deutschen in Memel wieder ein Martinsfest. Da mehrere Kindergruppen früh Interesse an dem Fest gezeigt hatten, war die Vorbereitung noch intensiver gewesen. Die Kinder malten und bastelten Laternen und lernten deutsche Martinslieder. Etwa 80 Kinder kamen mit ihren Eltern oder Lehrern – viel mehr als erwartet. Der Saal des Simon-Dach-Hauses war fast zu klein.



Bild: Miuller

Gut gewappnet für das Fest: Kinder mit ihren Laternen

Nach einer kurzen Einführung von gesungenen Martinsliedern gingen die Kinder mit ihren Laternen über die Altstadt und den Marktplatz bis zur Diakonie, Autofahrer und Passanten bewunderten den „leuchtenden“ Umzug. Die Kinder waren sehr stolz und sangen auch beim Gehen die gelernten Lieder. Bei der Diakonie war man schon auf die Kleinen vorbereitet. Alle bekamen Heißgetränke, Kekse und natürlich den Hefemartin.

Die Organisatoren sind stolz, dass der „deutsche“ Martinstag so viel Interesse und Begeisterung in den nahen Grundschulen und Kindergärten geweckt hat. Viele haben sich schon jetzt für das nächste Jahr angemeldet.

Das schöne Fest wurde vom Bundesministerium des Innern gefördert. Zum Unterstützerkreis gehörten außerdem die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM), die Helfer des Diakonischen Werks „Sandora“ und der Jugendförderverein Lübeck-Klaipeda. *Rasa Miuller*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

in diesen Tagen zwischen Volkstrauertag und Totensonntag gehen die Gedanken noch stärker zurück zu denjenigen, die nicht mehr unter uns sind. Vor allem, wenn wir nicht an ihre Gräber treten können oder nicht einmal wissen, wo diese sind. Noch immer ist das Schicksal von 1,1 Millionen Soldaten ungeklärt, noch immer erreichen jährlich über 15 000 Anfragen die Wehrmachtsauskunftsstelle (WASt) im Berliner Bezirk Reinickendorf, wo 18 Millionen Schicksale dokumentiert sind. Vielleicht liegen hier auch die Angaben über den leiblichen Vater von **Horst Ulrich**, und der Sohn weiß es nicht, kann es nicht wissen, weil er keine Namen nennen kann. Horst Ulrich bezeichnet sich auch jetzt noch im Rentenalter als „Findelkind", denn dieses Wort hat sein ganzes Leben bestimmt – bis heute. Und führt ihn nun auf den Weg zu uns, zur Ostpreußischen Familie, in der Horst Ulrich den letzten Hoffnungsträger sieht. Denn eines scheint gewiss zu sein: Horst Ulrich stammt aus Ostpreußen.

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Bild: Pawlik

Auf der Homepage des heute etwa 68-Jährigen sind die einzigen Anhaltspunkte angegeben, auf die sich seine jahrzehntelange Suche nach seiner Herkunft stützt. Unter www.horst-ulrich.de steht zu lesen: „Suche noch heute Angehörige/Eltern, komme aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Ich bin im Frühjahr 1945 vermutlich aus dem Raum Pillau als Kleinkind nach Westdeutschland in das Kreiskinderheim Kirchwalsede bei Rotenburg/Wümme eingeliefert und dann von der Familie Ulrich adoptiert worden. Name: ‚Horst' Ulrich (angenommen). Ob der Vorname Horst stimmt, ist nicht erwiesen. Das Geburtsdatum, 25. Mai 1942, wurde geschätzt. Wer kann nach so langer Zeit noch helfen?"

Das waren die einzigen Angaben, die ich von Herrn Ulrich aus Stemmen erhielt, als er sich auf den Rat unseres Landsmannes **Dietmar Wrage** an mich wandte und mir unruhige Stunden bereitete. Was sollte ich mit diesen wenigen und unsicheren Angaben anfangen? Also griff ich zum Telefonhörer, und ein langes Gespräch mit Herrn Ulrich erbrachte einige neue Ansatzpunkte, mehr aber auch nicht. Aber immerhin die Gewissheit, dass ich es mit einem Menschen zu tun hatte, der in unserer Heimat geboren wurde und das Kind ostpreußischer Eltern ist. Leider hat Horst Ulrich keinerlei Erinnerungen an seine frühe Kindheit, sie setzen erst zur Zeit seiner Adoption ein, die 1947 erfolgte. Man kann annehmen, dass er bei der Einweisung in das Kinderheim in der Nordheide jünger war, als es das später festgesetzte Geburtsdatum schließen lässt. Als das Kind am 11. März 1945 in dem bei Rotenburg gelegenen Heim eintraf, muss es schon längere Zeit unterwegs gewesen sein. Es soll mit einem NSV-Kindertransport von Ostpreußen (Pillau?) über Danzig in den Westen gekommen sein, wie ich beim nochmaligen Nachfassen heraus bekam. Der Junge hatte keine Begleitpapiere, kein Namensschild, nichts was ihn ausgewiesen hätte. Das letzte Kriegsgeschehen überrollte auch die Lüneburger Heide und verhinderte jede Nachforschung. Er soll gesagt haben, dass er mehrere Geschwister habe und erwähnte einen jüngeren Bruder, der noch nicht laufen konnte. Es könnte aber auch sein, dass er damit Kinder meinte, die mit ihm auf dem Transport oder in einem anderen Heim zusammen waren. Ob er sich selber damals „Horst" genannt hat, ist nicht bewiesen, aber anzunehmen. Der Junge soll oft auf einem Zaunpfahl gesessen und gesagt haben, er hieße Horst und warte darauf, dass man ihn abhole. Das kann darauf hindeuten, dass er dies auch schon früher getan hat.

Nach der 1947 erfolgten Adoption durch das Ehepaar Ulrich aus Rotenburg wurde der Junge unter dem neuen Namen im Suchdienst des DRK geführt, aber auch auf dem 1949 ausgestellten Ermittlungsbogen waren nur die wenigen bekannten Angaben vorhanden. Horst wird 1949 als 1,10 Meter großer Junge von zartem Körperbau, mit braunen Augen und dunkelblondem Haar beschrieben, körperliche Merkmale seien nicht vorhanden, was die Suche nach den leiblichen Eltern natürlich erschwerte. 1963 wurde die Suche eingestellt, da der Adoptivvater meinte, dass sich nun weitere Nachforschungen erübrigten. In der Akte wurde vermerkt, dass die Bearbeitung erst dann wieder aufgenommen werden könnte, wenn sich Horst Ulrich selber um die Klärung seiner Herkunft bemühte. Die erfolgte auf Wunsch des erwachsenen „Findelkindes" im November 1980. Seit 30 Jahren sucht nun Horst Ulrich nach leiblichen Eltern oder Geschwistern. Es hat Vergleiche mit anderen Kindern aus dem vermuteten Herkunftsland, aus dem Raum Samland, Natangen, Ermland, gegeben, Gen-Analysen wurden erstellt und es gab sogar Frauen, die glaubten, in Horst ihren vermissten Sohn zu finden. Nachforschungen in dem ehemaligen Kinderheim trugen nur zur Verwirrung bei. So meinte eine ehemalige Betreuerin, die Horst ausfindig machte, das Kind sei mit einem Panzer von der Wehrmacht gebracht worden. Eine Namensliste der auf dem Transport befindlichen Kinder, die weiterhelfen könnte, ist nicht mehr vorhanden. Horst blieb bis heute das „Findelkind" – so wie er auch von anderen Kindern in seinem neuen Lebenskreis gerufen wurde, und das hat sehr geschmerzt, obgleich die Adoptiveltern ihm Geborgenheit gaben.

Das ist also die Geschichte des Findelkindes Horst, eines von den ungelösten Schicksalen verlassener Flüchtlingskinder, in das wir wahrscheinlich auch kein Licht bringen werden. Aber versuchen wollten wir es und haben hiermit den ersten Schritt getan. Vielleicht gibt es Leserinnen oder Leser, die mit diesem oder einem ähnlichen Transport in den Westen gekommen sind oder sogar auch im Kinderheim Kirchwalsede waren? Wer sich mit Horst Ulrich in Verbindung setzen will, hier ist seine Anschrift: Lemkuhle 5 in 27389 Stemmen, Telefon (04267) 556.

Der Fall beschäftigt mich besonders, weil er mich an ein „Findelkind" erinnert, dessen Schicksal ich klären konnte, lange bevor es die Ostpreußische Familie gab. Es war im November 1950, also genau vor 60 Jahren. Ich war damals in der Redaktion der „Landeszeitung für die Lüneburger Heide" tätig und sollte eine Reportage über ein Lüneburger Kinderheim machen. Es handelte sich vor allem um Flüchtlingskinder, die von ihren Angehörigen getrennt wurden oder die verwaist waren und nun auf eine Adoption warteten. Die Heimleiterin wies auf einen größeren Jungen hin und sagte: „Das ist unser Österreicher, morgen kehrt er in seine Heimat zurück." Ich stutzte – Österreicher? Wie kam dies Kind in die Lüneburger Heide? Behutsam näherte ich mich dem Jungen und sah in ein Gesicht, das mir irgendwie vertraut vorkam. Die hellen Augen, das glatte, blonde Haar, das flächige Gesicht – so sahen viele Kinder in meiner Heimat aus. Der Junge wirkte scheu, er antwortete kaum auf meine Fragen, aber ich konnte den wenigen Worten entnehmen, dass es kein österreichischer Dialekt war. Dann kam mir eine Idee. Ich fragte, was er gerne zu Hause gegessen hätte? Klunkermus vielleicht? Er nickte leicht verwirrt. Ich fragte weiter in ostpreußischer Mundart, versuchte Erinnerungen zu wecken, die auf eine vielleicht nur für mich erkennbare Resonanz stießen. Aber schließlich stand für mich fest: Dieses Kind stammt aus Ostpreußen. Ich fragte die Leiterin, warum Werner als Österreicher geführt wurde. Nun, Papiere hätte er nicht, aber das sage er selber, er konnte ja seinen Namen und seinen Wohnort Salzburg nennen. Da fiel es mir wie Schuppen von den Augen: Das musste Hohensalzburg im Kreis Tilsit-Ragnit sein. Das ehemalige Siedlungsdorf der Salzburger Einwanderer hieß früher Lengwethen, wurde 1938 umbenannt, ich kannte es, wir hatten dort einmal Verwandte besucht. Diese Erklärung führte dazu, dass Werner zuerst einmal in dem Heim verblieb und ich mit mehreren Artikeln, die auch im *Ostpreußenblatt* und in einer großen Illustrierten erschienen, nach seiner Familie forschte – die sich schnell fand! Zwar lebten die Eltern nicht mehr – Vater gefallen, die Mutter umgekommen –, aber ein älterer Stiefbruder wohnte in Westfalen. Dort fand Werner sein Zuhause und war glücklich in seiner wieder gefundenen Kindheit, wie ich feststellen konnte, als ich ihn einige Monate später besuchte. – Vielleicht hätte ich auch zur Klärung des kleinen Horst beitragen können, wenn ich ihm damals begegnet wäre. Jetzt soll es unsere Ostpreußische Familie tun!

Wenn wir von diesen Schicksalen lesen, fallen uns die „Wolfskinder" ein, die bei Kriegsende aus dem Inferno des brennenden, zerstörten Ostpreußen nach Litauen geflüchteten eltern- und heimatlosen Kinder, die damals zwischen zwei und 14 Jahren alt waren. Sie sind dort geblieben und haben – zumeist ohne ausreichende Schulbildung und berufliche Qualifikation – kein leichtes Leben gehabt, aber schwerer als die physische Belastung wirkte die seelische, denn sie fühlten sich jahrzehntelang von Deutschland vergessen. Nicht aber von den Menschen ihrer engeren Heimat, von Ostpreußen, die immer wieder versuchten, Brücken zu schlagen, obgleich alle Bemühungen, finanzielle Hilfe vom deutschen Staat für die Wolfkinder zu erwirken, fehlschlugen. Besonders bemühte sich der langjährige Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Herr **Wilhelm von Gottberg**, um die Verbindung zu dem baltischen Land, das die damals Herumirrenden auffing und ihnen Bleibe und Nahrung gab – „Wolfskinder" heißen sie deshalb, und mit dieser Bezeichnung wurden sie für viele Deutsche zum Begriff. Eine besondere Hilfe wurde ihnen aber durch eine in den 90er Jahren gestartete Aktion des damaligen Vorsitzenden der Deutsch-baltischen Parlamentariergruppe, **Wolfgang Freiherr von Stetten**, mit eigenen und im Freundeskreis gesammelten Spenden zuteil. Die Wolfskinder fassten wieder Mut, und dieser beflügelte den Initiator der Aktion, eine umfangreiche Spendenwerbung ins Leben zu rufen, die den Wolfskindern eine kleine finanzielle Unterstützung sichern sollte, da alle Versuche, eine finanzielle Hilfe vom deutschen Staat zu erreichen, gescheitert waren. Der Titel der Aktion „100 Litas pro Monat" erklärte das vorgegebene Ziel, diesen Betrag, der etwa 35 Euro entspricht, jedem Wolfskind monatlich zukommen zu lassen. Das war bald erreicht, der Festbetrag konnte sogar auf 75 Euro erhöht werden, hinzu kamen noch Sonderzahlungen. Und nun teilte mir Frau **Anita Motzkus**, die selber Wolfskinder aus ihrem Heimatkreis Gerdauen mit betreut und mit Herrn von Stetten zusammen arbeitet, erfreut mit, dass aufgrund der gestiegenen Spenden der monatliche Betrag auf 100 Euro erhöht werden konnte. Anita Motzkus schreibt: „Zu diesem Erfolg haben mit Spenden und Übernahme von Patenschaften das große Umfeld von Schloss Stetten, zu dem unter anderem Rotarierer und Johanniter gehören, und viele Privatpersonen beigetragen, nicht zuletzt auch unsere Leser und Leserinnen mit zum Teil sehr großzügigen Zuwendungen. Besonders erfreulich sind auch die überraschend hohen Spenden von Einzelpersonen anlässlich von Feiern und Jubiläen. In diesem Jahr hat ein Ehepaar, Bewohner der Residenz Schloss Stetten, ehrenamtlich die Betreuung der Spendenaktion übernommen. Das ist eine große Hilfe und ermöglicht auch weiterhin, jeden gespendeten Euro 1:1 für die direkte Unterstützung einzusetzen." Und der Initiator der Aktion, die jetzt eigentlich in „100 Euro pro Monat" umbenannt werden könnte, ergänzt diese erfreuliche Bilanz mit seinem Dank an die Spender. „Dieses großartige Engagement hat den nun rund 90 Wolfskindern in dem von der Wirtschaftskrise heftig gebeutelten Litauen gut getan", sagt der heutige Honorarkonsul der Republik Litauen. (Information: Schloss Stetten, 74653 Künzelsau, Telefon 07940/126-0.)



Horst Ulrich Bild: privat

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Würdige Aussegnung

Abschied von den Toten aus Marienburg – Feier in Neumark

Am 21. Oktober wurde der 109. Sarg mit sterblichen Überresten von Toten aus Marienburg im Rahmen einer schlichten, aber würdigen Aussegnungsfeier auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Neumark bei Stettin (Stare Czarnowo) beigesetzt. Das unbekannte Opfer war zuvor am gerichtsmedizinischen Institut Danzig untersucht worden, die feierliche Bestattung erfolgte zusammen mit weiteren 22 zivilen Toten aus Bukowitz im Kreis Schwetz und 558 militärischen Toten. Die Opfer aus Bukowitz konnten erst auf konkrete Hinweise von heute bei Bonn lebenden Angehörigen dank des örtlich zuständigen Umbetters Wolfgang Dietrich und seiner Mannschaft in Polen nach langjährigen Bemühungen aus einem Massengrab exhumiert und nun auch im Beisein der Familienmitglieder beigesetzt werden.

Die Gesangruppe „Sedina" der deutschen Volksgruppe aus Stettin hat sehr zum Gelingen dieser fast familiär wirkenden Aussegnungsfeier mit etwa 100 Teilnehmern beigetragen. Nach Kurzansprachen des Vertreters des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V., des stellvertretenden Brigadekommandeurs der Panzergrenadierbrigade 41 aus Torgelow und des Heimatkreisvertreters Marienburg vollzog Oberkonsistorialrat a.D. Dr. Siegfried Plath aus Koserow die christliche Aussegnung der Toten.

Mit den zivilen Opfern aus dem Massengrab bei der Marienburg haben nunmehr insgesamt 18 172 Tote auf dieser deutschen Kriegsgräberstätte ihre Ruhestätte gefunden, die ganzjährig durch den deutschsprechenden Piotr Nycz (Telefon 004850-4785046) betreut wird. „Mit dieser Aussegnungsfeier hat nach meiner Einschätzung das traurige Kapitel der Toten von Marienburg nach fast zwei Jahren grundsätzlich ein friedvolles Ende gefunden", erklärte der Heimatkreisbetreuer von Marienburg, Bodo Rückert, und erwähnte gegenüber der *PAZ* auch offene Fragen im Umgang mit dem Massengrab. Im gemeinsamen Interesse der Bürger der heute polnischen Stadt und der deutschen Marienburger hoffe er, „dass recht bald doch noch die Identität der Toten von Marienburg bestimmt werden kann".

Die politischen Verantwortlichen der Stadt Marienburg, so Rückert, seien „unabhängig davon an ihre gegenüber nationalen und internationalen Medien mehrfach kundgetanen Zusagen erinnert, am Ort des ehemaligen Massengrabes eine mehrsprachige Gedenktafel zur Erinnerung an die über 2000 geborgenen Toten aufzustellen". *EB*

Ehrenbürgerschaft

Auspitz in Südmähren ehrt den Historiker Franz Machilek

Der Stadtrat von Auspitz hat mit Franz Machilek einem ehemaligen deutschen Bewohner für seine historischen Arbeiten über die Stadt die Ehrenbürgerwürde verliehen.

Auspitz in Südmähren, das erstmals 1303 urkundlich erwähnt und 1572 von Kaiser Maximilian II. zur Stadt erhoben wurde, kann auf eine von Deutschen geprägte Geschichte von mindestens 650 Jahren zurückblicken. Zu den berühmten Bürgern der Stadt zählen Wenzel Freiherr von Ebner-Eschenbach (1743–1820), der Schwiegervater der Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach, und die Schriftstellerin Ilse Tielsch. Sie wurde 1929 geboren, lebt heute in Wien und hat in den Jahren 1980 bis 1988 eine Romantrilogie über die Vertreibung der Deutschen aus Mähren geschrieben.

Franz Machilek

Nun ist einem deutschen Historiker und Erforscher der böhmisch-mährischen Geschichte die Ehrenbürgerwürde von Auspitz verliehen worden: Prof. Dr. Franz Machilek, Emeritus der Universität Bamberg und 1934 in Auspitz geboren. Er hat 1953 in Augsburg das Abitur abgelegt, dort Philosophie, Theologie, Germanistik und Geschichte studiert und dieses Studium in Dillingen an der Donau und München fortgesetzt. 1963 promovierte er in München, seine Dissertation erschien 1967 unter dem Titel „Ludolf von Sagan und seine Stellung in der Auseinandersetzung um Konziliarismus und Hussitismus". Von 1964 bis 1966 besuchte er die Archivschule in München, war dann Mitarbeiter verschiedener Archive, habilitierte sich in Bamberg und lehrte dort seit 1989 Mittelalterliche Geschichte. Er ist Mitglied des „Collegium Carolinum", der „Historischen Kommission für die böhmischen Länder" und der „Historischen Kommission für Schlesien".

Grund für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde sind zum einen Machileks Forschungen zur Geschichte der böhmischen Länder, zum andern und vor allem aber seine Mitarbeit an dem 775 Seiten starken Band zur Stadtgeschichte Auspitz. Die Zustimmung des 21-köpfigen Stadtrats zu dieser Ehrung erfolgte einstimmig. Jetzt kann man nur hoffen, dass tschechische Amtsträger auch anderswo auf ihre ehemaligen Landsleute, die 1945/46 vertriebenen Sudetendeutschen, zugehen und die zur Versöhnung ausgestreckte Hand ergreifen.

Jörg Bernhard Bilke

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Buchholz, Reinhold, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, jetzt Siedlerweg 7, 48599 Gronau, am 25. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, jetzt Nußberg 23, 24326 Ascheberg, am 23. November

Janson, Annemarie, geb. **Gruber**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Hagedornstraße 18, 20149 Hamburg, am 28. November

Zielasko-Dubies, Liesel, aus Treuburg, Bahnhofstraße 15 und Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 102, jetzt Mittelstraße 11, 33602 Bielefeld, am 27. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Henke, Ida, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Adam-Rückert-Straße 15, 64372 Ober-Ramstadt, am 25. November

Wegner, Frieda, geb. **Hartwig**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Bauweg 8, 48465 Schüttorf, am 27. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brandt, Ida, geb. **Kaleyta**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 9, 15518 Falkenberg, am 24. November

Hoffmann, Elfriede, geb. **Zimmermann**, aus Königsberg, jetzt Bergstraße 35c, Diakonie Wohnstift, 49076 Osnabrück, am 28. November

Ott, Grete, geb. **Rosengart**, aus Prostken, Hauptstraße 45, Kreis Lyck, jetzt Schwarzwaldstraße 60, 58093 Hagen, am 25. November

Prinzen, Ruth, geb. **Schneider**, aus Tilsit, Birkenweg 1, 25938 Wyk auf Föhr, am 26. November

Scheffler, Erna, geb. **Ehrenhardt**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Johanniterstraße 5, 10961 Berlin, am 22. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Warnat, Siegfried, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Oraniensteinerstraße 84, 65582 Diez, am 29. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grust, Frieda, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Pfarrfelderweg 1, 01833 Stolpen, am 26. November

Siegmund, Erna, geb. **Schwermer**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Römerstraße 12, 97475 Zeil, am 28. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Alexander, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Pettenkoferstraße 21, 87439 Kempten, am 26. November

Eutebach, Hiltrud, geb. **Szelespusa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Burgstraße 74, 57518 Betzdorf, am 23. November

Wichmann, Walter, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Rigaer-Straße 8, 21337 Lüneburg, am 28. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gill, Gertrude, geb. **Knott**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Auf der Wohrt 8, 30926 Seelze, am 23. November

Günther, Dipl. Ing. Herbert, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Kevelohstraße 31, 45277 Essen, am 23. November

Kohl, Margarete, geb. **Turowski**, verw. **Karrasch**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Hausstockweg 57, Wohnstift Otto Dibelius, Appartment 402, 12107 Berlin, am 25. November

Schlusnus, Dr. Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Johann-Werner-Straße 6, 82131 Gauting, am 28. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Chmielewski, Ilse, geb. **Orlowski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Karl-Lippert-Stieg 1, Parkresidenz, 22391 Hamburg, am 22. November

Domscheit, Christel, aus Försterei Ostau, Kreis Ortelsburg, jetzt Grelckstraße 40, 22529 Hamburg, am 24. November

Franke, Charlotte, geb. **Mattern**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Am Gasselberge 15, 99510 Pfiffelbach, am 27. November

Ipach, Gerda, geb. **Mrotzek**, aus Treuburg, Markt 33/34, jetzt Breite Straße 26, 76135 Karlsruhe, am 25. November

Quast, Charlotte, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, jetzt Mühlengraben 16, 31134 Hildesheim, am 27. November

Reinicke, Helene, geb. **Kossat**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, jetzt Mittenfeldstraße 7, 70499 Stuttgart, am 26. November

Schlegel, Hildegard, geb. **Gliemann**, aus Lyck, jetzt Stettener Straße 35, 71394 Kernen im Remstal, am 24. November

Strusch, Herta, geb. **Willuda**, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Schollstraße 11, 50354 Hürth, am 23. November

Trojanzik, Ernst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt Magdeburger Straße 15, 01067 Dresden, am 25. November

Informationsbroschüre

Hamburg – Unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach tagte 2009 der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa“ (*PAZ/OB* berichtete). Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Slubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“ vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa“ widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400891, Fax -50

Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, jetzt Maintalstraße 13, 81243 München, am 24. November

Wernikowski, Gertrud, geb. **Zemke**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Elbinger Straße 16, 45731 Waltrop, am 25. November

Wronski, Hildegard, geb. **Tzichy**, aus Steinhof, Kreis Sensburg, jetzt Hermann-Nohl-Straße 2, 33330 Gütersloh, am 28. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt St.-Georg-Straße 6, 50859 Köln, am 23. November

Ebeling, Margarete, geb. **Nieswandt**, aus Moritzruhe, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiesengrund 11, 31707 Heeßen/Bad Eilsen, am 23. November

Franke, Gertrud, geb. **Lemke**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Steller Straße 24, 28259 Bremen, am 26. November

Götze, Hildegard, geb. **Lasarzik**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Charlottenstraße 97, 30449 Hannover, am 25. November

Klein, Waltraud, geb. **Littek**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 7, 57572 Niederfischbach, am 25. November

Laun, Hedwig, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Haardter Straße 6, 67433 Neustadt an der Weinstraße, am 27. November

Sindermann, Martha, geb. **Wottke**, aus Schulstein, Kreis Königsberg und Fischhausen, jetzt Kirchweg 9, 32107 Bad Salzuflen, am 24. November

Wattenberg, Margarete, geb. **Preuß**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Feldmarkstraße 76, 45883 Gelsenkirchen, am 28. November

Zalenga, Kurt, aus Neidenburg, jetzt Gabelsbergerstraße 9, 24148 Kiel, am 25. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ackermann, Lisette, geb. **Reiser**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Seeweg 8, c/o Ulrich Reiser, 24259 Westensee, am 24. November

Beister, Robert, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Landstraße 12, 38229 Salzgitter, am 26. November

Domnick, Frieda, geb. **Trompell** aus Königsberg, Alter Ostbahnhof 6, jetzt Fruerlandhof 87a, 24943 Flensburg, am 24. November

Gaunitz, Edith, geb. **Faust**, aus Königsberg, Oberhaberberg 67, jetzt Heinrich-Freiträger-Straße 5, 01662 Meißen, am 26. November

Heidemann, Stefan, aus Lötzen, jetzt Königsberger Straße 27, 38642 Goslar, am 24. November

Heumann, Günther, aus Neidenburg, jetzt Marktplatz 25, 94493 Ortenburg, am 22. November

Jelonnek, Erwin, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Dorfstraße 7, 82398 Polling, am 25. November

Kalwa, Elfriede, geb. **Bublies**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, und Angerapp, jetzt Rigiweg 5, 78098 Triberg, am 26. November

Kowalewski, Helmut, aus Lyck, jetzt Hohenzieritzer Straße 19, 17235 Neustrelitz, am 28. November

Leppin, Olga, geb. **Krüger**, aus Gutenborn, Kreis Lyck, jetzt Ackerhof 2, 17373 Ueckermünde, am 24. November

Marx, Irmgard, geb. **Soboloewski**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, jetzt Peterstraße 19, 42499 Hückeswagen, am 23. November

Mehlis, Christa, geb. **Schlick**, aus Kuttenhof, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 06895 Weddin / Lutherstadt Wittenberg, am 26. November

Mikoteit, Hildegard, geb. **Sadlowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Rott 21, 49152 Bad Essen, am 28. November

Moyseszyk, Ursula, aus Treuburg, jetzt Markt 61, 14469 Potsdam, am 27. November

Redepenning, Erna, geb. **Braunsberg**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Karl-Leisner-Straße 44, 47608 Geldern, am 28. November

Schwartzkopf, Günther, aus Lötzen, jetzt Camberger Straße 12, 65618 Selters Haintchen, am 25. November

Stachorra, Emma, geb. **Dahlmann**, aus Neidenburg, jetzt Theodor-Bruck-Straße 18, 13125 Berlin, am 27. November

Tutlies, Ilse, geb. **Hotopp**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Wientapperweg 9d, 22589 Hamburg, am 26. November

Winkler, Ilse, geb. **Glitza**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Glück-Auf-Straße 13, 38228 Salzgitter, am 26. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arendt, Willi, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Kantorstraße 31, 06842 Dessau, am 23. November

Auschra, Helmut, aus Achtfelde/Ragnit, Fichtenfließ, Kreis Tilsit-Ragnit, und Timmstern/Natkischken, jetzt Witwe-Bolte-Weg 57A, 28329 Bremen, am 26. November

Babbel, Hilde, geb. **Gawer**, aus Gauleden, Gauleden-Palwe, Kreis Wehlau, jetzt Am Berger Hof 24, 50769 Köln, am 26. November

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Bahr, Gerhard, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kulenkampffallee 193, 28213 Bremen, am 25. November

Bartsch, Regina, geb. **Lammers**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, jetzt Antoniusstraße 44A, 48268 Greven, am 26. November

Boé, Heinz, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Woge 1, 31787 Hameln, am 25. November

Czerwinski, Oswald, aus Lyck, jetzt Lerckenweg 4, 53757 Sankt Augustin, am 27. November

Dargel, Grete, geb. **Kallnich**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Dillinger Straße 7, 78176 Blumberg, am 22. November

Drews, Irmgard, geb. **Jorzick**, aus Sareiken, Kreis Lyck, jetzt Henningsoll 1, 23730 Neustadt, am 27. November

Duziak, Christel, geb. **Bialluch**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Beethovenstraße 10, 41844 Wegberg, am 24. November

Genzik, Renate, geb. **Rudzio**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Lönsstraße 8, 38667 Bad Harzburg, am 28. November

Gieseler, Hildegard, geb. **Hinz**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, jetzt Dodendorferstraße 2, 39171 Osterweddingen, am 23. November

Gilberg, Edith, geb. **Taubert**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Osteroderstraße 30, 47259 Duisburg, am 24. November

Jung, Charlotte, geb. **Krüger**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Weisser Weg 24, 38690 Vienenburg, am 23. November

Katzmarzik, Johanna, aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Giessener Straße 36a, 35444 Biebertal, am 28. November

Kniffka, Heinz, aus Paaris, Kreis Rastenburg, jetzt Sudetenstraße 3, 37235 Hessisch-Lichtenau, am 22. November

Krause, Hann, geb. **Losch**, aus Neidenburg, jetzt Saseler Kamp 13a, 22393 Hamburg, am 25. November

Lojewski, Werner, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, jetzt Mittelgasse 4, 66504 Ottenbach, am 26. November

Menzel, Hedwig, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Mozartstraße 2, 47506 Neukirchen, am 25. November

Menzel, Manfred, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Mozartstraße 2, 47506 Neukirchen, am 25. November

Müller, Heinz, aus Altkirch, Kreis Ortelsburg, jetzt Sandweg 29, 45659 Recklinghausen, am 25. November

Nowitzki, Alfred, aus Bunshausen, Kreis Lyck, jetzt Hermann-Otto-Straße 11, 31079 Adenstedt, am 25. November

Opalla, Rita, geb. **Sotzek**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Von-Bergmann Straße 10, 49811 Lingen, am 26. November

Oschetzki, Edith, aus Lyck, Litzmannstraße 6, jetzt Kampstraße 55, 44137 Dortmund, am 24. November

Preuß, Ilse, geb. **Kastropetsch**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, jetzt Westerlandstraße 8, 22047 Hamburg, am 24. November

Rohmann, Herbert, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Rostocker Straße 11, 59427 Unna-Massen, am 27. November

Sablitzky, Günther, aus Roddau Perkuiken, Roddau, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelm-Nabe-Straße 5, 59077 Hamm, am 27. November

Schönknecht, Ernst, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Eichendorffstraße 13, 41352 Korschenbroich, am 22. November

Traeger, Karlheinz, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt An der Gredl 6, 91171 Greding, am 22. November

Wittenbecher, Elfriede, geb. **Sauter**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Sixti 28, 06217 Merseburg, am 28. November

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 19. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Nicht alle waren Mörder.

Freitag, 19. November, 21.50 Uhr, Hessen: Östlich der Oder – Durch die Neumark.

Freitag, 19. November, 21.50 Uhr, Phoenix: Überleben im Versteck.

Freitag, 19. November, 22.50 Uhr, Arte: Menschen als Versuchstiere – Die Tricks der Pharmafirmen „Freiwillige“ zu rekrutieren.

Sonnabend, 20. November, 20.15 Uhr, Arte: Der erste Kaiser von China (1/2).

Sonnabend, 20. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Bismark – Kanzler und Dämon (1/2).

Sonnabend, 20. November, 21 Uhr, Phoenix: Bismark – Kanzler und Dämon (2/2).

Sonntag, 21. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 21. November, 20.15 Uhr, Arte: Stalingrad.

Sonntag, 21. November, 22.35 Uhr, Arte: Helden ohne Heimat – Kriegsheimkehrer nach 1945.

Sonntag, 21. November, 23.50 Uhr, Arte: Der Auftragskiller – Zimmer 164.

Montag, 22. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Gustloff – Hafen der Hoffnung.

Montag, 22. November, 0.40 Uhr, Phoenix: Die Gestapo.

Dienstag, 23. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Die Gustloff – Hafen der Hoffnung.

Dienstag, 23. November, 20.15 Uhr, ZDF: Die Deutschen 2 – Karl IV. und der Schwarze Tod.

Dienstag, 23. November, 22.05 Uhr, N24: Die CIA und die Nazis.

Dienstag, 23. November, 23.05 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.

Mittwoch, 24. November, 20.15 Uhr, Arte: Philippe Pétain.

Mittwoch, 24. November, 23.30 Uhr, ARD: Tot in Beirut – Das Attentat auf Rafik Hariri.

Freitag, 26. November, 20.15 Uhr, Hessen: Östlich der Oder – Durch die Neumark.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Treffen der Braunsberger – Am Sonnabend, 27. November, 14 Uhr, einen Tag vor dem ersten Advent findet das Treffen der Braunsberger im Hotel Handelshof, Friedrich-Straße 15, Mülheim, statt. Ein vorweihnachtliches Beisammensein erwartet alle Besucher und Gäste, zu dem die Vorsitzende Hildegard Lemmer ganz herzlich einlädt. Zu diesem Treffen wird der Kreisvertreter Manfred Ruhnau wieder anwesend sein.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Fehlerteufel – In den Bericht über das Kreistreffen hatte sich leider ein Fehler eingeschlichen. Sabine Lüchau ist nicht „stellvertretende Kreispräsidentin“ sondern bekleidet das Amt der Stadtpräsidentin.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gesamtdeutsches Heimatreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen 2011 – Wie bisher finden auch 2011 zwei Gesamtdeutsche Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen in dem an der B 191 gelegenen Landhotel in Spornitz statt. Zu dem im Frühjahr vorgesehenen 37. Heimattreffen am Sonnabend, 30. April 2011, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr, laden wir alle Gumbinner herzlich ein. Das vorweihnachtliche 38. Heimattreffen wird am Sonnabend, 19. November 2011, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr im Hotel Spornitz, nahe Parchim, stattfinden. Hierzu sind alle Landsleute herzlich eingeladen. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreussen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die alte Heimat werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, so dass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt, gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefon (038726) 880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon, AB und Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. komm. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (0481) 84224 Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Bericht zum Brandenburg Sondertreffen in Rotenburg / Wümme – In Rotenburg an der Wümme kamen nun schon zum elften Mal die Brandenburger zu einem Wochenende bei bester Laune zusammen. Eingeladen hatten die beiden Kirchspielvertreter H.-H. v. Platen und E. Perbandt zu diesem nun schon traditionellen Treffen, dem trotz einiger schmerzliche Absagen „altgedienter Teilnehmer“ doch letztlich wieder 44 Personen gefolgt waren. Neu war dieses Jahr, dass das Nachbarkirchspiel Pörschken mit aufgefordert war, auch an unserem Treffen teilzunehmen. Gefolgt waren diesem Aufruf, trotz dreier krankheitsbedingter Absagen sechs Pörschkener, die sich auch auf Anhieb mit den Brandenburgern bestens verstanden haben. Wir werden auch für die Zukunft unser Sondertreffen in Rotenburg weiterführen, immer Anfang Oktober. Der Treffpunkt und das Personal sind ideal, alle sind freundlich und stets hilfsbereit, wir haben einen Raum für uns alleine, in dem wir alles liegen lassen können, es liegen hier ja doch immer viele Bilder und Pläne auf den Tischen. Ein Programm brauchen wir hier nicht, die Zeit verfliegt mit Plachandern aus alter und neuer Zeit immer so schnell, und ehe man es sich versieht ist es wieder Sonntag und Zeit für den Heimweg. So Gott will werden wir uns nächstes Jahr wieder hier Treffen, versprochen.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (02234) 71906, Am Clarenhof 18, 50859 Köln.

Treffen der Kreisgemeinschaft Heilsberg (Fortsetzung aus Folge 45) An dieser Stelle in eigener Sache: Über Ihre Reaktion, Leserbriefe und eventuelle Beiträge würden wir uns sehr freuen. Aber ebenso darüber, wenn Sie den Überweisungsträger im Heimatbrief seiner „Bestimmung“ zuführen würden. Herzlichen Dank im Voraus! Zurück zu unserem Treffen: Als Vertreter der angereisten Landsleute aus Heilsberg (Lidzbark Warminski) übermittelt Gerard Wichowski, Grüße und Wünsche aus der Heimat. Er erzählt über die vielen neuen Vorhaben dort und lädt zum erneuten Besuch nach „Bad Heilsberg“, – ja, Heilsberg wird Bad! – herzlich ein. Jedes Mitglied von ihnen sei in Heilsberg für uns gerne ansprechbar. Auch hier: danke sehr! **Erwin Poplen, unser „Heimatbildarchiv-Konstrukteur“**, wiederholt sein bereits früher vorgetragenes Anliegen und beginnt mit einem Gedicht von Erwin Eberlein „Wir sind die Letzten“. Es geht zu Herzen und das soll es auch. „Bilder sind Zeugen“, hören wir von ihm, „aber, wie lange wird es noch Menschen geben, die bei den Begriffen Ostpreußen, Ermland, Kreis Heilsberg noch eigene Bilder und Gefühle im Kopf haben? Bilder sind mächtig. Sie werden älter und leben länger als wir Menschen ...Wer wird die Erinnerung nach uns anstoßen, wenn nicht Bilder?!“ Lesen Sie im Heimatbrief Seite 135 seinen eindringlichen Aufruft Schreiben Sie ihm, denken Sie an jene, denen Sie später, viel später etwas Sichtbares hinter1assen können! Dann nämlich, wenn wir nicht mehr „die Letzten“ sind: Erwin Popien, Eichendorffstr 30, 41564 Kaarst, E-Mail: erwiniptus@aol.com

Mit einem DVD-Film-Beitrag „Guttstadt 2009“ schloss das Nachmittagsprogramm. Es war sehr still im Saal in jener halben Stunde. Danke für die ungeteilte Aufmerksamkeit! Danke ferner allen Besuchern aus der Nähe und Ferne, danke allen Helferinnen und Helfern für diesen gelungenen Tag. Ein besonderer Dank aber gilt Aloys Steffen, der als Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Heilsberg dieses Ehrenamt seit nunmehr 20 Jahren innehat. Wir gratulieren herzlich! Auch uns! Sonntags trafen sich die „Zurückgebliebenen“ in Köln am Schokoladenmuseum, um durch eine Führung noch klüger und erfahrener bezüglich mancher Verführungen zu werden. Das imposante Glas-Gebäude liegt fast idyllisch am Rhein beziehungsweise Rheinauhafen in unmittelbarer Nähe der drei neuen Kranhäuser, die nach dem Dom ein zweiter Blickfang für alle Köln Besucher sind, die den Rhein von Osten her überqueren. Es war wiederum ein Sonnentag aus dem Bilderbuch, der viele Menschen ans Rheinufer lockte, und wir durften dabei sein. Nach einem gemeinsamen Essen in gemütlicher Runde und einem Spaziergang am Rhein musste man dennoch Abschied nehmen. Auf Wiedersehen 2012 – so Gott will!

LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

2. Lycker Treffen in Bremen – Am 30. Oktober fand zum zweiten Mal ein Treffen der in Bremen und Umgebung wohnenden ehemaligen Einwohner aus Stadt und Kreis Lyck statt. Das Treffen wurde abgehalten im „Hotel zur Post“ in Bremen. Eingeladen dazu hatte Landsmann Wilhelm Norra, Bezirksvertreter von Lyck-Land und Ortsvertreter von Sareiken. Erschienen waren 93 Personen. Angereist waren auch der Kreisvertreter Gerd Bandilla und der Kassenwart Dieter Vogel sowie der Beauftragte für die Gräber- und Denkmalpflege Gotthilf Willutzki. Von der Bremer Landesgruppe der Ostpreußen war Kurt-Werner

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 20. Dezember 2010 bis 3. Januar 2011 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen oder der Gymnastik nach dem Frühstück, über kleine Wanderungen, Diavorträgen, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel, sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist.
In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein. Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – Vom 25. bis 28. November findet das traditionelle Adventstreffen der Ostpreußischen Jugend (Adventstreffen in Osterode, Ostpreußen) statt. Wer hat Lust auf Tanzen, Singen und Gedankenaustausch? Mitglieder und Interessenten sind ganz herzlich eingeladen. Auskunft unter Telefon (02451) 912926, oder schmelter@stpreussen-info.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 24. November 18 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal, Veranstaltung der Landesgruppe mit Uta Lüttich. Prof. Dr. Wolfgang Stribny hält einen Vortrag zum Thema: „Polen, Litauen und der Deutsche Orden – Tannenberg 1410 und seine Folgen".

Buchen – Sonnabend, 20. November, 14 Uhr, die Gruppe fährt zum „Schummer-Nachmittag" mit „Bratäpfeln und Hüttenromantik" auf eine Hütte in Eiersheim. Dort wird in gemütlicher Runde bei Bratapfel, Gebäck, Kaffee und Tee zusammengesessen. Es fährt ein Bus dorthin. Die Abfahrtzeiten erfährt man unter Telefon (06281) 8137.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenwohnanlage „Im Lindach", Schwäbisch Hall. Elfi Dominik zeigt zu Beginn einen Videofilm der letzten Fahrt (2010) nach West- und Ostpreußen. Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Für die Disposition ist eine baldmöglichste Anmeldung bei Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553, nötig.

Stuttgart – Sonntag, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Ratskeller, Marktplatz 1, Stuttgart, zur ostpreußischen Vorweihnachtsfeier mit unterhaltsamen Programm.

Wendlingen – Sonntag, 21. November, 14.30 Uhr, Totengedenkstunde am Ostlandkreuz auf dem Friedhof in Wendlingen. Anschließend Kaffeestunde im Gasthaus Zum Lamm, Kirchheimerstraße, Wendlingen. Mit besinnlichen Worten wird der Nachmittag zu Ende gehen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, 15. Bunter Herbstmarkt im Kulturzentrum Ellingen. Eine schöne Einstimmung auf die Adventszeit. Interessierte melden sich bitte, damit Fahrgemeinschaften gebildet werden können.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier mit Musik im Wirtshaus Auf der Lände.

Ingolstadt – Sonntag, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 16. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel". Hans Brünler hält einen Vortrag.

München Nord / Süd – Sonnabend, 27. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Hubertus Moeller hält einen Vortrag: „Erlesenes über Ost- und Westpreußen" (zum Beispiel Humboldt oder Kant). Zu Beginn gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel.

Weiden – Sonntag, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im „Heimgarten". – Zum Heimatnachmittag hatten sich wieder zahlreiche Landsleute in der Gaststätte Heimgarten eingefunden. Nach der Begrüßung durch den Ersten Vorsitzenden Hans Poweleit gedachten die Anwesenden dem im Oktober verstorbenen Landsmann und langjährigem Mitglied Walter Tews. Danach wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gesungen. Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte den Geburtstagskindern des Monats November. Der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald lud die Mitglieder zur Teilnahme an der Gedenkveranstaltung des BdV-Kreisverbandes zum Thema „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" ein. Eingeladen wurde ebenso zur städtischen Gedenkfeier zum Volkstrauertag am 14. November und zur Gedenkveranstaltung am Vertriebenenmahnmal am Totensonntag, den 21. November. Nach einer gemütlichen Kaffeepause brachte Ilse Stark ein besinnliches Herbstgedicht zu Gehör. Mit dem Lied „Kein schöner Land" und guten Wünschen verabschiedete man sich.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 26. November, 19 Uhr, Empfang der Stadt Gunzenhausen im Jagdschlösschen, Gunzenhausen, aus Anlass der feierlichen Übergabe des Geweihs eines von Bundesminister und Bundestagsvizepräsident a.D. Richard Stücklen in Ostpreußen erlegten kapitalen Elches an die Stadt Gunzenhausen unter Mitwirkung der Jagdhornbläser „Alte Ulanen" aus Ansbach. Anmeldung erforderlich bei Lm. Kösling unter Telefon (0981) 611665.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, ostpreußische Adventsfeier im Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen, Haltestelle Flughafen (Linie 6). Die Adventsandacht hält Pastor Olaf Latzel von der St. Martini-Gemeinde. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt wieder durch den „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt". Harmonisch und besinnlich will man zusammen Lieder singen

und sich an den Darbietungen erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Die Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung in der Geschäftsstelle möglich. – Donnerstag, 2. Dezember, ganztags bis Ladenschluss, Ostdeutscher Weihnachtsmarkt der Bremer Landsmannschaften, im Erdgeschoß des Einkaufszentrums „Berliner Freiheit", Bremen-Vahr. – Donnerstag, 9. Dezember, 8.30 Uhr, Busfahrt nach Münster. Auf dem Programm stehen eine Führung im Westpreußischen Landesmuseum sowie der Besuch des Weihnachtsmarkts in der historischen Altstadt Münsters. Ein Mittagsbuffet ist im Preis enthalten. Tagesablauf: 8.30 Uhr Abfahrt, Bremen ZOB, 11.30 bis 12.30 Uhr Führung im Westpreußischen Landesmuseum, 13 Uhr Mittagessen, anschließend Fahrt nach Münster und Zeit zur freien Verfügung auf dem Weihnachtsmarkt. Die Abfahrtzeit ist um 17.15 Uhr – Rückkehr nach Bremen gegen 20 Uhr. Preis: 33 Euro für Fahrt, Führung, Eintritt und Mittagessen. Informationen und Anmeldungen bei der Geschäftsstelle. – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Sonntag, 21. November, 15 Uhr, Treffen der Mitglieder der vier ostdeutschen Landsmannschaften zu einer ökumenischen Andacht in der Kapelle auf dem Geestemünder Friedhof, um ihrer Toten in ostdeutscher und hiesiger Erde zu gedenken.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Montag, 22. November, 17 Uhr, (Einlass 16.30 Uhr), **Konzert des Dirigenten Arkadi Feldmann** und das Symphonieorchesters aus Königsberg im Logenhaus-Mozartsaal, Moorweidenstraße 36 (S-Bahn Dammtor). Der Eintritt beträgt 5 Euro an der Abendkasse. Gespielt werden unter anderem Stücke von Mozart, Brahms und Dvořák. Musikalisch umrahmt von dem Chor der Deutschen aus Russland „Abendklang". Nähere Informationen bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.

Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), **Weihnachtsfeier der Landesgruppe** im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg. 14 Uhr Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, Ostpreußenlied und Vortrag „Lukas-Evangelium" in ostpreußischem Platt von Siegfried Grawitter. 14.30 bis 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen, Zeit zum Schabbern. 15.30 bis 16 Uhr der Ostpreußenchor mit heimatlichen/weihnachtlichen Klängen. 16 bis 17 Uhr Kulturelles: Geschichten und Gedichte sowie gemeinsamer Gesang von Weihnachtsliedern mit dem Ostpreußenchor (Leitung Ilse Schmidt), durch die Veranstaltung führt Hans Günter Schattling. 17 Uhr Ende der Veranstaltung. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf, Parken im Umfeld möglich.

Freitag, 27. bis 29. Mai 2011, **Busfahrt zum Deutschlandtreffen** der Ostpreußen in Erfurt. Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai, 7.30 Uhr, Kirchenallee (gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof); Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai; Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: Pro Person im DZ 154 Euro, EZ 194 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang beziehungsweise Besichtigung des Mariendoms mit einem Stadtführer, Abendbuffet am Anreisetag, Reiserrücktrittskosten-Versicherung. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 1. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtlicher Nachmittag in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, U-Bahn Christuskirche. Mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber bitte ein Päckchen für den Julklapp mitbringen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Thema: „Vorweihnachten – Damals und heute". Das Haus der Heimat ist zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt, danach noch rund sechs Minuten Fußweg in Blickrichtung Michaeliskirche. Es beginnt mit einer Kaffeetafel. Gäste sind herzlich willkommen. Organisation und Auskunft Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460.



Heiligenbeil – Sonntag, 5. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, am Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam soll am zweiten Advent mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das Weihnachtsfest eingestimmt werden. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer-Kirche bis Bauerberg. Von dort sind es noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kosten für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bis zum 4. Dezember bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092. – Vom 26. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Neben der Teilnahme am besagten Treffen (28./29. Mai) wird aber auch ein reichhaltiges Rahmenprogramm geboten. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, 3x Übernachtungen im Vier-Sterne-Airport Hotel Erfurt, 3x Frühstücksbuffet, 3x Abendessen (Drei-Gänge-Menü), Stadtrundfahrt und Rundgang in Erfurt, Thüringen Rundfahrt mit Reiseleitung und Besuch von Weimar, Transferfahrten zum und vom Messegelände. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro, Abfahrt: Harburg-Bahnhof 7 Uhr und Hamburg ZOB 7.30 Uhr. Anmeldeschluss 20. Dezember. Anmeldungen und weitere Informationen bei Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092. Reiserücktrittversicherung wird empfohlen.



Insterburg – Mittwoch, 1. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Die Vorweihnachtszeit wird eingeläutet mit einem schönen Weihnachtsprogramm. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Königsberg – Montag, 22. November, 17 Uhr, (Einlass 16.30 Uhr), Konzert des Dirigenten Arkadi Feldmann und des Symphonieorchesters aus Königsberg im Logenhaus-Mozartsaal, Moorweidenstraße 36 (S-Bahn Dammtor). Der Eintritt beträgt 5 Euro an der Abendkasse. Gespielt werden unter anderem Stücke von Mozart, Brahms und Dvořák. Nähere Informationen bei U. Zimmermann, Telefon (040) 4604076.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Sadowski, zugleich Kreisvertreter von Angerburg, erschienen. Nach der Begrüßungsrede von Wilhelm Norra gab es Kaffee und Kuchen. Danach folgte eine Ansprache des Kreisvertreters. Im Anschluss daran würdigte Wilhelm Norra die Verdienste Gerd Bandillas in seiner nunmehr 25-jährigen Amtszeit und sprach im Namen der Anwesenden herzliche Glückwünsche aus. Überreicht bekam Gerd Bandilla ein kleines Geschenk aus dem Bremer Ratskeller. Aufmerksam verfolgte man dann auch eine Ansprache von Kurt-Werner Sadowski. In einer weiteren Rede berichtete Elimar Labusch (Lyck) über seine Tätigkeit beim Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Über seine Arbeiten in Sachen Gräber- und Denkmalpflege hörten die Anwesenden dann noch Gotthilf Willutzki. Für Erheiterung sorgte Frau Edith Kummrow mit Gedichten und Geschichten, die sie in ostpreußischer Mundart vortrug. Ziel und Zweck des Treffens in Bremen ist es, dass sich die Landsleute aus Lyck, die nunmehr in Bremen und „umzu" wohnen, sich näher kennen lernen sollen. Nach angeregten Gesprächen untereinander sprach Frau Herta Heyna (Scharfenrade) Landsmann Wilhelm Norra den Dank für die Organisation des Treffens aus. Man war sich einig, dass das Treffen auch im nächsten Jahr stattfinden sollte. Wer bei diesem Treffen nicht dabei war, und an dem Treffen im Jahr 2011 teilnehmen möchte, wird gebeten, dieses schon jetzt Landsmann Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651, mitzuteilen, damit ein entsprechend großer Raum für das Treffen ausgesucht werden kann.



Osterode – Sonnabend, 27. November, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel mit musikalischer Begleitung. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen an M.-L. und G. Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.

BEZIRKSGRUPPE

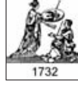
Billstedt – Dienstag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. November, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle). Manfred Samel hält einen Filmvortrag: „Ostpreußen wie es war". – Montag, 13. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier nach heimatlicher Art im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle)

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 26. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rossenberg-Ring 47. Auf dem Programm steht das heimatliche Quiz „Was ist Ostpreußen?"

SALZBURGERVEREIN



Sonnabend, 4. Dezember, 13 Uhr, **vorweihnachtliches Treffen** im Hotel „St. Raphael", Adenauerallee 41, 20097 Hamburg. Motto: „Weihnachten und Neujahr im Salzburger Land und im alten und neuen Ostpreußen – einst und heute – Texte, Lieder und Musik." Gäste zu allen Treffen der Landesgruppe sind herzlich willkommen. – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Terminen traditionell im Hotel „St. Raphael", Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils am Sonnabend, 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel eine vorweihnachtliche Feier mit Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten mit musikalischer Umrahmung.

Dillenburg – Mittwoch, 24. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Pfarrer i. R. Dietmar Balschun wird die Anwesenden auf die Advents- und Weihnachtszeit einstimmen. Außerdem liest ein Mitglied der Gruppe die Geschichte „Die Weihnachtswünsche" von Frieda Jung.

Wiesbaden – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Bärbel Heiler hält einen Reisebericht mit Bildern: „Mit Joachim nach Masuren". Zum wiederholten Male zog es das Gruppenmitglied in ihren Geburtsort Sulimmen bei Lötzen, um den Sohn mit seinen Wurzeln und dem Land vertraut zu machen. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 25. November, 18.30 Uhr, Stammtisch (festliches Wildessen) in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie einer Wildsuppe. Aufgrund der Platz- und Essendisposition unbedingt anmelden bis zum 19. November, bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. Teilnahme nur nach Anmeldung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 24. November, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Klaus Körner hält einen Diavortrag: „Ostpreußen: Masuren und das Ermland".

Buxtehude – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Adventliche Feierstunde, „Hoheluft", Stader Straße 15.

Delmenhorst – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventfeier der Gruppe im Gasthof Zum Tell.

Göttingen – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden", Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Oldenburg – Mittwoch, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Stadthotel Eversten. Es gibt einem Basartisch mit mitgebrachten Weihnachtsbäckereien und -basteleien. Freunde und Bekannte sind herzlich will-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

kommen. – Die Frauengruppe heiterte den trüben November zusammen mit „unser Oldenburger Ostpreuße“ Karl-Heinz Bonk mit zwei Kapiteln seiner neuen Herbsterzählung aus Ostpreußen (so sein Arbeitstitel) auf, die er als seine neueste Schöpfung, die gerade im Erstehen begriffen ist, vorlas. Mit viel Gefühl schildert er die Heimkehr eines Flüchtlings nach Lötzen, in seine heimatliche, herbstliche Landschaft. Er fand für viele der Zuhörer die richtigen Worte für eigene Gefühle in ähnlichen Situationen. Im Anschluss daran sahen sich die versammelten 50 Personen den zweiten Teil des Films „Ostpreußen-Reise 1937“ an, mit unschätzbaren Filmaufnahmen aus Ostpreußen und Westpreußen vor dem Zweiten Weltkrieg.

Osnabrück – Freitag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 23. November, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Donnerstag, 2. Dezember, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Sonntag, 5. Dezember, 15.30 Uhr, Adventfeier in der Osnabrück Halle. Anmeldungen bis zum 20. November bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Zum Erntedanknachmittag konnte der Vorsitzende Alfred Sell zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Nachdem die Kaffeetafel aufgehoben war, folgte ein abwechslungsreiches Programm, das unter dem Motto „Erntedank“ stand. Zunächst trat die Sopranistin Kathrin Jansen-Oloo, Mitglied des Bach-Chores Osnabrück, auf und brachte Stücke von Bach, Händel, Beethoven und Mendelssohn-Bartholdy zu Gehör. Pastor Hans-Jürgen Kuhlmann begleitete sie am Klavier. Anschließend sprach er zum Erntedankfest. Er führte unter anderem aus, dass man dankbar sein müsse, ein Auskommen zu haben, und dass dieses ein Grund sei, einmal im Jahr das Erntedankfest zu feiern. Der Chor unter Leitung von Else Tober brachte Lieder zum Erntedankfest sowie Herbstlieder zu Gehör. Das Gedicht „Erntedank“ von Käte Sender und „Heimweh“ von Eva-M. Sirowatka wurden vorgetragen. Inge Rahmeyer las die Geschichte „Kartoffelkrautfeier“. Gemeinsam sang man das Herbstlied „Bunt sind schon die Wälder“, das von dem Lyriker und Schweizer Politiker Johann Gaudenz, Freiherr von Salis-Seewis gedichtet und von dem Hofkapellmeister Johann Friedrich Reichardt vertont wurde. In seinem Schlusswort bedankte Alfred Sell sich bei allen, die zum Gelingen des Erntedanknachmittages beigetragen haben. Mitgliedern der Frauengruppe galt sein besonderer Dank, denn sie hatten den Erntetisch reich geschmückt. Mit einem gemeinsamen Lied klang die Feier aus.

Rinteln – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Aus aktuellem Anlass hat die Landesgruppe auf ihrer Internetseite eine Ausarbeitung des niederländischen Völkerrechtlers und Kulturpreisträgers der Landsmannschaft Ostpreußen (2000 in Leipzig) Dr. Frans du Buy zur Problematik der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ins Netz gesetzt (http://www.ostpreussen-nrw.de/Eigentum/ZgV-SFVV.htm.). – Das Büchlein „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder – 1944 Flucht und Vertreibung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verlust der Heimat, Unrecht bleibt Unrecht, 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen Nordrhein-Westfalen“ ist weiterhin zum Selbstkostenpreis von 3 Euro plus Porto und Verpackung in der Geschäftsstelle zu erhalten.

Bielefeld – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, Bielefeld.

Düren – Freitag, 19. November, Treffen der Gruppe zum Heimatabend.

Düsseldorf – Freitag, 19. November, 18 Uhr, traditionelles Gänseessen im Restaurant Frankenheim, Wielandstraße 14. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 704, Richtung Derendorf Nord, Ausstieg: Pempelforter Straße. Anmeldungen bis zum 15. November unter Telefon (0211) 682318. – Mittwoch, 24. November, 18 Uhr, Podiumsdiskussion: „40 Jahre Neue Ostpolitik – 20 Jahre deutsche Einheit – ein Blick von der anderen Seite“ mit Ministerpräsident a. D. Lothar de Maizière und Dr. Joachim Sobotta im Eichendorff-Saal, GHH. – Donnerstag, 2. Dezember, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH.

Ennepetal – Sonntag, 21. November, 11.30 Uhr, kurzes Treffen am Gedenkstein in der Gasstraße.

Essen –Freitag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen, Nähe des RWE-Turmes. Manfred Ruhnau, Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Braunsberg, berichtet über die Arbeit der Kreisgemeinschaft Braunsberg. Gäste sind herzlich willkommen.

Gevelsberg – Freitag, 19. November, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 22. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 27. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonnabend, 4. Dezember, 15 bis 22 Uhr, ist die Gruppe auf dem Spexarder Weihnachtsmarkt mit dem Stand der Landsmannschaft Ostpreußen vertreten. Es werden Bigos, Grützwurst und Bärenfang verkauft. Alles selbstgemacht! Auch im Angebot wieder: Schmalzbrote und heiße Beetenbartsch-Suppe (Rote Beete). Besuchen Sie den Stand – es lohnt sich auf jeden Fall! Der Erlös ist für die laufenden Ausgaben der Gruppe gedacht. Bei der Zubereitung von Bigos und Bärenfang ist die Gruppe jedoch auf Ihre Hilfe angewiesen. Wer einen Topf Bigos, Flasche Bärenfang (oder Flasche „Spiritus“ für den Bärenfang) spenden kann, der meldet sich bitte bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Der Weihnachtsmarkt findet am Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, 33332 Gütersloh, statt.

Neuss – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang sowie Kaffee, Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten wird die Adventszeit eingeläutet.

Remscheid – Die Gruppe fährt vom 25. bis 29. Mai 2011 nach Erfurt. Außer dem Deutschlandtreffen am 28./29. Mai 2011 erlebt die Gruppe Erfurt mit seinem Dom, der Severikirche, die reichen Patrizierhäuser und reizvolle Fachwerkhäuser. Die vielen Kirchen gaben der Stadt den Beinamen das „thüringische Rom“. Ein Spaziergang durch die malerische Altstadt wird begeistern. Am dritten Tag steht eine Rundfahrt nach Weimar auf dem Programm. Auf den Spuren Goethes erkundet man die Stadt, die große deutsche Geschichte auf engstem Raum vereint. Der vierte und fünfte Tag gehört dem Ostpreußentreffen und anschließend wird die Heimreise angetreten. Der Reisepreis von 289 Euro (EZ-Zuschlag 79 Euro) beinhaltet die Fahrt im modernen Reisebus, Hotel der Mittelklasse, vier Übernachtungen mit Frühstück sowie eine Reiseleitung vor Ort. Anmeldungen und weitere Auskünfte umgehend bei M. Pokropowitz, Telefon (02191) 62070.

Siegburg – Montag, 13. Dezember 2010, 18 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Die Memellandgruppe Rhein-Sieg wird Gast der Veranstaltung sein.

Witten – Donnerstag, 25. November, 15.30 Uhr, Grützwurstessen und Einstimmung auf den Winter in Lied und Gedicht.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Treffend der Gruppe zur Weihnachtsfeier in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Sonntag, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt. Mit weihnachtlichen Vorträgen und Weihnachtsliedern wird bei Kaffee und Kuchen die besinnliche Jahreszeit eingeläutet.

Mainz – Freitag, 26. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, Adventsfeier unter Mitwirkung der Gruppe „Dichterpflänzchen“ in der Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz. Es wird um Gaben für die Tombola gebeten. – Freitag, 3. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 1. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Gardelegen – Freitag, 26. November, 14 Uhr, gemütlicher Adventnachmittag mit weihnachtlichen Gedichten und Geschichten aus der Heimat.

Magdeburg – Freitag, 26. November, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Sonntag, 21. November, 15 Uhr, Konzert von „BernStein“ im Restaurant Drathenhof, Raum: Grote Deel, Hamburger Landstraße 99, 24113 Molfsee. Das Restaurant Drathenhof liegt vor den Toren des Freilichtmuseums Molfsee bei Kiel. Eintritt Konzert: 10 Euro (15 Uhr), Eintritt Ausstellung: 3 Euro (ab 11 Uhr), Anfahrt mit der Buslinie 501, 502 ab Hauptbahnhof Kiel. Der bekannte Heimatsänger der Ostpreußen BernStein (Bernd Krutzinna) präsentiert Lieder und Bilder aus den deutschen Ostgebieten und aus Schleswig-Holstein. Anlass ist die Ausstellung „Fremdes Zuhause“, die im Schleswig-Holsteinischen Freilichtmuseum Molfsee noch bis zum 26. Dezember 2010 präsentiert wird. Die Ausstellung zeigt, wie sich die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein einlebten und mit dem Aufbau ihrer Existenz zur Blüte des Landes beitrugen. Die Ausstellung kann vor dem Bern-Stein-Konzert besucht werden und ist ab 11 Uhr geöffnet. Das Konzert hat das Motto: „Heimat im Osten 1945 – in Schleswig-Holstein zuhaus 2010“. Schleswig-Holsteiner, die von hier oder aus der Ferne stammen, sind herzlich eingeladen, die Erinnerung an gute und schlechte Zeiten feierlich und fröhlich zu begehen; und die Liebe zur Heimat zu bekräftigen. Das Konzert wird durch Bilder untermalt. Vor allem werden die Liedertexte angezeigt, so dass jeder von Herzen mitsingen kann. Es wird eine musikalische Reise durch den Osten sein. Schließlich endet sie in Schleswig-Holstein und an der Küste. Die Reise dauert etwa zwei Stunden. Ehrengast wird der Leiter des Freilichtmuseums, Prof. Carl I. Johannsen sein, der ein Grußwort sprechen wird.

Flensburg – Sonntag, 21. November, 15 Uhr, Totensonntag, findet die Gedenkfeier auf dem Flensburger Friedhof Friedenshügel statt. Diese Feierstunde gilt den Landsleuten, den Verstorbenen, Erfrorenen, Ermordeten, geschändeten Frauen und Mädchen – die auf der Flucht im Frühjahr 1945 starben und den Soldaten, die ihr Leben lassen mussten. Die Gedenkstunde endet mit der Kranzniederlegung im Ehrenhain der Vertriebenen Landsmannschaften Flensburg. Anmeldung bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816, es wird um rege Beteiligung gebeten.

Mölln – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im „Quellenhof“. – Auf der letzten Zusammenkunft wurde ein Film von Erwin Horning, Propst i. R., über die Fahrt der Gruppe zum „Tag der Heimat“ in Berlin gezeigt. Im Anschluss an den Film erinnerte Margot Kindermann vom BdV-Ratzeburg daran, dass die Kasernen in Ratzeburg jahrelang Notunterkünfte für Flüchtlinge waren und sogar ein Krankenhaus beherbergt hatten (wer noch Fotos aus dieser Zeit hat – bitte bei der Gruppe melden). Zum Abschluss las Monika Palis das Gedicht „Herbst“ von Eichendorff vor.

Neumünster – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier in vorweihnachtlicher Stimmung in der Stadthalle am Kleinflecken. Anmeldungen bis zum 1. Dezember unter Telefon (04321) 82314.

»Wir sind eine Menschenrechtsorganisation«

Der Lagebericht des Sprechers der Landsmannschaft vor der Ostpreußischen Landesvertretung am 6. November 2010 (Teil I)

Wir dokumentieren im Folgenden in langen Auszügen den Lagebericht des scheidenden Sprechers der LO, Wilhelm v. Gottberg.

Es sind nun fast 66 Jahre vergangenen seit Beginn von Flucht und Vertreibung in Ostpreußen. Eine speziell auf die Vertriebenen hin ausgerichtete Politik gibt es nicht mehr. Bei den Ländern – mit Ausnahme von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – schon lange nicht mehr und beim Bund nun auch nicht mehr. Das war 1990 bei der Wende noch anders. Damals wurden aufgrund einer Initiative des Bundeskanzlers sieben Lehrstühle an deutschen Universitäten eingerichtet mit dem Lehr- und Forschungsauftrag „Deutsche Geschichte in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa". Von diesen existiert keiner mehr. Sie wurden umgewidmet oder wegen fehlender Finanzmittel gestrichen.

Die Verbände der Vertriebenen sind – von Ausnahmen abgesehen – überaltert. Wen interessiert heute noch das Schicksal der Vertriebenen? Wer thematisiert heute noch den ungeheuer großen Verlust Deutschlands durch das Verschwinden der ostdeutschen Kultur- und Geistesgeschichte? Allein aus Schlesien kamen zwölf deutsche Nobelpreisträger. Der territoriale Verlust Ostdeutschlands ist damit noch nicht angesprochen. Damit aber dieser Verlust aus dem Gedächtnis kommt, hat man flugs aus Mitteldeutschland Ostdeutschland gemacht.

Die **Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung"** als Trägerin einer Dokumentationsstätte über Flucht und Vertreibung der Ost- und Sudentendeutschen ist ein ungeliebtes Kind der Politik. Diese Politik wurde nur geschaffen, damit das Vorhaben des BdV „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen" verhindert werden konnte. Was wir nun bekommen, ist nicht das, was wir haben wollten. Durch die breite Dokumentierung auch anderer Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts besteht die Gefahr, dass die Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen sowie der Deutschen aus Südosteuropa zu einer Marginale wird. Darüber hinaus bestimmt schon die Satzung der Bundesstiftung, dass die Ursache der Vertreibung der durch Deutschland vom Zaun gebrochene Zweite Weltkrieg und die NS-Terrorherrschaft während des Krieges in Ostmitteldeutschland gewesen war.

Die grüne Partei hat am 29. September einen Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht, mit dem Ziel, die gesetzlichen Grundlagen der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" umzuändern. Der Einfluss des BdV soll minimiert werden, Sinti und Roma sollen ebenso im Stiftungsrat Platz finden, wie Vertreibungsopfer aus dem Balkan, Bosnien, Kosovo. Dem Geist der Versöhnung – so die Grünen – müsse Raum gegeben werden. Für die „Revisionisten" des BdV sei kein Platz.

Wer die historischen Tatsachen, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geführt haben, heute in Deutschland anspricht, ist ein Relativierer bzw. ein Verharmloser der deutschen Schuld. Können wir das akzeptieren? Nein, und nochmals nein! Die Landsmannschaft Ostpreußen hätte ihre Daseinsberechtigung verloren, wenn sie nicht mannhaft und standfest für den Durchbruch der historischen Wahrheit bei der Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges eintreten würde. Ich will mich jedenfalls nicht der von der politischen Klasse und den Medienschaffenden vorgegebenen Denkungsart beugen.

Halten wir fest: Die Landsmannschaften mit ihrem Dachverband BdV sind eine Menschenrechtsorganisation, die sich auch als eine europäische Friedensbewegung begreift. Die Kreisgemeinschaften sind Brückenbauer zu den Nachbarn im Osten und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum zusammenwachsenden Europa.

> Der EUFV gelang ein großartiger Erfolg in Brüssel

Zum Ostpreußischen Landesmuseum: Mit dem Dienstantritt des Direktors Dr. Mähnert im Ostpreußischen Landesmuseum (OL) am 1. April 2009 ist Sachlichkeit und fundierte Museumsarbeit in das Haus in Lüneburg zurückgekehrt. Die Erweiterung des Hauses, um eine baltische Abteilung, aber auch zur Vergrößerung der Ausstellungsfläche für ostpreußisches Kulturgut, ist beschlossen. Die Finanzierung ist noch nicht ausreichend gesichert. Mit den bewilligten Mitteln ist das Projekt noch unterfinanziert. Der Stiftungsrat geht davon aus, dass die Bauphase in 2011 beginnen wird.

Zwei Ausstellungsprojekte des Hauses im Jahr 2010 will ich ansprechen, da sie eine besondere Nähe zur LO haben. Am 16. Juli wurde die Ausstellung über die Königin Luise eröffnet, deren 200. Todestag sich in diesem Jahr jährt. Die Ausstellung war mit hochwertigen Exponaten bestückt. Der Bund hat für diese Ausstellung 26 000 Euro bereitgestellt; Niedersachsen hat ebenfalls mitfinanziert und eine kleine Restfinanzierung kam von der LO. Der Ausstellung war ein großartiger Erfolg beschieden.

Die denkmalgeschützte Kronendiele mit anliegenden Gebäuden in der Heilig-Geist-Straße in Lüneburg unmittelbar neben dem OL wurde – wie Sie wissen – vom Museums-Trägerverein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum" gekauft. Die Bewältigung der finanziellen Ankaufslast bleibt weiterhin für den Verein ein ‚Ritt über den Bodensee'. Der Bundesvorstand hat in der Vergangenheit bereits zwei Mal mit einer Zuwendung seitens der LO an den Trägerverein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum" beim Abtrag der Schulden mitgeholfen. Für Februar 2011 haben wir erneut die Mithilfe der LO bei der fälligen Frühjahrstilgung in Höhe von 25 000 Euro zugesagt.

Liebe Landsleute, es kann der LO und Ihnen als Angehörige der OLV nicht gleichgültig sein, was sich in Lüneburg beim Ostpreußischen Landesmuseum tut und wie sich die Einrichtung weiterentwickelt. Aber es muss auch klar sein, die LO kann und darf nicht durch eine überzogene Alimentierung des Ostpreußischen Landesmuseums ihre finanzielle Unabhängigkeit verlieren. Wir wollen eindeutig festhalten, der angemessene Ausbau und die Unterhaltung des OL ist eine auf gesetzlicher Grundlage basierende Aufgabe des Staates.

Das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss in Ellingen, heute ein Teil der OKS, ist von der Entstehungsgeschichte her ein Kind der LO. Zwischen 1986 und 1991 hat die LO für den Ausbau Ellingens 800.000 DM hergegeben. Für uns eine stattliche Summe, doch deutlich mehr gab das Patenland Bayern. Wolfgang Freyberg, der Leiter der Einrichtung, wurde von der LO unter Mitwirkung Hilgendorffs 1985 eingestellt. Er hat sich zu einem exzellenten Museumsleiter sowie zu einem Experten für Ostpreußische und Preußische Geschichte entwickelt. In diesem Jahr hat er eine eindrucksvolle Ausstellung über die Volksabstimmung in Ostpreußen vor 90 Jahren erstellt. Eine Kopie dieser Ausstellung mit polnischem Text wird zeitgleich im Museum in Marienwerder gezeigt. Dass dies Freyberg gelungen ist: Respekt!

In Lyck und Pr. Holland wurden durch Herrn Freyberg Ausstellungen zur Stadtgeschichte eingerichtet. Die dazu erforderlichen Exponate – es handelt sich um Kopien – verbleiben vor Ort. Nach wie vor besteht von Seiten des Freistaates die Absicht, Ellingen weiter auszubauen und dafür einen noch nicht für das Museum genutzten weiteren Flügel des Schlosses zu nutzen. Die Exponate der Ost- und Westpreußenstiftung sollen dazu nach Ellingen gebracht werden.

Über einen außergewöhnlichen Erfolg des **Europäischen Vertriebenenverbandes (EUFV)** kann ich berichten. Am 20. Juni hat die EUFV die Anerkennung der EU-Kommission als Interessenverband für die Vertriebenen in Europa erlangt. Dies ist bemerkenswert, gehört es doch zu den Zielen der EUFV, eine Regelung über die noch offenen Vermögensfragen zu erreichen. Vertriebenenverbände aus sieben Ländern der Europas gehören bisher der EUFV an. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft ist mit ihrem Landesverband Baden-Württemberg dabei.

Fortsetzung folgt.



Konzentrierte Arbeit: Die Delegierten der OLV bei den Beratungen in Bad Pyrmont. Bild: K.B.

Kreuzworträtsel (Fragen): Weltreligion; Fahrpreisanzeiger v. Mietwagen; österreichischer Maler (Egon); Wissenschaftler; Klosterfrau; ohnmächtig werden (ugs.); früheres Narkosemittel; landwirtschaftliches Gerät; Alpengipfel in Südtirol; stets beliebter Schlager; Holzblasinstrument; anhänglich, loyal; Stadt in Palästina; Stadt in Südwestengland; mit etwas Spitzem verletzen; tropische Frucht; Richtlinie; Haarkringel; ausgebratener Speckwürfel; ohne Inhalt; elektronischer Speicherort; ohne Erhebungen und Tiefen; völlige Gleichheit; gefüllte, gerollte Fleischscheibe; Bruder d. Mutter oder des Vaters; Fluss in Mecklenburg-Vorpommern; in der gleichen Weise; Sitzbereich im Theater; benoten (Punktrichter); dänische Stadt in Nordjütland; Ansehen, Prestige, Bild (engl.); Teilzahlung; offener Güterwagen; vertikale Ausdehnung; norddt.: ungezogenes Kind; ärmelloses Kleidungsstück; Staatsoberhaupt, Monarch; Unterkunft, Obdach, Bleibe; Hausvorbau; chemisches Zeichen für Eisen; garnelenähnliche, essbare Krebse; Fest eines Heiligen; Himmelsbrot; Nadelloch; blutstillendes Mittel; Zusammenfassung; Bruststück an Hose, Kleid; hinterer Teil des Fußes, Hacke; Zeichen für Amperestunde; Form des Sauerstoffs; luftleerer Raum; Enterich; Unordnung, wirre Masse; Randbeet; menschenähnliches Säugetier; Schauspiel-, Ballettschüler; Tadel; Südfrucht; plötzlich ausbrechende Wut; Ruheständler, Pensionär; anbaufähig; Telefonat; schwerer Sturm; kreisen lassen; wenden; prachtvolles Gebäude; warmes Käse- o. Fleischgericht; kleine Brücke; Brühe, Abgekochtes; besitzanzeigendes Fürwort; alkoholisches Getränk; an dieser Stelle, an diesem Ort; akustisches Alarmgerät; prüfen, erproben; französische Großstadt; Fischatmungsorgan; Verfassung, Satzung; westafrik. Binnenstaat; schweiz. Kurort in Graubünden; Visierteil; Buchenfrucht; Spitzname des US-Amerikaners; Schall, dröhnender Klang; Echo; weismachen, suggerieren; germanische Gottheit; Bindewort; Vorname Strawinskys; engl.-amerik. Längenmaß; Regel, Richtschnur; Kfz-Zeichen Karlsruhe; Besprechung, Unterredung; Fernsehkanal, Radiostation; einfach; Leid, Not; Rom in der Landessprache; engl. Adelstitel: Graf

PAZ10_46

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

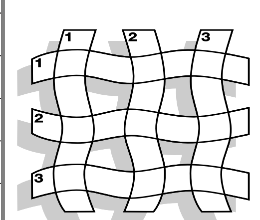
CHIKRSTUWZ; ACOT; CHMOR; AIKN; ARSTT; AKKO; ALRU; AMRU; AAENR; AOR; ABMOTW; AAKKRU; ALM

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein kostbarer Edelstein.

Nr.	links	rechts
1	ENKEL	BUCH
2	LEICHT	HEBER
3	WAND	GALERIE
4	NEID	KEULE
5	GRUEN	TIER
6	OBER	WALD
7	KRAEUTER	MILCH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Speisefisch
2 Wärmeanlage
3 altes Zeug, Trödel (ugs.)

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Kinder, 2. Gewicht, 3. Gemaelde, 4. Hammel, 5. Schnabel, 6. Franken, 7. Butter – Diamant

Magisch: 1. Forelle, 2. Heizung, 3. Plunder

Gegen den Krebsgang in Europa

Katholische Pfarrer aus Indien sollen dem Priestermangel in Deutschland abhelfen

Die Wirtschaft überlegt seit neuem wieder, ausländische Arbeitskräfte ins Land zu holen, um den Mangel an Facharbeitern auszugleichen. Die katholische Kirche ist schon seit langem auf diese Idee gekommen und beschäftigt Pfarrer aus Indien in ihren Gemeinden.

Auf der Kanzel der katholischen Sankt-Antonius-Kirche im schleswig-holsteinischen Plön steht seit einigen Monaten ein Priester aus dem fernen Indien. Vor 15 Jahren kam Pater Dr. Zacharias Thudippara als Missionar nach Deutschland. Inzwischen spricht er perfektes Deutsch und gewinnt die Seelen der Menschen durch Gebet, Bescheidenheit und sein sanftes Auftreten.

Als 1968 in Europa die Studenten revoltierten und Hippies die freie Liebe praktizierten, gründeten katholische Studenten und Priester in Südindien die „Missionskongregation des heiligen Thomas“. Diese Christen wollten sich in genau die Teile der Welt aussenden lassen, wo das Christentum den Krebsgang angetreten hatte – nach Westeuropa, Australien und Nordamerika. Die anfangs kleine Gemeinschaft der Missionskongregation vergrößerte sich schnell, weil immer mehr Menschen in Indien sich zum Christentum bekehrten. Heute gehören ihr 318 Geistliche an, die in der westlichen Welt wirken.

Im Jahr 1995 reifte auch in Pater Zacharias der Entschluss, sich in die Mission senden zu lassen. Nicht leicht für einen Mann in der zweiten Lebenshälfte, der eine angesehene Stellung als Professor und Generalvikar seiner Diözese innehatte. Als er in Bayern ankam, musste er zuerst mühsam die deutsche Sprache erlernen. Jetzt kommt noch die etwas steife norddeutsche Mentalität einer Landbevölkerung dazu.

Wer heute in Plön Pater Zacharias begegnet, trifft auf einen schlanken Mann, den man glatt zehn oder 15 Jahre jünger schätzen würde. Seine dunkle Gesichtsfarbe verrät die Herkunft, die Augen blitzen lebendig und freundlich. „Er ist ein wirklicher Missionar“, sagen die Plöner, die zu seinen Gottesdiensten kommen. Er erklärt ihnen das ABC des Glaubens und dies mit Temperament und Überzeugungskraft. Er liest keine Predigten von einem Blatt Papier ab, sondern hat eine Botschaft weiterzugeben. Seine Zuhörer spüren, dass er begeistert von Jesus Christus, seinem „Herrn und Gott“, ist.

Pater Zacharias ist ein Mann des Gebets und der Seelsorge. Sein Evangelium ist nicht kopflastig sondern lebenspraktisch. „Gott ist barmherzig und erhört Gebete“, ruft er oft aus. Und tatsächlich kommen die Menschen zu ihm in die Seelsorge und Beichte; sie berichten von Trost und Hilfe bei gesundheitlichen oder ehelichen Problemen. Wie von selbst wächst auch die Bereitschaft, zur Beichte zu gehen, um dort die Vergebung der Sünden zu erfahren. „Aber vergiss nicht, die Vergebung der Sünden dadurch vollkommen zu machen, indem Du auch anderen Menschen vergibst“, fügt der Priester ganz lebensnah hinzu. Der Apostel Thomas könnte ganz ähnlich gesprochen haben.

Katholische Christen in Indien berufen sich bis heute auf das Wirken des Apostels Thomas, der gerne als der „Ungläubige“ bezeichnet wird. Dabei ist diese Titulierung eigentlich falsch. Nach dem biblischen Bericht zweifelte Thomas zwar zunächst an den Berichten über die leibliche Auferstehung Jesu, wie es heute vielen Menschen ja auch geht. Daher äußerte er den ein wenig anmaßenden Wunsch, den Auferstanden leibhaftig sehen, ja sogar berühren zu dürfen. Als Jesus dann tatsächlich zu ihm kam, ihm die einstmals durchbohrten Hände und Füße zeigte, brach es aus Thomas gläubig hervor: „Mein Herr und mein Gott“ (Joh 20,24–29).

Mit diesem Satz brachte Thomas den Glauben der Christenheit auf eine Kurzformel, die über Jahrhunderte Bestand hatte. Es sind die beiden Kernpunkte, die ein Mensch eigentlich bis heute aussprechen muss, wenn er sich zu Recht Christ nennen will. Jesus soll das eigene Leben als „Herr“ leiten; ihm gilt das ganze Vertrauen als „Gott“ in den Höhen und

> Gewinnt die Seelen der Menschen durch Bescheidenheit

Tiefen des Lebens bis hin zum Tal des Todes.

In der Bibel finden sich nach dieser Begegnung zwischen dem auferstandenen Jesus und Thomas keine weiteren Nachrichten. In alten Überlieferungen (seit dem ersten Jahrhundert) hieß es jedoch, er sei bis nach Indien gekommen. Das hielten die meisten Theologen allerdings für ein frommes Märchen. Man konnte sich einfach nicht vorstellen, dass jemand im 1. Jahrhundert so weit über die Grenzen des damaligen Römischen Weltreiches hinaus gekommen sein sollte.

Dabei war dies gar nicht so unwahrscheinlich, wie neueste Forschungen beweisen. Israel war damals eine Drehscheibe für den fernöstlichen Gewürzhandel. Der von den Römern hoch begehrte Pfeffer und andere Gewürze kamen per Karawane aus Südindien genau in Israel an. Dort wurden die kostbaren Waren vornehmlich von jüdischen Händlern aufgekauft und in die Metropolen des Römischen Reiches weiter vertrieben. Wenn die Karawanen wieder zurück nach Indien reisten, nahmen sie gerne zahlende Passagiere mit. Für Juden und so auch für den Apostel Thomas war es also ein Leichtes, eine Karawanen-Reise nach Südindien zu buchen.

Die Wahrheit über den Verbleib des Apostels Thomas kam erst Ende des 15. Jahrhunderts ans Tageslicht. Als der Portugiese Vasco da Gama den Seeweg um Afrika entdeckte und am 20. Mai 1498 in Südindien anlandete, staunten die katholischen Seefahrer nicht schlecht, denn in Indien trafen sie auf Menschen, die sich als Christen ausgaben. Sie wussten sehr gut über Jesus Christus Bescheid und feierten ihre Gottesdienste sogar in der Sprache (Aramäisch), die Jesus einst selbst gesprochen hatte. Erst im Jahr 1970, mit der Liturgiereform nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965), wurde in Indien die Landessprache in den Gottesdiensten eingeführt.

Die indischen Christen berichteten den Portugiesen, dass ihre Kirche auf das Wirken des Apostels Thomas zurückgehe. Dieser habe sieben Kirchen gegründet, die noch bestehen würden. Thomas sei, so erzählten sie weiter, beim Versuch, den König von Madras zu bekehren, umgebracht worden und als Märtyrer gestorben. Sein Grab sei in der Nähe von Madras zu finden.

Und tatsächlich entdeckten die Portugiesen dort das Grab des Apostels. Diese Entdeckung galt als Sensation und verbreitete sich schnell. Die Thomas-Christen schlossen sich bald der katholischen Weltkirche an. In der evangelischen Christenheit wurde dies allerdings wegen der Wirren der Reformationszeit kaum bekannt.

Heute bekennen sich in Indien viele Menschen zum christlichen Glauben. Pater Zacharias Thudippara berichtet, dass zu den monatlichen Tagen für geistliche Exerzitien vor 40 Jahren 70 bis 80 Christen kamen. Heute ist die Teilnehmerzahl etwa 100-mal so hoch. Rund 7000 Christen strömen an einem solchen Tag zusammen, um Gottesdienste zu feiern, mehr von der christlichen Lehre zu erfahren und sich auszutauschen.

Die indische Regierung gibt aus diplomatischen Gründen – um die nationalistische Hindu-Partei nicht aufzuwiegeln – die Zahl der Christen mit nur zwei Prozent an. In Wirklichkeit ist die Zahl der Christen wesentlich höher. Glaubwürdige Schätzungen gehen bereits von sechs bis acht Prozent aus. Das wären 60 bis 80 Millionen Gläubige, die fast alle ein aktives Christenleben führen.

Dass sich einmal die Wege der Missionare umkehren würden, das dürfte auch der Apostel Thomas kaum erwartet haben. Pater Zacharias verrät, dass im Jahr 2011 fünf weitere Thomas-Priester aus Indien im Erzbistum Hamburg ihren Dienst beginnen werden, um dem Priestermangel abzuhelfen und die Freude des Glaubens zu verbreiten.

Hinrich E. Bues



Sendungsbewusst: Pater Zacharias Thudippara aus Kerala beeindruckt seine Gemeinde. Bild: privat

Begräbnis für viele nicht mehr bezahlbar

Behörden ordnen dann meist die anonyme Feuerbestattung an

Immer mehr Menschen können oder wollen sich eine würdige Bestattung nicht mehr leisten. Darauf macht der Verein zur Förderung der deutschen Friedhofskultur in Borken/Münsterland aufmerksam. In manchen Großstädten im Ruhrgebiet ordneten die Behörden inzwischen bis zu zehn Prozent der Beerdigungen an, weil es keine Angehörigen gibt, die das Begräbnis bezahlen können. In diesem Fall müsse die Stadt die Kosten übernehmen und wähle daher meist die günstigste Form: die anonyme Feuerbestattung. Der Bundesverband Deutscher Bestatter schätzt, dass etwa fünf Prozent aller jährlich rund 840000 Bestattungen anonym durchgeführt werden; in Ballungsgebieten sei der Anteil noch höher. Mitunter entschieden sich Bürger selbst für diese kostengünstige Bestattung, so der Geschäftsführer des Verbandes, Rolf Lichtner (Düsseldorf), gegenüber der *PAZ*. Während eine anonyme Bestattung schon für unter 1000 Euro zu haben sei, koste eine „würdige Beerdigung“ zwischen 2500 und 3500 Euro. Hinzu kämen die Folgekosten für Grabpflege und Steinmetzarbeiten in etwa gleicher Höhe. Der Vorsitzende des Vereins zur Förderung der deutschen Friedhofskultur, Andreas Mäsing, sieht eine Ursache für diese Entwicklung auch in der Vereinsamung vieler Menschen. Er rät deshalb dazu, sich rechtzeitig Gedanken über die Form der Bestattung zu machen und Personen aus dem eigenen Umfeld darüber zu informieren. „Das Minimum an Vorsorge ist die persönliche schriftliche Erklärung, die man am besten ins Familienstammbuch legt. Denn danach wird im Todesfall als erstes gefragt und gesucht“, so Mäsing. Wer sich für eine anonyme Bestattung entscheide, nehme Trauernden den Platz des Gedenkens.

In mehreren Städten bieten die Kirchen sogenannte „Gottesdienste für Unbedachte“ an. Dort wird derer gedacht, die keine Trauerfeier erhalten und ihre letzte Ruhe anonym gefunden haben. In Minden haben ehrenamtliche Mitarbeiter der Diakonie vor drei Jahren ein Gräberfeld eingeweiht, wo sich alleinstehende oder mittellose Personen beerdigen lassen können. Die Idee für dieses Angebot hatte der Sozialarbeiter Ulrich Treude: Als er feststellte, dass viele der von ihm betreuten Personen nach ihrem Tod anonym beerdigt wurden, rief er mit anderen ehrenamtlichen Mitarbeitern eine Friedhofsgruppe ins Leben. Sofern die Grabstellen bekannt sind, kümmern sie sich um die zuvor ungepflegten Gräber.

Wer auf dem „Grabfeld der Erinnerung“ bestattet werden will, muss dies schriftlich erklären. Liegt jedoch keine Erklärung vor und gibt es keine Angehörigen, die ihre Wünsche hinsichtlich der Bestattungsform äußern, wird der Verstorbene anonym beerdigt. *PAZ / idea*



Anonymes Gräberfeld: Auch ein Ort zum Trauern Bild: Schneider

In Kürze

Das Sterben der Cafés

Zu einem Stadt- oder Einkaufsbummel gehört es einfach dazu, das Kännchen Kaffee mit oder ohne Torte. Allerdings ist es nicht immer leicht, ein ansprechendes Café zu finden. Viele haben im Lauf der Zeit geschlossen oder haben einem Kaffee zum Mitnehmen („Coffee to go“) Platz machen müssen. Das eine hatte zu viel Herz, während das andere rein geschäftsmäßig daherkommt. Oftmals fehlen die Nachfolger, wenn ein Konditor den Schneebesen in die Ecke stellen will. Der Fotograf Tobias D. Kern hat mit seiner Assistentin Barbara Kerbusk die Cafés gesucht, die noch den Charme der 1950er bis 70er Jahre besitzen und auf den Auslöser gedrückt. Eine Reihe dieser Schwarzweiß-Fotos sind in einer Ausstellung zu sehen, die bis zum 4. März 2011 im Kölner Rotonda Business-Club, Pantaleonswall 27, gezeigt wird. Obwohl sich keine Menschen in den Gasträumen aufhalten, ist doch das Flair zu spüren, das sie anlockt, ihr Kännchen Kaffee dort zu trinken. Nostalgisch. *os*



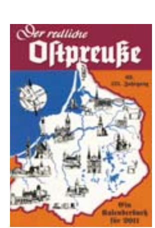
Ein Kännchen Kaffee, bitte: Foto aus dem Bildband Bild: Kern

Kurenwimpel nachgebaut

Kurenwimpel wurden in der Vergangenheit von den Sommergästen rund um das Kurische Haff gerne als Reiseandenken gekauft. Der rührige, in der vorpommerschen Herzogsstadt Wolgast beheimatete Verein „Historischer Schiffbauplatz e.V.“ bietet solche handgeschnitzten Wimpel, die früher auf den Masten der Kurenkähne als Erkennungszeichen dienten, gegen eine Spende an. Der gemeinnützige Wolgaster Verein hat sich unter anderem das Kinder- und Jugendprojekt „Bau und Einsatz eines Kurrenkahnes“ auf seine Fahnen geschrieben. Da der Verein dieses Jahr trotz zahlreicher Bemühungen und mündlicher Zusagen kein Grundstück zur Verfügung beziehungsweise zur Pacht erhalten konnte, muss der Baustart für das Projekt „Kurrenkahn“ vorläufig eingestellt beziehungsweise auf das nächste Jahr neuausgerichtet werden. Sowohl die finanzielle Unterstützung für die erste Bauphase als auch der eigens erwirtschaftete Teil sind vorhanden und auf Anfrage für jeden Spender einsehbar. Der Vorstand bemüht sich weiter um einen geeigneten Bauplatz. Ziel ist es, nun Frühjahr / Sommer 2011 mit dem Bootsbau zu beginnen. Weitere Informationen beim Verein Historischer Schiffbauplatz e.V., Hafenstraße 1b, 17438 Wolgast, oder im Internet unter www.historischer-schiffbauplatz.de *PAZ*



Beliebt: Kurenwimpel Bild: Archiv



»In meiner Heimat ...«

Kalenderbuch für 2011

„In meiner Stadt im Norden stehn sieben Brücken, grau und greis, an ihre morschen Pfähle treibt dumpf und schüttern jetzt das Eis“, schreibt Agnes Miegel in ihrem Gedicht „Heimweh“ über ihre Vaterstadt Königsberg. Es entstand, als sich die junge Dichterin in England aufhielt und sich nach ihrer Heimat Ostpreußen zurücksehnte. Wie die Erinnerungen der großen Dichterin so wandern auch die Gedanken vieler anderer Menschen immer wieder nach Ostpreußen, dorthin, wo sie eine glückliche Kindheit und Jugend verbracht haben. Wehmütige Gedanken sind es oft, da die Tage voller Frohsinn, Hoffnung und Zuversicht längst vergangen sind. Längst vergangen sind die Zeiten, da man in der Geborgenheit der Familie, in der vertrauten Heimat lebte. Um so lieber wird mancher Geschichten hören oder lesen wollen, die sich gerade mit dieser Zeit befassen. Zu finden sind solche Geschichten in der neuen Ausgabe des Jahreskalenders „Der Redliche Ostpreuße.“

Auch für 2011 hat die Herausgeberin Heiteres und Besinnliches, Unterhaltendes und Wissenswertes zusammengetragen. Da erzählt Ernst Wiechert, wie sehr ihn die Landschaft geprägt hat, während Hermann Sudermann sich an ein ganz schreckliches Kindheitserlebnis erinnert, als er noch im wahrsten Sinne des Wortes ein „Lausebengel“ war. Annemarie in der Au und Eva Maria Sirowatka plachandern von Männern auf Freiersfüßen, Ruth Geede berichtet von einer unvergesslichen Weihnachtsfeier. Ernsthafter geht es zu, wenn von den Männern im Hafen erzählt wird oder vom Vogelfang auf der Kurischen Nehrung.

Auch diese Ausgabe des „Redlichen Ostpreußen“ zeichnet wieder ein buntes Bild des Landes und seiner Menschen und erinnert an große Leistungen Einzelner, an die reiche Geschichte des Ordenslandes, aber auch an das einfache Leben seiner Menschen. In über 700 Jahren deutscher Geschichte haben sie dem Land ihren Stempel aufgedrückt. Das bunte Völkergemisch, das hereinströmte, wie die aus Salzburg vertriebenen Protestanten, die Hugenotten aus Frankreich, Kolonisten aus Holland und aus Schottland, Kaufleute aus England und aus Schweden, Handwerker und Siedler aus den verschiedensten deutschen Gegenden – sie alle bewahrten ihr Eigenleben und wuchsen dennoch im Lauf der Geschichte zusammen zu einem besonderen Menschenschlag. Die Geschichten und Vertellchens entführen den Leser auf eine Reise durch die Jahrhunderte und lassen ein Bild vor seinem geistigen Auge erstehen, das von einem unverwechselbaren Land und seinen Menschen kündet. Von einem Land, das in den Herzen seiner Kinder unzerstörbar bleibt, das aber auch junge Menschen mehr und mehr in seinen Bann zieht. *Helga Beck*

Buntes Bild von Mensch und Natur

***Silke Osman (Hrsg.): „Der Redliche Ostpreuße – Ein Kalenderbuch für 2011“**, Rautenberg im Verlagshaus Würzburg, Würzburg 2010, 128 Seiten mit sw-Abb., brosch., 9,95 Euro*



Weckruf an die Nation

Autorin wirft der politischen Klasse mangelnde Streitkultur vor

Die Karikatur des Deutschen Michels mit seiner Zipfelmütze symbolisiert die Deutschen, wie die Marianne die Franzosen, John Bull die Briten und Uncle Sam die US-Amerikaner. Im Vormärz des 19. Jahrhunderts wurde er in der politischen Auseinandersetzung zur Spottbezeichnung für den gutmütigen, aber einfältigen und verschlafenen Deutschen, der sich seiner Machthaber nicht zu erwehren weiß und wachgerüttelt werden sollte. Deutschland aus seinem Dornröschenschlaf erwecken, das will auch Thea Dorn mit ihrer Essay-Sammlung „Ach Harmonistan!“. Die Schriftstellerin und Fernsehmoderatorin, die mit bürgerlichem Namen Christiane Scherer heißt, studierte Philosophie und Theaterwissenschaften in Frankfurt am Main und in Berlin. Ihren Künstlernamen wählte sie in Anspielung auf den Philosophen Theodor W. Adorno. Damals suchte sie gemeinsam mit ihrer Lektorin in einer Berliner Kneipe nach einem markigen Pseudonym für ihr erstes Buch. Seitdem hat Dorn zahlreiche Kriminalromane, Theaterstücke und Drehbücher veröffentlicht und moderiert eine Literatursendung.

In ihrem neuen Buch liefert die Autorin jede Menge Zündstoff zu Diskussionen über Integration und Zuwanderung, über Islam und Fundamentalismus, über Emanzipation und Gleichberechtigung, über Umweltschutz und Atompolitik oder über Kanzlerin Angela Merkel und ihre schwarz-gelbe Koalition. Letzterer wirft Dorn einen zu seichten Politikstil vor, den sie überspitzt „Eiskrem für alle“ nennt. In Zeiten der Wirtschaftskrise und des Sozialstaatabbaus würden sich jedoch die Töpfe der „demokratischen Eisdiele“ leeren und statt Süßem gebe es Saures. Die Autorin plädiert daher für eine neue Streitkultur in der Politik mit klaren Positionen, Entscheidungen und Konfliktfähigkeit. Im Parlament werde zwar viel gezankt, aber kaum gestritten. Im Gegenteil: Polemische Zwischenrufe wie die von Thilo Sarrazin würde die konturenlose Konsenskultur sofort verbannen. Doch nicht der rechthaberische Kampf um Kleinigkeiten, sondern die engagierte Auseinandersetzung um Grundsatzfragen bringe die Debatte voran.

Die Generation unter 40 lässt sich vom Staat einlullen

Den bundesdeutschen Bürgern lastet Dorn gesellschaftspolitische Gleichgültigkeit und Leidenschaftslosigkeit vor. Sie trauert der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre nach, die einem Spießbürgertum auf Kuschelkurs gewichen sei. Besonders die Generation unter 40 würde zu einer ausgeprägten Konformität in Familie und Beruf neigen und sich in ihrem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit von „Mutti Staat die Butterstulle schmieren“ lassen. Selbstverantwortlichkeit und eigenständiges Denken gingen mit staatlich verordneten Energiesparlampen, Rauchverbot und Gesundheitsvorsorge verloren.

In ihren scharfsinnigen Analysen deutscher Zustände nimmt Dorn kein Blatt vor den Mund. Ironisch und eloquent geschrieben regen ihre Thesen zum Nachdenken und zum Widerspruch an. Streitbar sind etwa ihr Bild des aufgeklärten, zivilisierten Westens, der seine Werte und Rechte gegen Angreifer von außen zu verteidigen habe, sowie ihre Ablehnung eines strikten Pazifismus. Protesten gegen Globalisierung und Neoliberalismus erteilt die Autorin schließlich eine klare Absage. Dabei sind es gerade die Kernkraft- und G8-Gegner, die sich mit jener Leidenschaft und Streitlust engagieren, die Dorn selbst fordert, auch wenn sie nicht einer Meinung mit ihr sind. *S. E. Gerber*

***Thea Dorn: „Ach, Harmonistan – Deutsche Zustände“**, Knaus, München 2010, geb., 256 Seiten, 19,99 Euro*



Ausflüge in die Vergangenheit

Veteranen der Publizistik erinnern sich an alte Zeiten

Vier Veteranen der deutschen Publizistik haben „sentimentale Anflüge“, aus denen ein „Lexikon der eigenen Vergangenheit“ resultierte. Alle vier Autoren sind „in Westdeutschland aufgewachsen“, haben also Mittel- und Ostdeutsches fast gänzlich übersehen. Das stellt sich spätestens beim Stichwort „Tschernobyl“ als Mangel heraus, was die Autoren mit mildem Zynismus abhaken: Es hatte „in Deutschland ... zum Glück keine gesundheitlichen Auswirkungen“. Was sonst in ihr „Lexikon“ Eingang fand, verrät weder Sinn noch Konzept oder gar Geist: Die „Arbeiterrückfahrkarte“ war „die Vorläuferin der Pendlerpauschale“.

Von den vier Autoren haben sich wohl drei darum gerauft, möglichst viele ihrer Geistesblitze ins Büchlein zu zwängen. Der vierte, der pointensichere Polemiker Henryk M. Broder, hielt sich zurück. Nur zwölf angenehm überraschende Beiträge sind von ihm: Beispielsweise hat das „gesunde Volksempfinden“ für ihn nicht mehr das Rüchlein „nach Masse, Mob und Mord“, sondern ist ein Synonym für links-geschmäcklerische Hysterie, wie sie in Fraktionen und Redaktionen gegen Thilo Sarrazin wütet. Gar in Kombination mit „Political Correctness“ führt es zu „Wahrnehmungsstörungen und Realitätsverschiebung“. Broder steckt auch hinter dem Hit des Buchs: „Klappstulle“ – ein kurzer Text, den man nur noch genüsslich schlürfen mag, vor allem in seinem weiten Ausholen: „So ist das Hasenbrot der arme Verwandte der Klappstulle, die ihrerseits dem Sandwich, der Ciabatta, dem Wrap, der Pita und dem Burger weichen musste.“

Die anderen Texte sind mehrheitlich lahme Anhängsel zu wild zusammengeraufften Stichworten: Adenauer, Anhalter, Backfisch, Diavortrag, Ente, Feierabend, Hausmeister, Hüfthalter, Kinomaler, Latzhosen und so weiter bis Zigarettenspitze. Die Auswahlkriterien bleiben Geheimnis der Autoren – das Alter der Wörter, dem der unvergessene Linguist Uwe Förster (1935–2002) viel Forscherfleiß widmete, interessiert sie nicht. Von Sprachgebrauch haben sie wenig Ahnung.

Eines muss man den Autoren zugutehalten: Sie sind keine „Intellektuellen“ mit deren „Hass auf Amerika“ und „Ressentiments gegen Israel“ und erst recht keine Ideologen: „Gern würden wir den Sozialismus zu den ausrangierten Irrtümern des 20. Jahrhunderts zählen, aber er stirbt nicht aus.“ *Wolf Oschlies*

***Michael Miersch, Henryk M. Broder, Josef Joffe, Dirk Maxeiner: „Früher war alles besser – Ein rücksichtsloser Rückblick“**, Knaus Verlag, München 2010, gebunden, 223 Seiten, 16,90 Euro*

Verwalten statt gestalten

Erik Lehnert fragt »Wozu Politik« und Armin Mohler lästert über Linksliberale

In der Reihe Kaplaken der Edition Antaios sind jetzt zwei interessante neue Bände erschienen. Band 19 trägt den Titel „Wozu Politik? Vom Interesse am Gang der Welt“ und entstammt der Feder des Geschäftsführers des Instituts für Staatspolitik (IfS), Erik Lehnert. Die Auffassung Carl Schmitts, wonach Politik vor allem der Beherrschung des Ernstfalls diene, sei in 65 deutschen Friedensjahren etwas ins Hintertreffen geraten, so der Verfasser. Politik bestehe gegenwärtig darin, die Gegebenheiten zu verwalten und dafür zu sorgen, dass alles so bleibt, wie es ist.

Ohne Illusionen beschreibt Lehnert die derzeitige Lage: „Die Krise hat (zum wiederholten Mal) das Eingeständnis dieser Funktionselite, machtlos und ahnungslos zu sein, zutage gefördert. Dadurch ist das Vertrauen in das System erschüttert, ohne dass es eine Alternative dazu gibt. Die Politik als Tagesgeschäft hat mit ihrem Machterhalt genug zu tun und kann daher das ‚Ganze‘ nicht einmal in den Blick nehmen.“ Doch nicht nur die Politik, auch die Bürger wüssten nicht, wie die anstehenden Probleme zu lösen seien. Niemand hat die Formel dafür, wie der Staat zu entschuldenden, die Ausländer zu integrieren, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Spirale von Konsum und Gleichgültigkeit zu durchbrechen ist.

Zu den stärksten Passagen des schmalen Büchleins gehört das Kapitel „DDR light, BRD strong“. Laut Lehnert herrscht in Deutschland ein Klima der Intoleranz, das dem Idealbild der offenen Gesellschaft deutlich widerspricht. Die neue Intoleranz kommt aus der Mitte der Gesellschaft oder kann zumindest auf aktives oder passives Wohlwollen setzen: „In der DDR war es der Staat, von dem das Unrecht ausging. In der BRD hat es seine Quelle im ‚zivilcouragierten‘ Bürger.“ Lehnert zitiert den Philosophen Peter Sloterdijk, der vor einiger Zeit festgestellt habe, dass es „selbst in den aufgeklärten ‚Gesellschaften‘ des heutigen Westens“ nicht an Beispielen dafür fehle, „wie die zivilreligiös engagierte totale Mitte zur Treibjagd auf einzelne Frevler gegen den liberalen Konsensus bläst – einer Jagd, die den sozialen Tod des Gejagten billigend in Kauf nimmt“. Der Staat ist oftmals ebenfalls nicht mehr bereit, das Recht auf Meinungsfreiheit durchzusetzen.

Um zur Politik zurückzukommen: Die Organisation der Partei als Oligarchie führt nach Ansicht Lehnerts zu einer Negativauslese, die die Besten abschreckt. Außerhalb der Parteibürokratie gebe es keinen Raum, in dem sich eine politische Elite bilden könne.

Intoleranz in der Mitte der Gesellschaft

Band 21 der Reihe Kaplaken ist die Streitschrift „Gegen die Liberalen“. Hierbei handelt es sich um einen leicht aktualisierten Nachdruck der „Liberalenbeschimpfung“ von 1990 des Schweizers Armin Mohler. Schon auf den ersten Seiten liefert Mohler eine klare Feindbildbestimmung: „Mit einem Linken kann ich mich unter Umständen verständigen, denn nur zu oft hat er eine Teilwahrheit für sich. Mit dem Liberalen jedoch kann es keine Verständigung geben.“

Das Erfrischende an dem schmalen Band ist, dass Mohler ohne Rücksicht auf Verluste vom Leder zieht, auch wenn seine Polemik nicht immer ins Schwarze trifft. Mohlers Liberalendefinition ist höchst einseitig und meint wohl eher die Linksliberalen der liberalen Zeitgeistschickeria in den Redaktionsstuben von „Stern“ und „Zeit“. Unverändert aktuell bleibt aber die Kritik Mohlers an der sogenannten Mitte, deren Versagen Caspar von Schrenck-Notzing bereits in seinem Buch „Honoratiorendämmerung“ im Jahre 1973 beschrieb.

Die Mitte – so der verstorbene frühere „Criticón“-Herausgeber – sei „nicht nur ein vielversprechender Fischgrund für den Stimmenfang“, sondern „vor allem der Bereich, in dem man geistigen Unterscheidungen ausweicht und auftauchende Fragen pragmatisch zu lösen versucht“. Mohler zufolge bleibt in der Gesellschaft der „Mammut-Mitte“ aber kein Platz übrig für eine kräftige Linke und eine kräftige Rechte. *Ansgar Lange*

***Erik Lehnert: „Wozu Politik? Vom Interesse am Gang der Welt“**, Edition Antaios, Albersroda, kartoniert, 80 Seiten, 8 Euro; **Armin Mohler: „Gegen die Liberalen“**, Edition Antaios, Albersroda, kartoniert, 80 Seiten, 8 Euro*



Manns-Bilder

Ein Blick in die Türkei

„Zum Mann gehätschelt, zum Mann gedrillt – Männliche Identitäten“ heißt das Buch der türkischen Soziologin Pinar Selek über den Männlichkeitswahn in ihrem Heimatland. Doch wer eine umfassende Analyse der türkischen Gesellschaft erwartet, wird enttäuscht. Die Feministin konzentriert sich fast vollständig auf den Wehrdienst als wichtigen Schritt zur angestrebten „Mann-Werdung“.

Die Stipendiatin des P.E.N. Deutschland hat einige männliche Bekannte gebeten, 58 Türken über ihren Wehrdienst zu befragen, und diese Ergebnisse zusammengetragen. Die Aussagen hat sie unter verschiedenen Themenschwerpunkten gesammelt und kommentiert.

Da die Autorin gegen das Militär eingestellt ist, schwingt stets eine große Distanz zu den Berichten mit, die in vielen Punkten wenig außergewöhnlich sind. Die Männer berichten über Kameradschaft, den Zwang, sich unterzuordnen, Unterdrückung durch Vorgesetzte und ihre Aufgaben. Dabei gehen einige – wie auch ihre deutschen Altersgenossen – im Dienst für ihr Vaterland auf, andere langweilen sich oder hassen die Aufgaben sogar. Unterschied zu Deutschland ist, dass in der Türkei deutlich mehr Druck, Schikane und wüste Beschimpfungen an der Tagesordnung sind. Auch scheint es dort immer noch ehrenrührig zu sein, wenn man nicht zum Militär will. Abgesehen davon, dass die jungen Männer sowieso kaum eine Wahl haben, es sei denn, sie fallen durch die Musterung, oder können beweisen, dass sie homosexuell sind.

Selek beginnt ihre Ausführungen mit der Szene, in der ein Junge auf seine Beschneidung wartet und alle ihm sagen, er solle nicht weinen und die Schmerzen wie ein Mann tragen. Im Zusammenhang mit dieser Episode demaskiert sie türkische Männlichkeitsideale. Danach geht sie aber durchgehend zur Schilderung des Militäralltages über, die, wie gesagt, wenig Überraschendes parat hält. *Bel*

***Pinar Selek: „Zum Mann gehätschelt, zum Mann gedrillt – Männliche Identitäten“**, Orlanda, Berlin 2010, broschiert, 237 Seiten, 18,50 Euro*

Große Deutsche Märsche

Nur wenige Exemplare vorhanden!

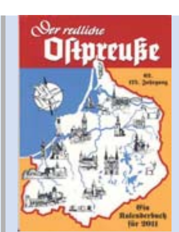
CD

Die beliebtesten deutschen Märsche erinnern an die große Tradition preußischer, bayerischer und österreichisch-ungarischer Militärmusik: Alte Kameraden, Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Preußens Gloria, Des Großen Kurfürsten Reitermarsch, Badenweiler Marsch, Radetzky-Marsch u.v.a. Es spielen das Luftwaffenmusikkorps 3, das Marine-Musikkorps Ostsee und das Polizeiorchester Potsdam.

Laufzeit: 42 Minuten
Best.-Nr.: 7053



€ 12,95



Der redliche Ostpreuße 2011
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7049, € 9,95



Uwe A. Oster
Preußen - Geschichte eines Königreichs
Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einf. Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042, € 14,95



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95



Marion Junker
Weihnachten im alten Ostpreußen
Geb., 173 Seiten
Best.-Nr.: 5980, € 14,95

Gundel Paulsen
Weihnachtsgeschichten aus Ostpreußen
Kart., 141 Seiten
Best.-Nr.: 3004, € 6,95

Gisela Graichen
Die Prussen
Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe
Geb., 239 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7047, € 19,95



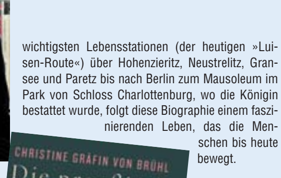
Großadmiral Erich Raeder
Mein Leben
In den Lebenserinnerungen des Großadmirals Dr. h.c. Erich Raeder, erstmals in einer zweibändigen Ausgabe in den Jahren 1956 und 1957 erschienen und nun zu einem Band zusammengefaßt, spiegelt sich die Geschichte der deutschen Kriegsmarine der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Geb., 524 Seiten
Best.-Nr.: 6872

€ 29,80



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!





Christine Gräfin von Brühl
Die preußische Madonna - Auf den Spuren der Königin Luise
Kaum eine Herrscherin hat in nur 34 Lebensjahren soviel Sympathie und Aufmerksamkeit auf sich gelenkt wie Luise von Preußen (1776 - 1810). Nach ihrer Heirat mit Friedrich Wilhelm III. machten ihre Schönheit und Güte sie weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt und beliebt. Nach ihrem überraschend frühen Tod wird sie zur „Königin der Herzen". Novalis, Kleist, Jean Paul und Schlegel huldigen ihr in ihren Werken. Der Luisenkult ist Geschichte, doch die Verehrung der preußischen Monarchin seit nunmehr 200 Jahren ungebrochen. Entlang der wichtigsten Lebensstationen (der heutigen »Luisen-Route«) über Hohenzieritz, Neustrelitz, Gransee und Paretz bis nach Berlin zum Mausoleum im Park von Schloss Charlottenburg, wo die Königin bestattet wurde, folgt diese Biographie einem faszinierenden Leben, das die Menschen bis heute bewegt.

Geb., 250 Seiten mit 24 Abbildungen
Best.-Nr.: 7054

€ 22,95

Heinrich Hartmann
Luise - Preußens große Königin
Geb., 672 Seiten, zehn Farbabbildungen, Leinen geb. mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 7046, € 39,80



Bärbel Hedinger
Luise, Die Kleider der Königin
Mode, Schmuck und Accessoires am preußischen Hof um 1800
Geb., 285 Seiten mit 150 Farbabb., Großformat
Best.-Nr.: 7055, € 34,90



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

nur € 12,95

THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999, € 22,99

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90



Günter Hannich
Die Deflation kommt
Die Inflationslüge
Gebunden, 192 Seiten zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7048, € 18,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…"
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

Arno Surminski
Die schönsten Weihnachtsgeschichten aus Masuren



Weihnachten ist alles möglich. Da kommen die Engel durchs Schlüsselloch und die guten Geister fliegen durch den Schornstein. Wer stimmungsvolle Geschichten liebt und es sich in der Adventsund Weihnachtszeit gemütlich machen möchte, für den ist dieses Weihnachtsbuch genau das Richtige. Masuren ein Land wie aus einer anderen Zeit, schlicht und bodenständig, dabei voller Überraschungen. Meinetwegen kann Weihnachten anfangen mit diesem wunderschönen Geschenkbuch auf jeden Fall. Mit Erzählungen von Annemarie von Au, Paul Brock, Ruth Geede, Bogumil Goltz, Michael Kluth, Siegfried Lenz, Agnes Miegel, Hermann Sudermann, Arno Surminski, Christa Wank

Geb., 313 Seiten mit 48 Farbabbildungen
Best.-Nr.: 6726, € 24,95

Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung



Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich am Leid anderer teilnehmen. Das ist ein tragender Gedanke, von dem Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sich leiten läßt. Das 20. Jahrhundert war vor allem in seiner ersten Hälfte durch ein zuvor nie erlebtes Maß an Leid für die Völker Europas geprägt. Die Erinnerung daran wird vielfach fokussiert auf einen einzigen Ursprung für alle Menschenrechtskatastrophen der Folgejahre. Das klassische »vae victis« schwingt darin mit. Millionen von Deutschen, nämlich die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, gehören auch zu den Opfern. Sie hatten nicht nur den Verlust von Angehörigen, von Hab und Gut und der angestammten Heimat zu beklagen, sondern waren nicht selten einem Mangel an Mitgefühl und Solidarität der heimischen Aufnahmegesellschaft ausgesetzt. Eine Erfahrung, die sich auch in den Erinnerungen von Erika Steinbachs Mutter widerspiegelt. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die Betroffenen angeht, sondern auch die Solidarität aller Deutschen erfordert. Die Autorin zeigt auf, dass diese Vertreibung dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt. Mutig und schlüssig wendet sie sich zudem gegen jegliche Relativierung der Vertreibung. Menschenrechte sind ihr auch für die deutschen Vertriebenen unteilbar. Für sie ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar, egal welchem Volk er angehört. Die europäische Dimension und Bedeutung dieses Vorganges wird beeindruckend aufgeblättert. Ob vor Studenten der Karls-Universität in Prag, der Wyszynski-Universität Warschau oder vor dem Deutschen Bundestag: Erika Steinbach zeichnet sich durch Kompetenz und Mut zur Wahrhaftigkeit aus. Im Anhang zu dem Buch kommen neben gewichtigen Medienstimmen auch engagierte Wegbegleiter zu Wort.

Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045

€ 22,00

Das ideale Weihnachtsgeschenk…

Elchstandbild auf Marmorsockel, 27 cm hoch
Metallguß bronziert auf einer Marmorplatte.
Ein Qualitätsprodukt aus Deutschland
Best.-Nr.: 1935



Best.-Nr. 1935 € 249,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

PMD Preußischer Mediendienst

46/10

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Mädchen und Jungen trennen

Ankara – Der „Nationale Bildungsrat“ in der Türkei hat empfohlen, Mädchen und Jungen künftig getrennt zu unterrichten und sie gleichzeitig schon ab der ersten Klasse stärker mit den „Werten“ des Islam vertraut zu machen. Dies würde vor allem konservativen Familien den Zugang zum Schulbesuch erleichtern. Neben den Laizisten und Aleviten reagiert die Lehrergewerkschaft Egitim-Sen verstimmt auf den Vorschlag: Die Geschlechtertrennung würde Mädchen stigmatisieren. *Bel*

Keine Lust auf Feilscherei

Prag – Der beliebte tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg schließt nicht aus, 2013 für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. Allerdings müsste sich einiges im System ändern, bevor der heute 72-Jährige kandidiert. So müsse der Präsident künftig direkt vom Volk gewählt werden, denn: „Das Feilschen um Stimmen, wie ich es bei der letzten Präsidentenwahl [von Václav Klaus] beobachtet habe, scheint mir nicht schön zu sein.“ *Bel*

ZUR PERSON

Ruf nach Karlsruhe

Für **Peter Huber** ist ein Traum wahr geworden. Der 51-jährige Innenminister von Thüringen machte keinen Hehl daraus, dass er sich auf die Berufung ans Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe unsagbar freut. Zwar habe ihm seine jetzige Aufgabe auch Freude bereitet, „aber natürlich bin ich eben mit Leib und Seele Staatsrechtler und das Bundesverfassungsgericht ist etwas von dem Staatsrechtler träumen. Huber ist einer von drei neuen Richtern, die das Bundesverfassungsgericht verjüngen sollen. Neben dem auf CDU-Vorschlag nach Karlsruhe entsandten Huber wechselt auch die 51-jährige Monika Hermanns, hier allerdings auf SPD-Empfehlung, vom Bundesgerichtshof ans Bundesverfassungsgericht. Auf Vorschlag der Grünen zieht auch die Berliner Professorin Susanne Baer (46) um, allerdings erst Ende Januar 2011. Die Leiterin des Gender-Kompetenz-Zentrums an der Berliner Humboldt-Universität gilt wegen ihrer feministischen Ausrichtung als umstritten.



Huber ist eigentlich ein Münchner Urgestein. Er hat in der bayrischen Hauptstadt gelernt und gelehrt und hat viele Freunde in CSU-Kreisen. Nach Thüringen kam er erst Ende 2009, als ihn die damals neue Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) aufgrund seiner Fachkompetenz in ihr Kabinett holte. Dort gilt er als Schwergewicht, für die von ihm ausgearbeitete Polizeireform erhielt er bereits viel Lob.

„Ich will auch in einer globalisierten und pluralisierten Welt die Errungenschaften der Aufklärung erhalten“, erklärt Huber, was ihn an seiner neuen Tätigkeit als Richter im Zweiten Senat reizt. „Es gilt, die Selbstbestimmung des Einzelnen angesichts eines immer komplexer werdenden Verhältnisses von Staat und Gesellschaft durchzusetzen.“ *Bel*



Zeichnung: Mohr

Geld oder Leben!

Wie Angela Merkel dem großen Nichts entsagte, wie man am besten ein Volk beraubt, und was uns das alles kosten wird / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

In dem Märchen „Die unendliche Geschichte“ frisst das große Nichts nach und nach das Reich der Phantasie auf. Elfen und Zwerge und alle Fabelwesen, die dort wohnen, drohen in dieses grässliche Nichts zu stürzen. Anfang der 80er wurde die Geschichte aus der Feder des bekannten Kinderbuchautors Michael Ende entzückend verfilmt, kam dann bald ins Fernsehen und damit auch in die DDR.

Dort konnte sie die junge Angela Merkel sehen, und ihr ist ein Licht aufgegangen. Bislang hatte sie der Physik geglaubt: Einen Raum mit „nichts“ drin gibt es nicht, die Natur duldet kein Vakuum, irgendwas ist überall. So die reine Lehre von der Leere. Ja von wegen: Da war es doch, das geleugnete Nichts!

Gut, bloß im Märchen eben. Aber was ist in der Politik denn bitteschön *kein* Märchen? Jahrzehnte später entwickelte die mittlerweile zur CDU-Chefin aufgestiegene Physikerin aus ihren revolutionären Eindrücken eine bahnbrechende Strategie, die sie „asymmetrische Demobilisierung“ taufte. Der Wissenschaftler-Kauderwelsch soll heißen: Wir lösen uns praktisch in nichts auf, indem wir uns ins Stockdustere verziehen und keinen Pieps machen. Dann kann uns der Feind nichts tun, weil er uns ja gar nicht mehr findet. Und weil er dann auch nur noch schlaff rumhängt, erlahmen seine Kräfte ganz von selbst.

Genial, was? Fast. Leider verloren sich nicht nur Grüne und Rote in Merkels großem Nichts, auch die Anhängerschaft der Union stürzte in die dunkle Leere und verlor sich dort von Umfrage zu Umfrage weiter. Am Schluss wurde es richtig gefährlich, denn während das bürgerliche Lager in der Finsternis dahinwelkte, schoss ein grünes Nachtschattengewächs bedrohlich ins Kraut.

Merkel hat das erkannt und wendet das Ruder um 180 Grad. Nun sucht sie das grelle Licht von Aussagen, die nach Klarheit und Kantezeigen klingen. Es liegt ein Hauch von Lagerwahlkampf in der Luft, auch wenn das derzeit noch ein wenig angestrengt wirkt. Die Wende geht vielen zu schnell: War Frau Merkel nicht eben noch unterwegs zur „modernen Großstadtpartei“ mit neuer Mitte und schwarz-grünen Experimenten? Ja sicher, das ist noch gar nicht so lange her! Und doch scheint es plötzlich ewig weit weg: Im schwarz-grünen Koalitionslabor Hamburg legt sich dicker Staub auf die Reagenzgläser des gescheiterten Experiments. Das hat man nun davon, dass man für die in Berlin den Vorreiter gespielt hat, grämen sich die Hanseaten. Bis zu den Steigbügeln, die Merkel so bereitwillig gehalten hatte, stecken Hamburgs Union und Grüne im Morast, die Stiefel so klamm wie ihre Landesbank. Es geht weder vor noch zurück, dafür aber zuverlässig abwärts.

> In Hamburg legt sich dicker Staub auf die Reagenzgläser des schwarz-grünen Experiments

Hat die CDU-Chefin Mitleid? Nein, das wäre ihr viel zu nölig in ihrer derzeitigen Kampfeslust. „Wir müssen nach vorne schauen!“ Klare Kante eben, kein Drumherumreden mehr, Schluss mit den gezirkelten Sätzen und dem klebrigen Geschmuse.

Die Griechen haben den Stilwechsel schon zu spüren bekommen. Als sie ihren Finger in die Luft hielten, um die neue Berliner Windrichtung auszumachen, wäre der ihnen fast abgebrochen vor Schreck: Ab 2013 sollen nicht mehr nur die (mehrheitlich deutschen) Steuerzahler für die Verluste der Banken bei Staatspleiten einspringen. Nein, die Banken sollen auch einen Teil des Risikos für ihre Gewinne tragen.

Klingt ganz logisch: Wer hohe Gewinne machen will, der trägt auch ein hohes Risiko. Offenbar war diese simple Regel aber schon in Vergessenheit geraten. Nur schemenhaft hatte die Kanzlerin den neuen Weg angedeutet, da setzten die Banken bereits zur Flucht an. Das trifft die Wackelländer von Irland bis Hellas an der empfindlichsten Stelle, weshalb sie sich lauthals beschweren. Egal: Für Angela Merkel war das ein toller Auftritt, denn bei ihren Deutschen steht sie nun da als Beschützerin der kleinen Steuerbürger vor gierigen Banken und schmierigen Zahlenfälschern.

Den Schub an Reputation hat sie allerdings auch nötig. Denn schon bald wird sie den Deutschen eine ganz andere Nachricht überbringen, die weit weniger Beifall finden wird: „Die Transferunion kommt“, pfeifen die Spatzen von den Brüsseler Dächern. Das bedeutet: Wir bekommen einen gemeinsamen europäischen Topf nach Vorbild des deutschen Länderfinanzausgleichs. Wer den füllen und wer ihn leeren wird, den Topf, das braucht man den geübten Zahlmeistern zwischen Saßnitz und Sonthofen nicht extra zu sagen.

Es könnte also Ärger geben. Wie erklärt man den Leuten, dass die Rumpelpiste durch ihre Stadt leider nicht gemacht werden kann, weil die Bürgermeister-Gedächtnis-Magistrale durch irgendeine menschenleere Gegend am Mittelmeer Vorrang hat? Wie gewinnt man Verständnis dafür, dass die Deutschen (Jahresdurchschnitts-Einkommen: 30 000 Euro) ihren armen irischen Brüdern (Jahresdurchschnitts-Einkommen: 34 000 Euro) finanziell unter die Arme greifen müssen?

Kurz gefragt: Wie raubt man auf friedliche Weise ein Volk aus? Wir könnten aufs Bewährte zurückgreifen und den Deutschen erklären: „Zur Umsetzung der europäischen Transferunion gibt es keine Alternative!“ Gute Idee? Auf den ersten Blick vielleicht, auf den zweiten Blick schon nicht mehr, denn diesen Satz mit „keine Alternative“ haben die Deutschen mindestens einmal zu oft gehört. Irgendwann hat nämlich ein Frechdachs zurückgeblökt: „Wenn es keine Alternativen mehr gibt, dann brauchen wir auch keine Politiker mehr.“ Das ist leider wahr: Wenn die Richtung immerzu „alternativlos“, also automatisch vorgegeben ist, benötigen wir niemanden mehr, der „Richtungsentscheidungen“ fällt. Dann wären Politiker für unser Land so sinnvoll wie ein Heckruder an einem Schienenfahrzeug.

Diese Erkenntnis ist existenzgefährdend für Tausende gutverdienende Mitbürgerinnen und Mitbürger, weshalb sich kluge Politiker den „Keine-Alternative“-Satz mittlerweile lieber verkneifen

Welch böses Dilemma. Doch siehe da: Angela Merkel hat selbst hierfür eine Lösung gefunden. Wie bei der Entdeckung des „demobilisierenden“ Nichts ließ sie sich von einem zeitgenössischen Kinderbuchautoren inspirieren, diesmal von Otfried Preußler und der Methode seines Hotzenplotz: Geld her oder Leben!

Merkel hat hilfreiche Spießgesellen zur Seite. Der Überfall auf die Deutschen läuft als Zangenangriff: Auf der einen Seite schleichen sich die Gesellen an, Experten genannt. Sie scheuchen uns auf mit der Drohung, dass ohne Transferunion der ganze Euro auseinanderflöge, weil den schwachen Ländern ohne unsere Barschaft die Puste ausginge. Von der anderen Seite springt uns Angela Hotzenplotz an und hält uns das Schießeisen unter die Nase: „Es geht um die Friedensidee Europas“, sprich: Euro oder Krieg, Geld oder Leben.

Wer fingert da nicht sofort zitternd und keuchend nach seiner Brieftasche. „Nehmen Sie ruhig alles!“ Nach zwei verlorenen Weltkriegen kann man mit dieser Drohung von den Deutschen praktisch alles bekommen. Eine gewisse Ahnung davon, wie viel man uns abknöpfen wird, bekommen wir, wenn wir uns so ein paar malerische rumänische Dörfer vorstellen, die sie uns im Fernsehen zeigen. Und uns dann ausmalen, was es kosten wird, diese traurigen Nester auf deutsches Niveau rauf zu subventionieren.

Immerhin haben wir damit das Problem der „wirtschaftlichen Ungleichgewichte“ vom Tisch, unter denen Europa so sehr leidet. Die Deutschen können produzieren und exportieren, wie sie wollen, ihre Gewinne, die sie sich ja „auf Kosten ihrer konsumierenden europäischen Nachbarn“ erschlichen haben, werden anschließend „solidarisch umverteilt“. Mit anderen Worten: Die Versöhnung von Kapitalismus und Sozialismus wird doch noch gelingen: Wir werden ackern wie Kapitalisten und, am Ende aller solidarischen Abzüge, verdienen wie im Sozialismus.

MEINUNGEN

Der „Welt“-Kommentator ***Matthias Kamann*** *kritisierte am 11. November die* ***Politisierung der Kirchen****:*

„Sonntag für Sonntag verabschieden sich Prediger vom Bibeltext, um Ausrufe zu Hartz IV im Gewölbe verhallen zu lassen. Werden die evangelischen Christen mit Brot und Wein im Glauben an die Rechtfertigung durch Gottes Gnade in Jesus Christus bestärkt, so bestätigen politische Stellungnahmen sie im Gefühl, im sozialen Cluster rot-grüner Empörungsfähigkeit verbunden zu sein.“

Peter Scholl-Latour *sieht die Kriege in* ***Irak und Afghanistan*** *nach wie vor als* ***Desaster****. Dem „Stern“ (11. November) sagte er:*

„Es sind Niederlagen, die den Niedergang der Weltmacht USA beschleunigen. Die Amerikaner arbeiten nur noch auf einen möglichst ehrbaren Abzug hin.“

Familienministerin ***Kristina Schröder*** *(CDU) hält nichts von einer* ***Frauenquote****. Dem „Spiegel“ vom 8. November sagte sie:*

„Sie müssen sich einmal fragen, welche Frauen von einer Quote profitieren würden: wahrscheinlich jene, die keinerlei familiäre Verpflichtungen haben. Aber wollen wir nicht genau den Frauen mit Familie helfen? Deswegen müsste man, wenn überhaupt, theoretisch eine Mütterquote einführen, was praktisch aber unmöglich ist.“

Memoiritis, zweite Folge

Tonys Buch gibt's schon zu kaufen,
Pudel sind auch gern bereit,
ein Stück Wegs vorauszulaufen,
drum war klar, bald ist's so weit.

Und nach all dem langen Warten
sind sie nun tatsächlich da:
Memoiren jenes smarten
Onkels aus Amerika.

Hat er alles selbst geschrieben?
Dass es orthographisch passt,
deute jeder nach Belieben,
ist jedoch belanglos fast.

Denn auch
„Punkte der Entscheidung“,
wie sich das Erzeugnis nennt,
macht die
Wirklichkeitsvermeidung
des Texaners evident.

Höchstens taugt's zur Anamnese
bei totaler Amnesie –
auf gut Deutsch, es ist ein Käse,
leicht gewürzt durch Perfidie.

Krummes wird teils grad gebogen,
teils wird Grades plötzlich krumm –
und wer hat da wen belogen?
Ex-Kollegen streiten drum.

Clinton lobt das Werk hingegen,
was sich wohl von selbst versteht:
Artgenossen nämlich pflegen
Krähen-Solidarität!

Ja, so wird die Welt erklärlich,
denn zur Not ist man immun,
und gewiss meint Bush es ehrlich:
Folter ist, wenn's andre tun.

Auch aus falschem Grund begonnen
sind die eignen Kriege gut,
und wenn niemand was gewonnen,
sind sie trotzdem wert das Blut!

Kann er alles locker sagen
– Haag und Nürnberg gibt's da nicht –
und das ist in unsern Tagen
die Moral von der
Geschicht' ...

Pannonicus